

## 14. Sitzung

am Dienstag, dem 7. Juli 2020

### Inhalt

#### Fragestunde

- Anfrage 1: Coronapandemie:  
Eröffnung des Rennbahngeländes für  
Bewegung an frischer Luft!**  
Anfrage der Abgeordneten Seyrek,  
Frau Reimers-Brunns, Güngör und  
Fraktion der SPD  
vom 3. Juni 2020 ..... 680
- Anfrage 2: Sauberkeit auf den  
Osterdeichwiesen und am  
Weserstrand – zunehmende  
Verschmutzung öffentlicher  
Grünflächen mit Müll**  
Anfrage der Abgeordneten Schäck,  
Frau Wischhusen und Fraktion der  
FDP  
vom 3. Juni 2020 ..... 681
- Anfrage 3: Wegweiser in der Waller  
Feldmark abgebaut?**  
Anfrage der Abgeordneten Wagner,  
Güngör und Fraktion der SPD  
vom 8. Juni 2020 ..... 684
- Anfrage 4: Wie wird die Zukunft des  
Projekts „Grüner Bremer Westen“  
sichergestellt?**  
Anfrage der Abgeordneten Wagner,  
Frau Krümpfer, Güngör und Fraktion  
der SPD  
vom 8. Juni 2020 ..... 686
- Anfrage 5: Novellierung des  
Aufnahmeortsgesetzes, BreMAOG**  
Anfrage der Abgeordneten Frau  
Ahrens, Röwekamp und Fraktion der  
CDU  
vom 9. Juni 2020 ..... 687

- Anfrage 6: Onlineangebote der  
Erziehungsberatungsstellen und  
Häuser der Familie?**  
Anfrage der Abgeordneten Frau  
Görgü-Philipp, Öztürk, Fecker und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 10. Juni 2020 ..... 689
- Anfrage 7: Stadtbäume in Bremen –  
Teil der urbanen Klimaanpassung**  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert,  
Schäck, Frau Wischhusen und Fraktion  
der FDP  
vom 11. Juni 2020 ..... 690
- Anfrage 8: Recyclingstationen in  
Bremen**  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert,  
Schäck, Frau Wischhusen und Fraktion  
der FDP  
vom 17. Juni 2020 ..... 693

#### Aktuelle Stunde

- Planlos durch die Stadt: Wie soll es mit  
der Bremer Innenstadt trotz  
Schließungen und vertaner  
Entwicklungschance für das  
Sparkassenareal weitergehen?**  
Abgeordneter Strohmann (CDU) ..... 697  
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) ..... 699  
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die  
Grünen) ..... 701  
Abgeordneter Schäck (FDP) ..... 704  
Abgeordneter Wagner (SPD) ..... 706  
Abgeordneter Beck (AfD) ..... 708  
Abgeordneter Strohmann (CDU) ..... 709  
Bürgermeister Dr. Bovenschulte ..... 711

Abgeordneter Strohmann (CDU) .....	714
Bürgermeisterin Dr. Schaefer .....	715

**Dem Freimarkt eine Chance geben –  
Durchführungsbedingungen frühzeitig  
und transparent planen!**

**Antrag der Fraktion der CDU  
vom 30. Juni 2020  
(Drucksache 20/263 S)**

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU) .....	717
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen) .....	718
Abgeordneter Stahmann (SPD) .....	719
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE) .....	720
Abgeordneter Schäck (FDP) .....	721
Abgeordneter Meyer-Heder (CDU) .....	721
Abgeordneter Stahmann (SPD) .....	723
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE) .....	723
Abgeordneter Schäck (FDP) .....	724
Senatorin Vogt .....	724
Abstimmung .....	726

**Zustand und Barrierefreiheit der Bremer  
Gehwege, Fußgängerbrücken und  
Unterführungen – Zweiter Versuch  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 11. März 2020  
(Drucksache 20/143 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020  
(Drucksache 20/269 S)**

Abgeordneter Schäck (FDP) .....	727
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	728
Abgeordnete Schiemann (SPD) .....	729
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) .....	729
Abgeordneter Strohmann (CDU) .....	730
Abgeordneter Schäck (FDP) .....	731
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) .....	732
Abgeordneter Schumann (DIE LINKE) .....	733
Bürgermeisterin Dr. Schaefer .....	734

**Ist die Bremer Feuerwehr den steigenden  
Herausforderungen noch gewachsen?  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 9. April 2020  
(Drucksache 20/155 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020  
(Drucksache 20/216 S)**

Abgeordneter Lübke (CDU) .....	735
Abgeordnete Bergmann (FDP) .....	736
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE) .....	737
Abgeordneter Lenkeit (SPD) .....	738
Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) .....	740
Abgeordnete Bergmann (FDP) .....	741
Senator Mäurer .....	742
Abgeordneter Lübke (CDU) .....	744

**Der „HanseSani“: ein Erfolgsmodell,  
welches verstetigt werden muss!**

**Antrag der Fraktion der FDP  
vom 15. Juni 2020**

(Drucksache 20/189 S) .....	745
-----------------------------	-----

**Bebauungsplan 1218**

**1. Änderung für ein Gebiet in Bremen-  
Veegesack zwischen Veegesacker Hafen,  
Friedrich-Klippert-Straße, Zum Alten  
Speicher, Zum Alten Tief, Kantjespad  
und der Lesum**

**Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020**

(Drucksache 20/214 S) .....	745
-----------------------------	-----

**Bebauungsplan 2434**

**für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen,  
Ortsteil Oslebshausen, zwischen  
Oslebshauser Heerstraße, Pulverberg  
(beidseitig), Große Riehen und  
Riedemannstraße (beidseitig)**

**Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020**

(Drucksache 20/215 S) .....	745
-----------------------------	-----

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133**

**(mit Vorhaben- und Erschließungsplan)  
für eine Bebauung westlich der  
Blumenstraße zwischen**

**Ostertorsteinweg, Bauernstraße und**

**Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte**

**Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020**

(Drucksache 20/267 S) .....	745
-----------------------------	-----

**Außengastronomie stärken, städtische  
Lebensqualität verbessern**

**Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020**

**(Drucksache 20/268 S) ..... 746**

**Bericht des städtischen  
Petitionsausschusses Nr. 9  
vom 3. Juli 2020**

**(Drucksache 20/279 S) .....746**

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bruck, Michalik, Frau Wischhusen, Frau Dogan.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

**Präsident Imhoff:** Die 14. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 15, Drucksache [20/263\\_S](#), behandelt werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 18 und 19.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die neunte Anfrage wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

#### **Anfrage 1: Coronapandemie: Eröffnung des Rennbahngeländes für Bewegung an frischer Luft!**

**Anfrage der Abgeordneten Seyrek, Frau Reimers-Bruns, Güngör und Fraktion der SPD vom 3. Juni 2020**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Seyrek (SPD):** Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit unterstützt der Senat die Bereitstellung von öffentlichen Flächen, um allen Bremerinnen und Bremern, insbesondere Kindern und Familien, die gesundheitsfördernde Bewegung an der frischen Luft zu ermöglichen?

2. Teilt der Senat die Ansicht, dass möglichst viele öffentliche Flächen, insbesondere in den Zeiten der gesundheitlichen Bedrohungen durch das neuartige Coronavirus, für die Bewegung an der frischen Luft zur Verfügung gestellt werden sollten?

3. Wann beabsichtigt der Senat, die Grünflächen des ehemaligen Rennbahngeländes in der Vahr für Familien und Bewohnerinnen und Bewohner dieses Stadtteils freizugeben?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bremen ist eine der grünsten Großstädte Deutschlands und verfügt über eine Vielzahl von städtischen Parks und Grünanlagen, Kleingartengebieten und weiteren Frei- und Erholungsflächen. Das städtische Grün ist für die Lebens- und Wohnqualität in Bremen von entscheidender Bedeutung und wichtiger Bestandteil für die gesundheitsfördernde Bewegung an der frischen Luft. Alle öffentlichen Grün- und Freiflächen stehen den Bremerinnen und Bremern für sportliche Aktivitäten zur Verfügung. Diese wurden in den letzten Wochen aufgrund der Coronapandemie verstärkt in Anspruch genommen. Laufen, Rad fahren, Inline-Skaten sowie andere spielerische und sportliche Aktivitäten wurden so häufig wie selten zuvor ausgeübt. Der Senat setzt sich mit aller Kraft für den Erhalt und die weitere Verbesserung dieser öffentlichen Flächen ein, um ein gesundes Leben in Bremen zu ermöglichen.

Zu Frage 2: Bremen besitzt in kommunaler Verwaltung insgesamt 367 öffentliche Grünanlagen mit einer Gesamtfläche von 788 Hektar. Hinzu kommen weitere 459 Hektar Parks und Grünanlagen in nicht kommunaler Verwaltung, beispielsweise Bürgerpark und Rhododendronpark. Die Kleingartenanlagen, die oft als Kleingartenparks konzipiert sind, haben eine Gesamtgröße von 960 Hektar. Die

kilometerlangen Deiche entlang von Weser, Lesum, Hamme, Ochtrum und Wümme laden zum Radfahren, Laufen und Inlineskaten ein. Der Senat teilt folglich die Haltung der Fragestellenden und begrüßt es, dass Bremen auch über einen ausgesprochen hohen öffentlichen Grünflächenanteil verfügt, der für die Bewegung an der frischen Luft genutzt werden kann.

Zu Frage 3: Über die zukünftige Nutzung des Rennbahnareals ist in Abstimmung mit den Beiräten und den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie der Bürgerinitiative zu beraten. Der Beteiligungsprozess, der in drei Phasen unterteilt ist und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken wird, soll partizipativ in Form eines runden Tisches erfolgen. Bis der runde Tisch Konzepte für eine langfristige Nutzung entwickelt hat, wird die Fläche der ehemaligen Galopprennbahn für Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt. Mit der Organisation und Betreuung der Zwischennutzungen auf dem Areal hat die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa als Grundstückseigentümergevertreterin die AAA GmbH im Rahmen des Projekts ZZZ, ZwischenZeitZentrale, beauftragt. – So weit die Antwort des Senats!

Die Aufgabe der ZwischenZeitZentrale besteht insbesondere darin, Kriterien für die Zwischennutzungen zu entwickeln, den organisatorischen Rahmen zu schaffen und die Umsetzung der einzelnen Projekte zu unterstützen. Hierbei sollen Zwischennutzungen ein Angebot für die Anwohnerinnen und Anwohner in der Nachbarschaft bieten. Ab Anfang Juli 2020 wird es einen öffentlichen Aufruf zur Einreichung von Ideen geben. Die Entscheidung über die Auswahl der Zwischennutzungen erfolgt auf Basis der mit den Ressorts und den lokalen politischen Entscheidungsgremien abgestimmten Kriterien. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Seyrek (SPD):** Wäre im Fall der Öffnung des Rennbahngeländes dafür gesorgt, dass dieses regelmäßig gereinigt wird?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Wir hatten ja jetzt zum ersten Mal den runden Tisch, da ging es auch um die Öffnung des Rennbahngeländes – bisher ist es ja noch nicht offiziell geöffnet –, und wir haben in der Tat das Problem, dass dort trotzdem oft am Abend oder nachts irgendwelche Menschen sind,

die Flaschen oder anderen Dreck hinterlassen. Das wird dann auch entsprechend gereinigt. Wenn es um die gesamte Öffnung geht – auch das war beim ersten Mal eine Diskussion am runden Tisch –, schauen wir uns gerade Wegebeziehungen an. Wenn ein Weg mitten hindurchführen sollte, dann hat das natürlich Auswirkungen auf die spätere Nutzung, also muss man ganz genau überlegen, wo man den Weg hinführt, und dann haben wir die Frage der Verkehrssicherheit. Unser Ziel ist es aber, das Gelände möglichst schnell für die Öffentlichkeit zu öffnen und dementsprechend auch sauber zu halten.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 2: Sauberkeit auf den Osterdeichwiesen und am Weserstrand – zunehmende Verschmutzung öffentlicher Grünflächen mit Müll**  
**Anfrage der Abgeordneten Schäck, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP**  
**vom 3. Juni 2020**

Bitte, Herr Kollege Schäck!

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Wir fragen den Senat:

1. In welcher Frequenz werden die Osterdeichwiesen und der Weserstrand gereinigt, in welchen Intervallen werden die öffentlichen Mülleimer dort geleert, und sind die vorhandenen Kapazitäten ausreichend?
2. Welche Sanktionierungen gab es 2019, und ist aus Sicht des Senats die Höhe der Bußgelder angemessen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen?
3. Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht des Senats geeignet, um das Müllproblem auf den Osterdeichwiesen nachhaltig zu reduzieren, und welche Rolle spielt die Öffentlichkeitsarbeit?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Auf den Grünflächen am Osterdeich wird derzeit fünfmal in der Woche gereinigt. Außerhalb der Sommersaison werden die Grünanlagen am Osterdeich ein- bis zweimal in der Woche

gereinigt. Die Leerungshäufigkeiten der Abfallbehälter werden je nach Saison und Bedarf unterjährig mehrfach angepasst und sind flexibel.

Bei gutem Wetter werden die Abfallbehälter täglich geleert, an entsprechenden Wochenenden zweimal täglich. Die Anzahl von 50 Abfallbehältern in der Grünanlage hält die Bremer Stadtreinigung für grundsätzlich ausreichend. Bei Bedarf kann die Anzahl angepasst werden. Auch bei einer ausreichenden Anzahl von Müllbehältern werden im unmittelbaren Umfeld dieser Abfallbehälter immer wieder Verschmutzungen festgestellt. Grund hierfür ist im Wesentlichen die Gleichgültigkeit Einzelner. In Zeiten der Coronapandemie wurde der Weserdeich von Erholungssuchenden intensiv genutzt. Dabei ist festgestellt worden, dass die Menge an benutzten und entsorgten Einwegverpackungen in dieser Zeit deutlich zugenommen hat.

Der Weserstrand beim Café Sand liegt in der Zuständigkeit von Immobilien Bremen. Der Pacht- und Pflegevertrag für den Weserstrand verlangt vom Pächter für das überlassene Grundstück eine bedarfsgerechte Reinigung.

Zu Frage 2: Das Ordnungsamt kann noch keine kleinteilige statistische Auswertung vornehmen, sodass keine konkreten Aussagen zu den Sanktionierungen an den Osterdeichwiesen oder zum Weserstrand getroffen werden können.

Im gesamten Bezirk Mitte sind vom Ordnungsamt im Jahr 2019 insgesamt 224 Fälle illegaler Müllentsorgung festgestellt worden. Die Höhe der zu verhängenden Buß- und Verwarngelder nach den derzeit gültigen Buß- und Verwarngeldkatalogen ist aus Sicht des Senats angemessen.

Zu Frage 3: Es sind diverse Maßnahmen durch die Bremer Stadtreinigung veranlasst beziehungsweise realisiert worden, um für mehr Sauberkeit auf den Osterdeichwiesen zu sorgen. Begonnen wurde mit der Vergrößerung des Müllvolumens der Abfallbehälter, dem Aufstellen von Saisonbehältern und der Erhöhung der Leerungsfrequenzen.

Öffentlichkeitsarbeit spielt zur Schärfung der Wahrnehmung des Themas Stadtsauberkeit im Allgemeinen eine große Rolle. Eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist zum Beispiel die Aufräumaktion „Bremen räumt auf“.

Im letzten Jahr hat die Bremer Stadtreinigung darüber hinaus eine Stadtsauberheitskampagne initi-

iert, bei der insbesondere über die Einbindung sozialer Medien die jugendliche Zielgruppe adressiert wird. Hier wird zur Müllvermeidung und zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Einwegverpackungen aufgerufen und gleichzeitig über die verschiedenen Möglichkeiten zur korrekten Entsorgung von Abfällen informiert. Dennoch verbleibt ein Anteil von Bürgerinnen und Bürgern, die aus Unkenntnis oder Gleichgültigkeit Verschmutzungen hinterlassen. Daher bleibt die Ahndung von Fehlverhalten auch in Zukunft wichtig. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Ich habe eine Nachfrage zur zweiten Frage: Können Sie Aussagen dazu treffen, in welcher Frequenz oder wie häufig vom Ordnungsamt dort patrouilliert wird, wie oft dort geschaut wird, ob sich Menschen auch an die Regeln halten, ihren Abfall sachgerecht zu entsorgen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das kann ich so detailliert nicht, das liegt jetzt auch nicht ganz im Zuständigkeitsbereich meines Ressorts, aber ich werde das gern nachreichen. Das Ordnungsamt kontrolliert schon, das wissen auch diejenigen, die zum Beispiel ihre Hunde ohne Leine frei laufen lassen, aber ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie oft dort kontrolliert wird. Das Problem ist – deswegen ja auch die häufigere Leerung an Wochenenden –, dass dort oft gerade an den Wochenenden auch gerade zu später Stunde Müll hinterlassen wird, was dann in dem Fall zu dem Zeitpunkt oft vom Ordnungsamt gar nicht gesehen werden kann.

**Präsident Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Frau Senatorin, Sie haben das Problem angesprochen, dass man das mit dem Ordnungsdienst da auch nicht so ohne Weiteres bearbeiten kann. Einmal abgesehen von den vielen Statistiken und dergleichen: Liegt nicht das Kernproblem schlicht und einfach darin, dass es so gut wie unmöglich ist, jemanden auf frischer Tat zu ertappen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das ist ja das, was ich vorhin gesagt habe. Es ist ja selten so, dass da

jemand tagsüber sitzt, dann aufsteht und vor allen Leuten seinen Müll dort liegen lässt. Oft gibt es dann auch eine soziale Kontrolle, sage ich einmal, dass diejenigen dann auch von anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern darauf hingewiesen werden, dass sie ihre Sachen bitte in den nächsten Mülleimer bringen sollen, der vielleicht nur zehn Meter entfernt steht. Ganz oft wird dort eben zu nächtlicher Stunde gefeiert und zum Teil gegrillt oder auch gegessen, und dann fällt es dem Ordnungsamt schwer, im Dunkeln zu erkennen, wer dort gerade seinen Müll liegen lässt. Das ist das Hauptproblem.

Ich fand es noch einmal bemerkenswert, weil ja immer die Frage kommt, ob man nicht noch häufiger aufräumen oder nicht noch mehr Mülleimer aufstellen muss: Der Dreck liegt oft neben den Mülleimern. Die Leute stehen auf – nicht viele, es sind einzelne, das möchte ich auch einmal betonen, aber es fällt dann umso mehr auf – und hinterlassen den Müll dann zehn Meter vom Mülleimer entfernt, weil es, glaube ich, etwas mit Bequemlichkeit und Ignoranz zu tun hat. Mich ärgert es, wenn die Grünflächen – ich sage es jetzt einmal so deutlich! – unter aller Sau verlassen werden. Das sind oftmals auch Kronkorken, das sind Scherben, und das ist für Fahrradfahrer schwierig, das ist für Besitzer von Hunden und anderen Tieren sehr schwierig, es hat also auch viel mit Ignoranz zu tun.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Frau Senatorin, das teile ich auch in diesem Bereich. Insofern wundert es mich so ein bisschen, wenn Sie sagen, wir machen da sehr gute Aufklärungsarbeit, diese ganzen Aktionen. Müssen Sie nicht sagen, dass Sie gerade diejenigen, die Zielgruppe der Problemfälle, eigentlich nicht erreichen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ja, da haben Sie recht, diejenigen, die wir nicht erreichen oder man vielleicht auch nur schwer erreichen kann, sind diejenigen, die dann oftmals auch den Müll hinterlassen. Die Aufklärungsarbeit bezieht sich schon auch auf viele Kinder und Jugendliche. Je früher man lernt, dass man bitte seinen Müll wegzuräumen hat, weil es schlecht für die Umwelt und ignorant den Mitmenschen gegenüber ist, desto weniger verhält man sich später so. Insofern zielt diese Aufklärungsarbeit nicht unbedingt in die Täterschaft, ist aber als Präventionsarbeit zu sehen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Ich sehe es ähnlich, Frau Senatorin! Bevor das alles nun fruchtet, haben wir das Problem dort liegen. Müssen wir nicht vielleicht doch mehr darüber nachdenken, wie wir noch zusätzlich über Beschäftigungsinitiativen schlicht und einfach die Frequenz erhöhen, damit wir dem Müll tatsächlich zu Leibe rücken können?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich habe auf die erste Frage geantwortet, dass wir in Bezug auf die Häufigkeit der Leerungen und auch die Aufräumarbeiten durchaus noch anpassungsfähig und flexibel sind, aber ich muss gestehen, manchmal kann man dem auch gar nicht mehr Herr werden. Wir hatten gerade eine Diskussion über herumliegende Kronkorken. Jeder, der bei „Bremen räumt auf“ schon einmal mitgemacht hat – und ich hoffe, das sind viele hier im Raum! –, der weiß, wie müßig es ist, allein Hunderte von Kronkorken oder Zigarettenskippen aufzusammeln, und manchmal hilft es dann nur, den großen Müll wegzubringen. Das ist aber trotzdem misslich, wenn ich an Scherben oder Kronkorken denke, die dann herumliegen und die Aufenthaltsqualität ja auch deutlich reduzieren, denn jeder, der seinen Müll dort liegen lässt, reduziert auch die Aufenthaltsqualität und möchte sich ja vielleicht auch nicht beim nächsten Mal in den Dreck setzen.

Insofern hoffe ich, dass irgendwo auch noch ein bisschen Vernunft und ein Appell möglich ist. Aber ja, wir versuchen natürlich, die Frequenz der Aufräumaktionen dann auch so zu machen, dass möglichst viele Menschen auch einen sauberen Osterdeich vorfinden.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Ich muss doch noch eine letzte Frage stellen, Herr Präsident! Ich hatte extra gefragt: Sehen Sie eine Chance, sehen Sie Reserven darin, dass wir so etwas noch über Beschäftigungsinitiativen machen können?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ja, ich nehme die Frage jetzt wirklich noch einmal ernsthaft mit,

denn für die Beschäftigungsinitiativen ist die Senatorin für Wirtschaft und Arbeit zuständig. Wir haben ja den Quartierservice, der zum Beispiel sehr gut läuft, das PASS-Projekt. Ich würde das jetzt zum Anlass nehmen, mit der Arbeitssenatorin noch einmal darüber zu reden, ob es eine Möglichkeit gibt, das noch etwas auszudehnen.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

### **Anfrage 3: Wegweiser in der Waller Feldmark abgebaut?**

**Anfrage der Abgeordneten Wagner, Güngör und Fraktion der SPD vom 8. Juni 2020**

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat – vor dem Hintergrund der Bemühungen um einen Naherholungspark Bremer Westen – die Notwendigkeit von Wegweisern, um Besucherinnen und Besuchern die Orientierung zu wichtigen Erlebnis- und Aufenthaltsorten, zum Beispiel Feldmarksee, Kaisenhausmuseum et cetera, zu erleichtern?

2. Wann und aus welchem Grund wurden die bereits angebrachten, gut sichtbaren Wegweiser in der Waller Feldmark wieder abgebaut?

3. Beabsichtigt der Senat, zukünftig dauerhaft Wegweiser in der Waller Feldmark anzubringen, und falls ja, bis wann?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Erreichbarkeit des zukünftigen Naherholungsparks Grüner Bremer Westen aus den umgebenden Stadtteilen Findorff, Walle und Gröpelingen ist durch die Barrieren Eisenbahn und Autobahn stark eingeschränkt. Gleichzeitig ist die innere Erschließung durch die zahlreichen Kleingartenwege – oft als Sackgassen – ausschließlich auf die Erreichbarkeit der Parzellen ausgerichtet, es fehlt an durchgängigen, gut auffindbaren Wegeverbindungen für Erholung suchende Radfahrerinnen und Radfahrer und Spaziergängerinnen und

Spaziergänger. Eine Orientierung für nicht Ortskundige ist schwierig. Eine Wegweisung von Routen einschließlich der Wegweisung zu einzelnen Zielen innerhalb des Naherholungsparks ist daher sinnvoll.

Zu Frage 2: Im Jahr 2015 wurde eine erste wichtige Wegeverbindung in Ost-West-Richtung vom Bürgerpark/Findorff kommend über die Salzburger Straße, Brücke über den Bundesautobahnzubringer Freihafen, über Unionweg, Storchenweg, Pfingstrosenweg und Schildblattweg bis zur Waller Straße erschlossen. Mangels Ausschilderung wurde diese Verbindung jedoch von der Bevölkerung nur wenig angenommen. Der Wunsch, diese Wegeverbindung in das vom Amt für Straßen und Verkehr betreute städtische Fahrradwegweisungssystem zu integrieren, blieb erfolglos, da die Route keine Haupttroute ist und nicht die notwendigen Qualitätskriterien hinsichtlich des Ausbaustandards erfüllt.

Im Rahmen des vom Bund geförderten Modellprojekts Green Urban Labs – Grüner Bremer Westen wurde dann im März 2020 – durch SKUMS beauftragt und durch UBB ausgeführt – eine Ausschilderung der circa 1,2 Kilometer langen Route installiert. Das Aufstellen der Beschilderung erfolgte außerhalb von Verkehrsflächen auf Kleingartenwegen, sodass das ASV nicht in den Vorgang miteinbezogen wurde. Das ASV beanstandete anschließend, dass die Wegweisung, welche dem städtischen Fahrradwegweisungssystem ähnelte, die Nutzerinnen und Nutzer des gesamtstädtischen Haupttroutensystems verwirren könne und die Wegequalität nicht ausreichend sei. Um den Hinweisen des ASV Rechnung zu tragen, wurde die Beschilderung im April 2020 wieder abgebaut. In Zusammenarbeit mit dem ASV wird nun eine Lösung erarbeitet, wie die Wegeverbindung zeitnah in das Fahrradhaupttroutensystem Bremens eingebunden werden kann. Des Weiteren wird mit dem ASV und dem UBB ein Verfahren vereinbart, so dass solche Situationen nicht wieder auftreten.

Zu Frage 3: Der Senat ist weiterhin der Meinung, dass ein Wegweisungssystem für den Naherholungspark Grüner Bremer Westen notwendig ist, da in den nächsten ein bis zwei Jahren auch weitere Wegeverbindungen für die Erholung Suchenden ausgebaut werden.

Derzeit wird darüber nachgedacht, ob für den Grünen Bremer Westen gegebenenfalls ein eigenes Wegweisungssystem außerhalb des gesamtstädtischen Haupttroutensystems entwickelt werden

kann. Weiterhin ist aber auch beabsichtigt, bestimmte Haupttrouten nach erfolgtem Ausbau entsprechend den Qualitätskriterien in das übergeordnete städtische Wegweisungssystem einzubinden.  
– So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Frau Bürgermeisterin, ich habe noch nicht ganz verstanden, was jetzt gemacht wird. Ich habe verstanden, es wird sich darum bemüht, die Route in das Fahrradhaupttroutensystem – ich hoffe, ich habe das richtig gesagt! – zu integrieren, und dann hieß es später, es wird sich darum bemüht, ein eigenes Beschilderungssystem außerhalb dieses Routensystems zu installieren, also eine Art Lex Waller Feldmark. Würden Sie mir bitte noch einmal sagen, was von beidem jetzt gemacht wird?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Also, wir haben das Hauptverkehrsfahrradnetz, das mit ordnungsgemäßen Fahrradwegweisungsschildern der Straßenverkehrsordnung ausgeschildert ist – das soll natürlich auch weiterhin so bleiben –, und ich habe verstanden, dafür gibt es bestimmte Qualitätskriterien, und nur, wer diesen Qualitätskriterien entspricht, darf das, was wir alle kennen, ein weißes Schild mit grüner Aufschrift, Wegweisungsschild für den Fahrradverkehr, nutzen.

Was wir aber zusätzlich haben wollen, ist – und ich glaube auch, so habe ich Ihre Frage verstanden –, wenn man im Kleingartengebiet unterwegs ist, auch wenn die Wege nicht diesen Qualitätskriterien einer offiziellen Fahrradstraße oder einem Fahrradweg entsprechen, dass man weiß, wo man ist. Dafür wollen wir auch eine Ausschilderung haben. Jetzt ist es – ich gestehe es ehrlich, und deswegen auch der Hinweis, dass wir in Zukunft da eine bessere Absprache zwischen dem UBB und dem ASV wollen! – meines Erachtens ein Schildbürgerstreich, wortwörtlich, dass dort schon Schilder standen, damit der Rad Fahrende weiß, wohin er möchte, diese aber zu sehr den Schildern der offiziellen Fahrradschilder glichen und deswegen wieder abgebaut werden mussten, weil das ASV dies irreführend findet.

Also, wir wollen sowohl das eine als auch das andere, aber ich habe verstanden, dass die Schilder nicht zu ähnlich aussehen dürfen, und jetzt wollen

wir ein Schild entwickeln, mit dem das ASV zufrieden ist, aber auch die Rad Fahrenden wissen, wo sie entlangfahren können.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Frau Bürgermeisterin, da Sie es ja als Schildbürgerstreich bezeichnet haben – das würde ich teilen! – und die beteiligten Behörden in diesem Behördenstreit alle zu demselben Senatsressort gehören, wenn ich es richtig überblicke: Halten Sie es für angemessen, wenn die Senatorin den beteiligten Behörden eine angemessene Frist setzen würde und zum Beispiel sagt, bis September haben sie das geklärt, dass sie dann einen Entscheidungsvorschlag in die eine oder andere Richtung macht, und zum 1. Oktober hängen wieder Schilder in der Waller Feldmark?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sie können sicher sein, es steht ja „zeitnah“ darin, dass ich ein großes Interesse daran habe, und deswegen stehe ich hier auch so offen und ehrlich und habe es selbst als Schildbürgerstreich bezeichnet, dass dieses Problem – ich muss sehen, ob es der 1. Oktober sein kann – wirklich sehr zeitnah in einem überschaubaren Zeitraum gelöst wird und wir dann hoffentlich aber auch für die Zukunft diese beiden Schildertypen haben, sodass das nicht noch einmal passieren sollte.

**Präsident Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Eschen. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen):** Können Sie einmal berichten, was aus Sicht des ASV an den Schildern verwirrend war?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Es waren offensichtlich die Größe und das Aussehen. Es ist mir jetzt schon fast ein bisschen peinlich, das zu sagen: Das normale Fahrradschild ist weiß mit grün, darauf ist ein Fahrrad, darauf steht zum Beispiel „1,2 Kilometer bis Walle“, und das, was der UBB entwickelt hat, war nicht ganz die gleiche Größe, sah aber im Design ähnlich aus, es galt aber dann nicht für diese qualitativ hochwertigen Fahrradwege, sondern eben für den normalen Kleingartenweg. Das ASV bemängelt, dass das irreführend ist, weil der Rad Fahrende dann meinen könnte, er fährt auf dem ausgewiesenen Haupttroutennetz und nicht

durch kleine Wege im Kleingarten, weil es so aussah wie das offizielle Fahrradschild des ASV.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 4: Wie wird die Zukunft des Projekts „Grüner Bremer Westen“ sichergestellt?**

**Anfrage der Abgeordneten Wagner, Frau Krümpfer, Güngör und Fraktion der SPD vom 8. Juni 2020**

Bitte, Herr Kollege Wagner!

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Ziele und die bisher erreichten Meilensteine des Projekts „Grüner Bremer Westen“, mit dem die Kleingartengebiete zwischen Gröpelingen, Walle und dem Blockland zu einem Naherholungspark weiterentwickelt werden sollen?

2. Hält der Senat eine Fortsetzung dieser Bemühungen über den 30. September 2020 hinaus für erforderlich, wenn die bisherige Finanzierung über das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ausläuft?

3. Beabsichtigt der Senat, die Fortsetzung des Projekts über den 30. September 2020 hinaus sicherzustellen, und – falls ja – in welchem Umfang und aus welchen Haushaltsmitteln?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für das Projekt Grüner Bremer Westen wurde in den Jahren 2014 und 2015 im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsverfahrens das Handlungskonzept „Eine grüne Oase für Walle und Gröpelingen – der Naherholungspark Bremer Westen“ erarbeitet. Bereits damals wurde festgestellt, dass die formulierten Ziele nur über einen längeren Zeitraum umgesetzt werden können, im Konzept ist daher auch von der Vision 2030 die Rede.

In einem ersten Umsetzungsschritt war die Bewerbung für das vom Bund geförderte Modellprojekt

Green Urban Labs erfolgreich. Bremen erhielt für den Förderzeitraum September 2017 bis September 2020 gemeinsam mit elf anderen Städten eine finanzielle Förderung, mit der in der Hauptsache die halbe Stelle einer Projektkoordinatorin finanziert werden konnte.

Nach nunmehr fast drei Jahren kann festgestellt werden, dass die Arbeit der Projektkoordinatorin überaus erfolgreich war. Ziel des Projekts ist es, die Weichen zur Entwicklung eines multicodierten Naherholungsgebiets in einem 480 Hektar großen innerstädtischen Projektareal im Westen Bremens zu stellen. Ein Netzwerk der verschiedenen im Planungsraum aktiven Initiativen und Vereine wurde aufgebaut, neue Akteurinnen und Akteure wurden gewonnen, mit den jährlich stattfindenden Frühsoommerfesten sowie der Woche des Gartens wurden Veranstaltungen etabliert, die Akteurinnen und Akteure zusammenbringen, neue Aktivitäten initiieren und somit den Naherholungspark zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Verschiedene Infrastrukturmaßnahmen wurden angestoßen. So befinden sich die Wegeverbindung Mäusetunnel - WUPP sowie der Rundweg In den Wischen im Bau, zahlreiche leergefallene und verwilderte Kleingartengrundstücke wurden in artenreiche Schmetterlingswiesen und Streuobstwiesen umgewandelt.

Zu Frage 2: Der Senat hält die Fortsetzung der mit dem Projekt initiierten Aktivitäten für wünschenswert. Seitens des Ressorts wird geprüft, hierfür weitere finanzielle Mittel einzuwerben.

Zu Frage 3: Der Naherholungspark Grüner Bremer Westen ist Bestandteil im Integrierten Entwicklungskonzept Gröpelingen, IEK, sodass für die Umsetzung von Maßnahmen hier Mittel aus der Städtebauförderung eingesetzt werden. Noch ausstehende geplante Maßnahmen für den Naherholungspark werden zurzeit für die Aufnahme in die aktuell laufende Fortschreibung des IEK Gröpelingen geprüft. Gleichzeitig wurde ein Projektantrag im Handlungsfeld Klimaschutz gestellt, der sowohl die Finanzierung der Personalkosten der Projektkoordinatorin als auch investive und konsumtive Maßnahmen beinhaltet. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Wenn ich es richtig verstanden habe, läuft das Projekt seit fünf Jahren

und jetzt noch ungefähr elf Wochen. Teilen Sie meine Einschätzung, dass es jetzt allerhöchste Zeit ist, die Finanzierung über den 30. September hinaus sicherzustellen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ja, absolut, das habe ich ja auch in meiner Antwort vorgelesen. Wir sehen ja, wie erfolgreich das Projekt war, es ist im Prinzip ein Projekt von zehn Millionen Euro. Es gab darüber in der vorletzten Woche auch eine schöne Wochenserie bei „buten un binnen“, in der man sehen konnte, was alles zum Teil auch schon angeschoben oder erreicht worden ist. Wir wollen das aber fortsetzen, und deswegen haben wir auch Mittelbedarf für das Handlungsfeld Klimaschutz angemeldet, und wir wollen auch Bundesmittel einwerben.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Frau Bürgermeisterin, wie hoch schätzen Sie denn das Risiko ein – genannt in Prozent –, dass es über den 30. September hinaus nicht mehr weitergehen kann? Null ist eine favorisierte Antwort!

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Da wir doch nun gerade selbst in den Haushaltsberatungen sind und ich verstanden habe, dass es mehr Geld geben soll, sowohl für die Grünpflege in Kleingärten als auch generell für die Grünflächen und auch im Handlungsfeld Klimaschutz, gehe ich davon aus, ganz sicher – prozentuale Aussagen mache ich grundsätzlich ungern! –, dass es dann natürlich auch ab Oktober weitergehen wird.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 5: Novellierung des Aufnahmeortsgesetzes, BremAOG**

**Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Juni 2020**

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

**Abgeordnete Ahrens (CDU):** Wir fragen den Senat:

1. In welchem Bearbeitungsstand befindet sich die durch die Senatorin für Kinder und Bildung in Aussicht gestellte Novelle des Aufnahmeortsgesetzes, BremAOG, wie ist das Verfahren zur Erarbeitung der Novelle organisiert, und welche behördlichen sowie externen Stellen sind hieran wie beteiligt?

2. Welche Intention leitet den Senat bei der Novellierung des Aufnahmeortsgesetzes – BremAOG –, und welche etwaigen zusätzlichen Regelungsgegenstände sollen von der Novelle des Aufnahmeortsgesetzes, BremAOG, umfasst werden?

3. Wann soll die Novelle des Aufnahmeortsgesetzes, BremAOG, den zuständigen Gremien nach aktueller Planung des Senats zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

**Senatorin Dr. Bogedan:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ein neuer konkreter Änderungsentwurf für eine Reform des BremAOG liegt noch nicht vor, die aus Sicht der Abteilung 3 – Frühkindliche Bildung, Förderung von Kindern und Fachkräfteentwicklung – der Senatorin für Kinder und Bildung anzupassenden Vorschriften sind jedoch identifiziert.

Das Gesetzesänderungsverfahren wird im formal vorgesehenen Rahmen durchgeführt. Das bedeutet, dass auf Fachebene unter anderem Erörterungen in der Arbeitsgemeinschaft Kindertagesförderung nach § 78 SGB VIII, im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation für Kinder und Bildung erfolgen. Gegebenenfalls durch Ausweitungen von Rechtsansprüchen entstehende zusätzliche Bedarfe müssten ebenfalls in den zuständigen Gremien vorgelegt und abgestimmt werden. Die abschließende rechtsförmliche Prüfung führt die Senatorin für Justiz und Verfassung durch.

Zu Frage 2: In erster Linie sind für die BremAOG-Reform rechtlich erforderliche Anpassungsbedarfe handlungsleitend, die seit Inkrafttreten des Ortsgesetzes 2014 entstanden sind, beispielsweise eine flexibler zu gestaltende Regelung zur Bemessung der individuellen Förderbedarfe der Kinder aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung.

Überdies soll fachlichen Anpassungsbedarfen, wie zum Beispiel der geplanten Onlineanmeldung und

gesellschaftlichen Entwicklungen, zum Beispiel in Form einer besonderen Berücksichtigung der Betreuungssituation für Alleinerziehende oder einem gewachsenen Interesse am Gesundheitsschutz vor und während der Aufnahme Rechnung getragen werden.

Zu Frage 3: Es ist beabsichtigt, das BreMAOG innerhalb der laufenden Legislaturperiode, gegebenenfalls in mehreren Änderungsschritten, zu novellieren. Eine Anpassung des Aufnahmeverfahrens für Schulkinder ist zum Kindergartenjahr 2021/2022 vorgesehen. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Ahrens (CDU):** In den heute ebenfalls noch zu debattierenden Tagesordnungspunkten 12 und 13 wird ja darauf hingewiesen, dass man beim BreMAOG auch eine Vorrangprüfung für Fünfjährige erwägt und das von Ihrem Haus vorlegen wollte. Ist weiterhin in Planung, dass Sie das machen wollen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Wir haben ja zugesagt, dass wir sehen, dass diese Frage der Priorisierung tatsächlich in die Novellierung des BreMAOG hineingehört und das deshalb in dem Rahmen auch entsprechend erörtern und diskutieren müssen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Ahrens (CDU):** Sie haben eben auf Frage drei gesagt, dass Sie für Schulkinder zum Beginn des Kindergartenjahres 2020/2021 eine Regelung vorschlagen. Die Fünfjährigen kommen nächstes Jahr in die Schule und wären also davon auch betroffen. Wäre es nicht sinnvoll, die Regelung bis dahin anzupassen, dass sie dann zum 1. August 2021 tatsächlich vorrangig aufgenommen werden?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Wir haben insgesamt die Situation, wir haben ein knappes Gut, das es zu verteilen gibt, und je knapper das Gut ist, desto größer werden die Verteilungskonflikte. Deshalb ist ja unsere Problematik, dass wir über das BreMAOG eine Privilegierung oder Priorisierung vornehmen müssen, dürfen, können, wollen, die im

Hinblick auf den Zugang zur Kindertagesbetreuung bestimmte Kinder berücksichtigt. Aus meiner Sicht sind die politischen Diskussionen dazu eben noch nicht ausreichend abgeschlossen, um ein vollumfängliches Bild zu haben, wie man in der Prioritätensetzung und in der Verteilung welche Personengruppen wie bewertet und begünstigt, und ohne dass diese Auseinandersetzung abschließend geführt ist, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht zusagen, die Personengruppe wird definitiv zu dem Zeitpunkt begünstigt werden.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Ahrens (CDU):** Eine abschließende! Nach § 11 haben Sie heute die Möglichkeit, ab morgen eine Sonderregelung zu erlassen, ohne das Gesetz zu ändern. Ich frage jetzt nach Ihrer persönlichen Meinung: Werden Sie persönlich, losgelöst von anderen Fraktionen, dafür kämpfen, dass Fünfjährige ab dem 1. August über diesen Ausnahmetatbestand ab 2021 tatsächlich vorrangig ein Kita-Platz bekommen, ja oder nein?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Dr. Bogedan:** Liebe Frau Ahrens, auf eine Frage zu meiner persönlichen Meinung kann ich, glaube ich, an diesem Ort nicht antworten. Ich stehe hier und antworte für den Senat, also gebe ich die Meinung des gesamten Senats wieder. Im gesamten Senat ist diese Position nicht abschließend gebildet, und wir haben die Diskussionen auch insgesamt aus meiner Sicht nicht abschließend geführt, ich habe ja eben vorgelesen, in welchen Gremien diese Diskussionen geführt werden müssen und wo sie hingehören, nämlich zum Beispiel auch in die Beratungen mit den Trägern zusammen. Deshalb kann ich Ihnen meine persönliche Meinung privat beim Kaffeetrinken oder in der Kneipe erzählen, aber nicht hier an diesem Ort und an dieser Stelle.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Das Angebot nehme ich an!)

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 6: Onlineangebote der Erziehungsberatungsstellen und Häuser der Familie?**  
**Anfrage der Abgeordneten Frau Görgü-Philipp, Öztürk, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**vom 10. Juni 2020**

Bitte Frau Kollegin!

**Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen):** Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Anliegen, die Angebote der städtischen Erziehungsberatungsstellen und der Häuser der Familie um Onlineangebote zu ergänzen?
2. Welche Chancen sieht der Senat für eine zeitnahe Einführung von Onlineangeboten der Erziehungsberatungsstellen und der Häuser der Familie?
3. Welche Rolle spielt hierbei gegebenenfalls die Klärung datenschutzrechtlicher Fragen?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

**Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat sieht es als eine zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik, ein gutes Aufwachsen mit Medien zu gewährleisten und bei der Entwicklung von Angeboten in besonderer Weise an die Erfahrungsräume von Kindern, Jugendlichen und Familien anzuknüpfen. Aus diesem Grund fördert der Senat die Onlineangebote der Erziehungsberatung im Land Bremen in Trägerschaft der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V. und stellt so eine flexible, niedrighschwellige und nutzerorientierte Infrastruktur bereit.

In den vergangenen Monaten der Pandemie ist aber auch deutlich geworden, dass Beratungen nicht allein digital durchgeführt werden können. Vielmehr hält der Senat eine sinnvolle Verknüpfung von analogen und digitalen Angeboten für erforderlich.

Die Angebotsstruktur in den Häusern der Familie ist hauptsächlich von persönlichen Kontakten geprägt. Telefonisch und online ist das nur schwer nachzubilden. In den zurückliegenden Monaten ist

jedoch deutlich geworden, dass ergänzende Onlineangebote per Videochat Familien unterstützen, die sich in häuslicher Isolation befinden. Das Onlineangebot in den Häusern der Familien ist entsprechend verstärkt worden.

Zu Frage 2: Für die Erziehungsberatung gab es bereits vor der COVID 19-Pandemie Onlineangebote. Vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen sind diese erweitert worden. In der künftigen Angebotsplanung wird auszuwerten sein, welche digitalen Formate sich für junge Menschen und ihre Familien als unterstützend erwiesen haben und wie diese in zukünftige Konzepte integriert werden können.

Zu Frage 3: Da die Verarbeitung personenbezogener Sozialdaten hochsensibel ist, müssen neue Onlineangebote hohe datenschutzrechtliche Standards erfüllen. Insbesondere bei der Beratung Ratsuchender über soziale Medien kommt es zu Datenschutzproblemen, weil Kinder, Jugendliche und Familien Anwendungen wie zum Beispiel WhatsApp, Facebook, Twitter oder Instagram nutzen, die den datenschutzrechtlichen Ansprüchen von Behörden nicht genügen. Lösungen können daher nicht allein auf kommunaler oder Landesebene entwickelt werden. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen):** Besteht aus Ihrer Sicht die Möglichkeit, die Digitalisierung der Beratungsangebote auch über das „Programm Soziales 2025“ anzuschließen, oder inwieweit ist das schon in der Planung?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Stahmann:** Frau Abgeordnete, wir haben diese Entwicklung bereits in unser „Programm Soziales 2025“ aufgenommen und werden das Thema Ausbau von Onlineangeboten für Beratungsstellen auch noch einmal im Senat erörtern, weil wir da einen großen Bedarf sehen; also, wir brauchen einen Mix aus echten Menschen, aber wir brauchen auch die digitalen Angebote, die sicherstellen, dass es vielfältige Wege zum Thema Beratung gibt.

Wir haben auch festgestellt, dass manche Beratung aus unterschiedlichen Gründen nur im Onlinebereich gesucht wird und dass es dann gar nicht zu einem tatsächlichen Kontakt in der Beratungsstelle

kommt, aber das ist für uns auch noch einmal eine ganz wichtige Erfahrung gewesen.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 7: Stadtbäume in Bremen – Teil der urbanen Klimaanpassung**  
**Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Schäck, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. Juni 2020**

Bitte, Herr Kollege!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit werden neben der Widerstandsfähigkeit und Klimaresilienz der Arten bei der Baumbepflanzung auch weitere Kriterien erwogen, wie zum Beispiel Arten, welche eine geringere Konzentration von flüchtigen organischen Stoffen als Ozonvorläufern produzieren sowie effektiv bei der Absorption und beim Abfangen von Stickoxiden, Ozon und Feinstaub sind, und wird dies als Indikator in den Bremer Baumkatalog für Bremen aufgenommen?

2. Inwieweit wird eine ökonomische Bewertung – Kosten und Nutzen – der Baumbepflanzung als Klimaanpassungsmaßnahme vorgenommen, insbesondere mit dem Bezug der Klimaresilienz der Stadt und der Reduzierung des sommerlichen Hitzestresses in der Stadt durch Baumpflanzungen, was zur thermischen Entlastung der Stadt führt?

3. In welchem Umfang ist eine Ausweitung der Neuanpflanzung von Straßenbäumen und Baumalleen mit widerstandsfähigen und trockenstressresistenten Arten nach den Kriterien aus Frage eins im Bremer Stadtgebiet beabsichtigt?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Arbeitsgruppe Klimabäume erarbeitet eine Empfehlung zur Verwendung von Baumarten, die in Bezug auf die Klimaveränderungen besonders widerstandsfähig sind. Diese Arbeit

erfolgt auf Basis von Literaturrecherchen, bundesweiten Erkenntnissen verschiedener Feldversuche und bremischer Praxiserfahrungen.

Kriterien, wie zum Beispiel die Produktion einer geringen Konzentration von flüchtigen organischen Stoffen als Ozonvorläufer sowie die Effektivität bei der Absorption und beim Abfangen von Stickoxiden, Ozon und Feinstaub, werden bei der Baumartenauswahl derzeit nicht berücksichtigt. Im Rahmen der sukzessiven Weiterentwicklung der Empfehlung wird angestrebt, auch Effekte und Möglichkeiten der Berücksichtigung solcher Aspekte zu prüfen.

Zu Frage 2: Kosten-Nutzen-Analysen zu Bremer Straßenbäumen werden derzeit im Rahmen des Verbundprojekts „BREsilient - Klimaresiliente Zukunftsstadt Bremen“ durch das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in enger Zusammenarbeit mit der Bremer Senatsverwaltung durchgeführt. Als Nutzen wurden dabei Kohlenstoffdioxid- und Luftschadstoffrückhalt durch zusätzliche Straßenbäume sowie deren Wert für Stadtbild und Lebensraum monetär bewertet.

Die Ergebnisse belegen, dass die Neupflanzung weiterer Straßenbäume gesamtwirtschaftlich vorteilhaft ist. Um die Reduzierung des sommerlichen Hitzestresses durch zusätzliche Straßenbäume zu monetarisieren, bedarf es Klimasimulationen, die jeweils auf verschiedenen Szenarien von Baumpflanzungen beruhen. Da solche Daten für Bremen bislang nicht verfügbar sind, konnten Kühlungseffekte noch nicht in die Kosten-Nutzen-Analyse einbezogen werden. Dies ist in einer bereits beantragten Folgephase von BREsilient vorgesehen, bei der die ökonomischen Analysen auch auf Stadtbäume ausgeweitet werden sollen.

Zu Frage 3: Bei Nach- und Neupflanzungen von Straßenbäumen und Baumalleen werden die Standortbedingungen geprüft, einschließlich der klimarelevanten Faktoren. Auf der Basis erfolgt die Baumartenauswahl unter Einbeziehung der Klimabaumarten. Die Festlegung auf eine Baumart erfolgt immer in einem Abwägungsprozess, bei dem neben klimarelevanten Aspekten auch naturschutzfachliche, freiraum-, stadt- und verkehrsplannerische Aspekte eine Rolle spielen. Die Verwendung insektenfreundlicher, widerstandsfähiger und trockenstressresistenter Arten nimmt seit einigen Jahren zu und wird kontinuierlich fortgeführt. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Halten Sie es für angebracht, dass man neben der Klimawirkung auch die immissionsdämpfende Wirkung in den Kriterienkatalog mit aufnimmt und insofern eine mehrdimensionale Betrachtung wahrnimmt?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ja, genau! Ich hatte ja zu Frage zwei auch schon versucht zu beantworten, dass neben der Anpassung an das Klima, also der Widerstandsfähigkeit gerade bei Trockenstress und der Insektenfreundlichkeit, zukünftig auf genau solche Kriterien noch mehr geachtet wird, also was mit CO<sub>2</sub>, aber auch mit dem Luftschadstoffrückhalt ist. Das soll dann auch in eine Tabelle eingepflegt werden, welche Arten sich zukünftig im Bremer Stadtraum behaupten können und auch angepflanzt werden sollen. Also, wir wollen Arten mit dem größtmöglichen Nutzen haben. Es soll nicht nur schön aussehen, es soll gut für die Insekten sein, aber es soll auch einen Beitrag leisten, nicht nur einen Kühlungseffekt, sondern eben auch, wie Sie sagen, wir schauen uns an, was an Schadstoffen gefiltert werden kann.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Weil vorhin in der Antwort „prüfen“ gesagt wurde, hatte ich diese Nachfrage gestellt und will jetzt auch eine weitere Frage stellen: Ist dabei auch ein Kriterium, wie stark allergen solche Bäume sind? Pappeln, Weiden und andere, auch spanische Platanen, geben ja sehr viele organische Stoffe ab.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Bisher ist es mir ehrlicherweise nicht passiert, dass wir auch noch nach den Allergenen schauen. Alle, die vom Heuschnupfen geplagt sind, wissen, wie schwierig es ist, wenn man auf Birkenpollen besonders allergisch ist. Ich nehme das auf und werde es noch einmal in diese Arbeitsgruppe einschleusen, ob man schaut, ob das auch eine Rolle spielt.

Wir haben – aber ich glaube, das ist aus der Antwort auch deutlich geworden – eine Fülle von Kriterien, die wir erfüllen müssen und wollen, insofern ist das dann noch ein weiteres Kriterium. Ich bin gespannt, wie die Liste am Ende aussieht.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Es ist ja dann eine mehrdimensionale Entscheidung, wie Sie zu Recht andeuten. Wann werden wir denn diese Liste mit mehr Weißdorn, mehr Magnolien und solchen Arten, die wenig Ausstoß haben, vorfinden können? Wie lange dauert also der Prozess?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Die Arbeitsgruppe hat sich meines Erachtens Anfang des Jahres zusammengesetzt, sie ist gerade dabei zu recherchieren. Ich hoffe, dass uns diese Liste noch im Laufe des Jahres vorliegt, weil wir ja viele Bäume nachzupflanzen haben und auch viele Bäume nachpflanzen wollen, und es macht dann natürlich auch Sinn, sie nach diesen Kriterien auszusuchen. Insofern gehe ich davon aus, dass sie uns noch in diesem Jahr vorliegt.

**Präsident Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Noch einmal zurück vom Ästhetischen und Ökologischen zum Ökonomischen! Wir haben ungefähr 245 000 Straßenbäume, und einen Baum neu anzupflanzen kostet bislang – ich hoffe, ich vertue mich jetzt nicht im Faktor zehn! – 1 600 Euro. Das wären ungefähr 400 Millionen Euro, die dort stehen, wenn man das ganz machen würde. Wenn jetzt neue Bäume gepflanzt werden, bleibt es ungefähr bei den Kosten, oder müssen wir davon ausgehen, dass neue Baumarten einen Mehraufwand erfordern? Es war zu hören, dass zwei Jahre Pflege zum Aufwuchs nicht mehr ausreichen, sie brauchen fünf Jahre. Gibt es da auch schon Ergebnisse, was das Neuanpflanzen dieser neuen Baumarten kosten wird?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Nein, bisher liegt nur diese Summe von 1 600 Euro vor. Dass es aufwendiger ist, Bäume nachzupflanzen/neu anzupflanzen liegt an diesem Klimawandel und der der Dürre. Es reicht eben nicht aus, ab und zu einmal zu bewässern, sondern die jungen Bäume müssen bis zu fünf Jahre regelmäßig gepflegt und bewässert werden, erst dann sind die Wurzeln so tief im Grund, dass sie auch das Grundwasser erreichen können. Auf der anderen Seite gehe ich davon aus, dass der Pflegeaufwand, wenn wir jetzt anfangen, auch klimaangepasste Arten anzupflanzen, mit der

Zeit wieder sinkt, weil wir jetzt ja feststellen, dass die Arten, die nicht angepasst sind, einen hohen Pflegeaufwand verursachen.

Wir sind ja für die Verkehrssicherungspflicht zuständig, und in trockenen Sommern werfen die Bäume zum Beispiel Teile ihrer Äste ab. Das müssen wir natürlich verhindern. Wir erleben gerade deutschlandweit bei den Fichten ein Fichtensterben nicht nur wegen des Borkenkäfers, sondern auch aufgrund der Dürre, das macht Nadelbäumen besonders zu schaffen, auch die werden in Zukunft nicht mehr geeignet sein. Das heißt, wenn wir jetzt die richtigen Baumarten aussuchen und anpflanzen, dann wird man, wie dann bei jeder Baumart, am Anfang einen höheren Pflegeaufwand haben – der ist dann auch teurer –, aber im Laufe der Zeit eher zumindest nicht ein weiteres Ansteigen, als wenn wir weiterhin Arten haben, die zum Beispiel überhaupt nicht mit Trockenheit zurechtkommen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Gottschalk (SPD):** Eine noch, Herr Präsident! Die Schnelligkeit, mit der das passieren kann, kenne ich von den Fichtenwäldern aus meiner Heimat. Insofern, wenn man auf unsere Straßenbäume schaut, wir haben sie mittlerweile auch per Kataster und auch elektronisch erfasst: Gibt es eigentlich Simulationsrechnungen, wie schnell es gehen kann, dass diese 245 000 Bäume tatsächlich heruntergehen und dementsprechend der Gesamtaufwand ansteigt, oder müssen wir da erst noch Daten sammeln?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das kann ich so aus dem Bauch heraus nicht ehrlich beantworten, ob die Datenbasis jetzt schon dafür ausreicht. Ich finde, das ist eine Frage, die man mit dem Eigenbetrieb dann in einer Sitzung des Eigenbetriebsausschusses im UBB oder in der Deputation noch einmal erörtern kann, dazu lade ich jetzt ein. Bis dahin können wir vom UBB dann auch erfragen, ob die jetzige Datenlage reicht.

Wir haben uns ja damals gemeinsam dafür eingesetzt, dass es eine digitale Erfassung der Bäume gibt und nicht mehr eine händische auf dem Block. Es ist ja jetzt noch nicht so lange her, aber wir haben schon gelernt, seitdem wir das digital erfassen, dass der Pflegeaufwand doch noch einmal höher wird, weil wir einfach so eine gute Datenbasis haben und sehen, welchen Bäumen es schlecht geht,

was früher, wenn man es auf den Block geschrieben hat, auch gern einmal wieder an Daten verloren ging. Das haben wir jetzt dauerhaft gespeichert. Das ist einmal mehr Pflegeaufwand, aber das ist auch mehr Sicherheit.

Zur Dürre kommen noch die vielen Sturmschäden hinzu. Wir hatten jetzt mehr und heftigere Stürme, wir haben immer noch das Problem mit Streusalz, das den Straßenbäumen sehr schadet und ihnen zu schaffen macht, also wir sehen schon, dass Bäume in der Stadt noch einmal einen ganz anderen Pflegeaufwand benötigen als woanders in der intakten Natur. Aber ja, lassen Sie uns das dann doch noch einmal in der Deputation vertieft erörtern, und wir fragen bis dahin die Daten ab!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Nein, ich nehme die Anregung der Frau Senatorin auf!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Bisher werden ja mehr Bäume gefällt als gepflanzt. Ist es denn jetzt Absicht des Senats, das umzukehren und wieder mehr zu pflanzen, als gefällt wird?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Genau, dazu gab es ja auch schon einmal eine Anfrage! Ich habe geantwortet, unser Ziel ist es, eins zu eins nachzupflanzen, ich glaube, das ist auch die einzige Antwort, die wir in Zeiten des Klimawandels geben können. Wir wissen, dass Baumschutz ein Beitrag zum Klimaschutz ist, und insofern können wir es uns nicht mehr leisten, zu wenige Bäume nachzupflanzen. Wir wollen eine Nachpflanzung eins zu eins, beziehungsweise wir haben hier – Sie kennen das Thema! – die Platanen, wo wir auch anerkennen, dass ein alter großer Baum eine andere ökosystemare Leistung hat als ein junger Baum und wir deswegen sogar überkompensieren, also nicht mehr eins zu eins nachpflanzen, sondern die 136 Bäume durch 500 neue ersetzt werden.

Also, wir haben es uns auf die Fahnen geschrieben, mehr Bäume in der Stadt zu pflanzen. Wir suchen auch gerade Flächen, da, wo wir das zum Beispiel in der Straße nicht vor Ort machen können, weil dort Leitungen liegen, damit wir dann eine Fläche haben, wo wir sagen, dann kommt trotzdem dort

der Baum hin, weil es global gesehen oder für das Stadtklima gesehen wichtig ist, dass wir die Bäume eben nicht monetär ausgleichen, sondern nachpflanzen.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 8: Recyclingstationen in Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Schäck,  
Frau Wischhusen und Fraktion der FDP  
vom 17. Juni 2020**

Bitte, Herr Dr. Buhlert!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Wir fragen den Senat:

1. Welche der Recyclingstationen in Bremen sind oder waren derzeit ganz oder teilweise geschlossen, und was sind oder waren die jeweiligen Gründe hierfür, inwieweit waren Infektionsschutzgründe ausschlaggebend?

2. Wie groß ist derzeit die Nutzung der jeweiligen Recyclingstationen, insbesondere bei den Stationen, die unmittelbar in der Nähe der geschlossenen Recyclingstationen liegen?

3. Wann werden die geschlossenen Recyclingstationen jeweils wieder geöffnet, und welche hygienischen Vorkehrungen werden getroffen?

**Präsident Imhoff:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Am 19. März 2020 hat die Bremer Stadtreinigung die Recyclingstationen Aumund, Horn, Findorff, Huchting, Oslebshausen und Hemelingen geschlossen. Ausschlaggebend dafür waren Infektionsschutzgründe. Auf der einen Seite führten die bundesweit ergriffenen Infektionsschutzmaßnahmen zu einem deutlichen Personalausfall, auf der anderen Seite führte die Einführung von Zugangsbeschränkungen auf den Recyclingstationen zur Gewährleistung der Abstandsregelung, was wiederum den Personalbedarf erhöhte. Diese personalwirtschaftliche Herausforderung konnte die Bremer Stadtreinigung mit der Schließung von sechs kleineren Recyclingstationen und

durch die Vergabe eines Teils der Zugangskontrollen an private Wachdienste lösen. Damit hat die Bremer Stadtreinigung die Entsorgungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Monaten insgesamt gewährleistet.

Zu Frage 2: Als Folge der Schließung von sechs Recyclingstationen nahm der Kundenverkehr an den anderen Stationen um 20 bis 30 Prozent zu. Mit fortschreitender Schließungsdauer reduzierten sich die Kundenzahlen allmählich. Nach der Wiedereröffnung einiger geschlossener Recyclingstationen normalisieren sich die Kundenzahlen weiter.

Zu Frage 3: Ziel ist es, alle Recyclingstationen wieder zu öffnen. Im Laufe des Monats Juni konnten Stationen sukzessive geöffnet werden, sodass 14 von 15 Recyclingstationen wieder geöffnet sind. Teilweise gibt es noch Einschränkungen in den Öffnungszeiten. Die Station Findorff ist nur für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer zugänglich. Die Station Horn ist derzeit noch geschlossen. Hier würde die Einführung einer Zugangskontrolle sofort zu einem Rückstau auf die stark befahrene Achterstraße führen.

Neben der Einführung der Zugangsbeschränkungen auf den Recyclingstationen wurden die allgemein üblichen hygienischen Vorkehrungen getroffen, wie zum Beispiel Ausgabe von Mundschutz, Einmalhandschuhen und Desinfektionsmitteln, das Anbringen von Plexiglastrennscheiben vor den Kassen, das Anbringen von diversen Hinweisschildern und Abstandsmarkierungen, das Verteilen von Warnwesten mit der Aufschrift „Abstand halten“. – So weit die Antwort des Senats!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Ist es für die Achterstraße nicht denkbar, eine ähnliche Lösung zu finden wie für Findorff, dass dort nur Fußgänger und Radfahrer hinkommen? Die Argumentation mit den Autos, dass es sich auf der Straße stauen würde, kann ich ja nachvollziehen.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Es wurde sich zum einen angesehen, wer zu der Recyclingstation Horn fährt oder geht, mehrheitlich sind es Autofahrer. In Findorff wissen und wussten wir auch, dass es sehr viele Fahrradfahrer sind, in Horn ist es etwas an-

ders. Wir haben aber nach wie vor ein Personalproblem, das muss ich in aller Deutlichkeit sagen – wir haben das auch in der letzten Woche in der Deputation erörtert –, wir haben bisher schlichtweg nicht genügend Personal.

Auch bei der DBS sind immer noch Mitarbeiter nicht wieder am Arbeitsplatz, die zur Risikogruppe zählen, und wir haben jetzt schon 150 000 Euro, so mein letzter Kenntnisstand, für die Sicherheitsfirma ausgegeben. Wir würden an der Achterstraße gern auch schnellstmöglich wiedereröffnen, aber bisher haben wir ein Kapazitätsproblem beim Personal. Ansonsten würde ich Ihnen zustimmen, es zumindest für die Fahrradfahrer wieder zu öffnen, aber noch sind wir nicht so weit.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Sie hatten ja darauf hingewiesen, dass wir schon viel in der Deputation besprechen konnten. Da gab es ja auch den Punkt Osterholz. Gibt es da neuere Entwicklungen, die Sie uns mitteilen können, sprich, ist der Standort in der letzten Woche weiter bearbeitet worden?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich wünschte, ich könnte jetzt sagen, ja, ich habe etwas Erfolgreiches zu vermelden, das habe ich allerdings nicht. Wie bereits erläutert, hat uns der Beirat zwei Standorte für den Neubau einer Recyclingstation gemeldet, und zwar Krietes Park und Nußhorn. Nußhorn wird derzeit auch weiter als Alternative geprüft, Krietes Park hat sich die DBS schon sehr genau angeschaut. Wir würden Krietes Park als Fläche gern nehmen. Der Nachteil bei Nußhorn ist, dass wir erst einmal die Infrastruktur schaffen müssten, also auch die Wegebeziehungen, weil er nicht gut verkehrlich erschlossen ist. Das kann bis zu fünf Jahre dauern, ich glaube, das ist für Osterholz nicht attraktiv. Sie wollen ja eine schnelle Lösung, das wäre mit Krietes Park gewährleistet.

Die Fläche ist groß genug, das hat sich die DBS angesehen. Die Fläche gehört der WFB, und sie ist derzeit der Meinung, dass sie die Fläche lieber für Handwerker als für den Recyclinghof vorhalten will, obwohl die DBS die Fläche natürlich kaufen, also einer Nutzung zuführen würde, aber bisher sind wir bei den Verhandlungen noch nicht weitergekommen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP):** Ist der Senat der Auffassung, dass Recyclingstationen eher dem Bereich des Gewerbes zuzuordnen sind?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ja, man nennt es ja auch Abfallwirtschaft, insofern ist es ganz sicher dem Gewerbe zuzuordnen.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Nein, ich weiß jetzt, was mit der WFB geredet wird!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer – Bitte sehr!

**Abgeordneter Rohmeyer (CDU):** Bei den geschlossenen oder jetzt wieder geöffneten Stationen war ja zum Beispiel der Verkauf von Bremer Kompost und anderen Erden ausgesetzt, dazu hatten wir, glaube ich, vor drei Sitzungen auch schon eine Anfrage des Abgeordneten Tebje. Soweit ich informiert bin, ist das bis zum heutigen Tag so. Was können Sie dazu sagen, wann dieser ja auch nicht unlukrative Verkauf durch die Bremer Stadtreinigung an die Bürgerinnen und Bürger wieder aufgenommen wird?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Mein Ziel ist es, so schnell wie möglich wieder das volle Programm aufzunehmen. Ich möchte trotzdem auch einmal eine Lanze für die Beschäftigten bei den Recyclingstationen brechen, die es – und das ist auch wirklich anzuerkennen – anders als in den Kommunen auch zur Hochzeit der Coronakrise geschafft haben, den Betrieb der Recyclingstationen, nicht von allen, aber doch von einigen, aufrechtzuerhalten. Woanders waren sie stumpf geschlossen, in Bremen gab es solche, die geöffnet waren, aber in der Tat nur mit einem eingeschränkten Angebot, weil es auch Beschäftigte in der DBS und auf den Recyclinghöfen gibt, die wegen Kinderbetreuung zu Hause bleiben mussten oder zur Risikogruppe zählen. Das ist nach wie vor unser Problem, warum wir mit einem reduzierten Personalstock arbeiten und deswegen nicht wieder das volle Angebot machen können.

Sie können sicher sein – und das habe ich auch immer wieder vertreten –, dass gerade die Abfallsorgung, zu der auch die Recyclingstationen gehören, natürlich gerade in Zeiten einer Pandemie eine ganz wichtige Aufgabe ist, weil es natürlich auch zum Gesundheitsschutz beiträgt, wenn man den Müll nicht zu Hause sammelt, sondern ordnungsgemäß entsorgen kann.

Vielleicht darf ich das auch einmal sagen, das war ja das Problem: Je mehr Menschen zu Hause waren, desto mehr hatten wir wegen Homeoffice oder Kinderbetreuung, wie auch immer, gerade in Zeiten des Lockdowns das Phänomen – ich kenne das auch von zu Hause –, dass man dann angefangen hat, einmal auszusortieren, aufzuräumen, zu entrümpeln, und der Andrang bei den Recyclingstationen sowie auch der Andrang in den Baumärkten war ungleich höher als in anderen, normalen Zeiten, und trotzdem hatten wir weniger Personal. Das war schon eine logistische Herausforderung, und deswegen bin ich froh, dass wir den Großteil der Recyclingstationen überhaupt geöffnet lassen konnten, aber wir wollen das Angebot so schnell wie möglich wieder komplett haben.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Rohmeyer (CDU):** Im März bei der Frage zum Kompost – damals ging es um Torfbestandteile, die der Kollege Tebje seinerzeit gestellt hatte – haben Sie genau dieselbe Formulierung benutzt: Sie wollen so schnell wie möglich und in Kürze! Das war im März, jetzt haben wir Juli. Es gibt bestimmte Zeiten, in denen man im Garten Kompost und andere Bodensubstrate benutzen kann, ab Oktober/November wird es eher schwierig. Erwarten Sie denn, dass es in diesem Jahr noch möglich sein wird, diese Verkäufe vorzunehmen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Die Frage beim letzten Mal bezog sich ja nicht darauf, wann Kompost verkauft wird, sondern wie lange noch Kompost mit Torfanteilen verkauft wird, und da haben wir gesagt, jetzt liegt er dort, jetzt wird er auch verkauft, bevor wir auf nur noch Kompost umstellen, aber bitte ohne Torf. Das war damals die Frage, auf die ich gesagt hatte, dass ich hoffe, dass das jetzt so schnell wie möglich geht, dass wir dann auch keinen Kompost mehr mit Torfanteilen haben. Das war ja eine ganz andere Fragestellung.

Noch einmal: Es ist wünschenswert, und ich kann den Wunsch auch verstehen, das alles so schnell wie möglich zu machen, aber in Wahrheit weiß auch keiner, wie sich zum Beispiel nach den Sommerferien die Fallzahlen von Corona entwickeln. Ich hoffe, dass sie weiter heruntergehen. Ich glaube, dann ist es auch kein Problem, dass die restlichen Beschäftigten, die jetzt noch zu Hause sind, wie auch in vielen anderen Arbeitsbereichen – das ist ja nicht nur ein Problem der DBS oder der Recyclingstationen –, dann schnellstmöglich wieder an den Arbeitsplatz kommen können und wir dann auch das Normalprogramm wieder fahren können. Solange das aber noch nicht gegeben ist, weil sich Beschäftigte noch unsicher fühlen und wir die Pandemie noch nicht überstanden haben, können wir nicht gewährleisten, alles anzubieten wie sonst auch.

Man muss aber auch einmal anerkennen, Herr Rohmeyer, dass wir auch nach wie vor in einer ganz besonderen Situation sind: Corona ist noch nicht vorbei!

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Rohmeyer (CDU):** Das erkenne ich an. Ich habe tatsächlich noch eine Frage und Bemerkung dazu: Frau Bürgermeisterin, Sie haben eben auf Nachfrage des Abgeordneten Dr. Buhler gesagt, Sie haben leider nichts Neues zu Osterholz zu vermelden. Ich glaube, es gibt doch etwas zumindest teilweise Erfreuliches zu vermelden, nämlich dass seit dem letzten Wochenende auf dem Gelände an Krietes Park, von dem Sie gesprochen haben, zumindest die Entsorgung von Grünschnitt für den Stadtteil Osterholz in einer Zeit von täglich 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr als Übergangslösung bis November ermöglicht wurde. Das betrachte ich auch als Erfolg der Petition, die noch beim Petitionsausschuss anhängig ist,

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Wo bleibt die Frage?)

und ich möchte mich auch bei Ihrem Ressort dafür bedanken, aber es ist nur eine Übergangslösung bis November. Welche Pläne haben Sie, das dann über November hinaus fortzusetzen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Das war ja nur möglich, weil der UBB dort mit eingesprungen ist, damit

die Menschen ihren Grünschnitt loswerden können, und natürlich haben wir gehofft, dass wir jetzt auch relativ schnell an die Fläche Krietes Park herankommen und dann eben auch nicht nur eine Interimslösung für Grünschnitt anbieten, sondern wieder ein Vollprogramm eines Recyclinghofs.

Natürlich ist es so, wenn wir über den November hinaus noch nicht wissen, wie es mit der Fläche Krietes Park oder Nußhorn weitergeht, dann wird man auch mit dem UBB verhandeln müssen, dass diese Übergangslösung für Grünschnitt weiter erhalten bleibt, aber ich habe natürlich auch die Hoffnung, dass wir irgendwann Klarheit darüber haben, ob wir die Fläche Krietes Park auch für eine Recyclingstation bekommen und nicht nur die Fläche vom UBB für den Grünschnitt.

**Präsident Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saxe. – Bitte sehr!

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Teilen Sie meine Ansicht, dass die dezentrale Organisation der Recyclinghöfe in Bremen ein ganz besonderer Wert ist, der auch erhalten werden sollte?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Diese Ansicht teile ich absolut. Wir hatten ja schon diese Debatte, und wegen der Ängste, ob jetzt Recyclingstationen dauerhaft geschlossen werden, war es immer der Vorteil in Bremen, dass wir dezentral in vielen Stadtteilen Recyclingstationen haben, die man eben auch mit dem Fahrrad anfahren kann und man eben nicht unbedingt ein Auto braucht, und das sollten wir uns auf jeden Fall erhalten. Wir wollen ja, dass die Menschen ein Fahrrad anstatt eines Autos nutzen.

**Präsident Imhoff:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bergmann. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Ich frage noch einmal wegen dieser einen geschlossenen Recyclingstation in Horn! Andere Unternehmen haben keine Schwierigkeiten, im Moment Hilfs- oder Einsatzkräfte zu finden. Wenn ich zum Beispiel an Sicherheitsfirmen denke, diese finden alle die Kräfte, die Sie brauchen. Wie kann es sein, dass das Ressort da sagt, es sei nicht möglich, diese Recyclingstation zu öffnen? Die Leute haben dort ihren Müll, und es gibt dort jetzt schon einen lange andauernden Engpass.

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Zunächst einmal ist es nicht das Ressort, sondern die DBS, eine AöR, die das Thema dann ja auch mehr oder weniger eigenständig bearbeitet. Dann habe ich ja darauf hingewiesen, dass sie schon einen Sicherheitsdienst beauftragt hat, der ja schon auf vielen Recyclingstationen zusätzliche Schichten fährt, weil das Personal der DBS nicht ausreicht. Am Ende des Tages ist es aber auch eine Frage des Geldes, 150 000 Euro sind schon –. Ja, was kostet die Welt, zeigt mir Ihre Geste, aber es ist eine Frage des Geldes, und man hat sich eben angeschaut, welche Recyclingstationen oft angelaufen werden und welche nicht.

Als die Recyclingstation in Findorff noch geschlossen war, haben wir viele Zuschriften bekommen, die Recyclingstation doch bitte zu öffnen. In Horn sind es weniger. Ich will nicht sagen, dass die Leute, die in Horn wohnen, diese Recyclingstation nicht auch brauchen, aber sie fahren sie eben hauptsächlich mit dem Auto an, und das ist der Grund, warum sie nicht für die Autofahrer geöffnet ist, weil es einen Rückstau auf die Achterstraße gibt. Aus Hygienegründen darf dort überhaupt nur eine bestimmte Anzahl von Autos hinein, damit sich die Menschen dort nicht zu nahe kommen, und das kann man in Horn nicht gewährleisten.

In Findorff auch nicht! In Findorff wissen wir, und dafür haben wir die entsprechenden Daten, dass aber viele mit dem Fahrrad kommen. Das ist in Horn nicht der Fall, und das ist der Grund, aufgrund der engen Personalsituation, warum sich die DBS bisher dazu entschlossen hat, die Station in Horn dann auch nicht zu öffnen, wenn wir nicht das Personal haben und die Station eher selten mit dem Fahrrad angefahren wird.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage zur Recyclingstation Osterholz? – Bitte sehr!

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Ja, ich habe noch eine Frage! Die Argumentation geht ja jetzt durcheinander: Auf der einen Seite sagen Sie, es ist ein Personalthema, auf der anderen Seite sagen Sie, es ist eine Frage, ob man mit dem Auto oder mit dem Fahrrad kommt. Wäre es denn möglich, dass man es für eine gewisse Zeit einmal zur Probe öffnet, um festzustellen, ob denn dort tatsächlich so viele Autos hinfahren würden, dass das ein Problem ist? Der Hof ist relativ groß, und vielleicht gibt es gar nicht diesen Rückstau, den man sich jetzt im Moment vorstellt. Könnte man das nicht einmal für zwei Wochen ausprobieren?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Wir haben ja auf den Recyclingstationen erlebt, dass es Rückstaus gab, selbst an der Deponie gab es eine Zeit lang zum Teil einen Rückstau bis zur Autobahnauffahrt. Da brauchen wir nicht einen Versuch im Reallabor zu machen, die Erkenntnisse haben wir ja nun in den letzten Wochen schon gewonnen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

und wenn das dann herauskommt, geht da insofern nichts durcheinander. Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, wir können es nicht für Autos öffnen, denn sobald dort zwei Autos stehen, haben wir einen Rückstau auf die Achterstraße, und dann haben wir einen Stau, und ich glaube, dafür hat kein Autofahrer auf Dauer Sympathie, sage ich einmal.

Das ist der Grund, warum wir es nicht für Autos öffnen können, denn sobald dort drei Autos auf die Recyclingstation wollen – und das ist oft samstags morgens der Fall, weil samstags morgens die Recyclingstationen gern angefahren werden, weil die Menschen dann auch Zeit haben –, haben wir einen Stau. Das heißt, wir könnten sie dann nur für Fahrradfahrer und Fußgänger öffnen, obwohl wir wissen, sie wird weniger genutzt und dass wir das Personal dafür nicht haben, wenn wir das Personal eher auf den anderen Recyclingstationen einsetzen können, die mehr frequentiert werden, zum Beispiel auch mit Fahrrad- und Fußverkehr.

**Präsident Imhoff:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Bergmann [FDP]: Nein, ich kann es nicht verstehen, dass man das Problem nicht lösen kann, aber ich bedanke mich trotzdem für die Antwort!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Bredehorst. – Bitte sehr!

**Abgeordnete Bredehorst (SPD):** Frau Senatorin, Sie haben auch die Station in Findorff angesprochen, die jetzt wieder an vier Tagen, an vier Vormittagen, geöffnet ist. Teilen Sie die Ansicht, dass man eventuell, ich sage einmal, nicht einen Nachmittag dazu nehmen, sondern anstatt eines Vormittags einen Nachmittag öffnen könnte beziehungsweise – Sie haben selbst gerade gesagt, dass die Menschen eben vorwiegend am Wochenende Zeit haben, ihren Grünschnitt zu entsorgen – dass eventuell auch am Samstag geöffnet sein könnte? Können Sie sich das vorstellen?

**Präsident Imhoff:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Ich kann mir das persönlich gut vorstellen, aber auch das ist eine Diskussion, die innerhalb des Verwaltungsrats der DBS, in dem ja auch Politiker aus allen Fraktionen sitzen, diskutiert wird. Ich bin der Meinung, dass es besonders an Samstagen sinnvoll ist, diese Recyclingstationen zu öffnen, allerdings hat die Personalvertretung oftmals ein Problem mit Dienstzeiten an Samstagen.

(Zuruf SPD)

Ja, so ist es! Sie können Ihren Vertreter gern fragen, der für die SPD im Verwaltungsrat sitzt! Das ist eben wieder das, was ich meinte: Mit einem bestimmten Personalkontingent kann man nicht komplette Angebote machen, die man gern hätte und die man selbst auch für sinnvoll hält. Ich gebe Ihre Frage und ihren Wunsch aber auch gern noch einmal an die DBS weiter.

**Präsident Imhoff:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im [Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 747](#).

## **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

### **Planlos durch die Stadt: Wie soll es mit der Bremer Innenstadt trotz Schließungen und vertaner Entwicklungschance für das Sparkassenareal weitergehen?**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte und Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Aktuelle Stunde beantragt, weil uns dieses leidige Dauerthema nach wie vor sehr am Herzen liegt. Ich habe jetzt bei der Debattenvorbereitung

überlegt: Wo fängst du an? Ich wollte jetzt nicht zu weit zurückgehen, denn da waren viele von Ihnen noch in der Schule.

Ich gehe jetzt einmal zurück in den November 2019. Schon im November 2019 – die meisten von Ihnen erinnern sich noch – haben wir ein Innenstadtkonzept mit konkreten Leitlinien gefordert, das Gelände Am Brill eingeschlossen. Dieser Antrag wurde dann in die Deputationen für Bau und Wirtschaft überwiesen und liegt da bislang unbearbeitet. Dann, im April 2020 – das ist noch gar nicht so lange her –, haben wir einen Antrag gestellt, der den Senat aufgefordert hat, Planungsprozesse für das Sparkassenareal Am Brill transparent zu gestalten.

Damals wurde uns gesagt, dass der ganze Prozess transparent vonstattengeht. Auf unsere Berichtsbite hieß es dann am 26. März 2020, dass es keinen neuen Entwurf gibt. Am 25. Juni desselben Jahres, also drei Monate später, haben wir dann aus dem „Weser-Kurier“ erfahren, dass die Gebrüder Schapira der Baubehörde am 5. März einen neuen Entwurf vorgelegt haben. Das, was ich hier gerade kurz skizziert habe, zeigt im Grunde genommen das ganze Drama der Planlosigkeit.

Dass Sie mit uns als Opposition so umgehen, Schwamm darüber, reden wir nicht darüber, das gehört vielleicht zum politischen Geschäft, aber das Fatale ist, dass Sie mit den Investoren genauso umgehen! Sie wissen selbst, wie es im Leben ist: Wenn man planlos, ohne Ziel und ohne Wissen in Verhandlungen geht, dann wird man meistens über den Tisch gezogen.

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Das müssen Sie kennen!)

Jetzt machen Sie es sich immer einfach und sagen: Na ja, der ist schuld, der ist schuld oder der ist schuld! Was sollen die Gebrüder Schapira von so einer Verhandlungsführung denken, wenn man ihnen sagt, oh, ganz toll, dann nachher aber doch wieder nicht? Andersherum glaube ich, sie sind nicht die Einzigen. Ich glaube, es gibt noch so einige Investoren auch in dieser Stadt, die es nur nicht sagen, aber ziemlich enttäuscht sind, weil man sie hochgelobt hat – tolle Sachen, machen wir! –, aber dann herrscht das Schweigen im Walde. Dieses Verhalten ist im Grunde genommen symptomatisch. Das Problem ist, so etwas spricht sich herum, und so etwas spricht sich auch in Deutschland bei Investoren herum, so etwas spricht sich dann auch weiter in der Welt herum. Ich meine, die

Gebrüder Schapira sind ja nicht Investoren, die einmal eben aus Delmenhorst oder aus Syke kommen.

Ich will nur zeigen: Was machen Sie? Seit Jahren hangeln wir uns von einer Diskussionsrunde zum nächsten Workshop, aber jetzt wird es noch einmal gesteigert, jetzt haben wir den Gipfel erreicht, Bürgermeister Dr. Bovenschulte hat zu einem Gipfel eingeladen. Wow, tolle Sache, das finde ich wirklich richtig gut, ich freue mich riesig! Ich kann Ihnen eigentlich jetzt schon sagen, was da passieren wird – wir sind eingeladen worden als CDU-Fraktion, natürlich, wir werden auch hinkommen, keine Frage –: Da werde ich dann wahrscheinlich wieder mit den Vertretern der Arbeitnehmerkammer sitzen, mit Vertretern der Handelskammer, der CityInitiative, der Gewerkschaften und der anderen Fraktionen natürlich, wir sehen uns ja so selten, und dann werden Sie, Herr Bürgermeister, uns gemeinsam einschwören: Wir müssen die Stadt retten! Dann gehen wir alle nach Hause und in den Sommerurlaub, und ändern wird sich nichts,

(Zurufe SPD)

denn genau das ist nämlich die Frage, und deswegen auch dieser Begriff „planlos“. Ich sage Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte: So, wie Sie sich das vorstellen, werden wir diese Stadt nicht retten! Wir können diese Stadt so nicht retten. So, wie sie heute ist, werden wir sie im Grunde genommen nicht retten können, ebenso wie wir in den Siebziger- und Achtzigerjahren auch die Werften so, wie sie gearbeitet haben, nicht retten konnten. Wir müssen anders werden, wir müssen besser werden, das ist dann die Aufgabe gemeinsamer Zusammenarbeit!

(Beifall CDU)

Das ist das, was mich im Grunde genommen seit Monaten und Jahren wirklich stört, nämlich dass wir immer in den gleichen Runden, immer in den gleichen Ritualen sind, das sind alles Modelle der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts. Das wird nicht funktionieren. Wir werden keine Innenstadt mehr konzipieren können, bei der es darum geht, die Einzelhandelsflächen proportional zu den Parkhausflächen auszuweisen, und dann machen wir noch ein bisschen Grün. Das wird nicht gehen, dann werden wir diesen Wettbewerb mit den Städten in Deutschland und hier im Oberzentrum verlieren, das sage ich Ihnen voraus!

Was wir brauchen, ist – und das ist der Grund, warum wir jetzt hier als CDU zum gefühlten fünften Mal

eine Initiative angeregt haben, über dieses Thema zu sprechen –: Wir müssen jetzt endlich einmal anfangen, neu zu denken. Wir müssen querdenken, wir brauchen nicht mehr diese alten Rezepte, sondern es geht einfach darum, dass wir einen urbanen Hotspot in unserer Stube inszenieren und gemeinsam gestalten. Da muss man wirklich auch einmal frei sein. Wir dürfen uns von den Akteuren, die jetzt da sind – –.

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Lassen Sie es lieber, zu Ihnen komme ich gleich noch, Frau Aulepp! Das ist im Grunde genommen Ihre Unverschämtheit, zu dem, was Sie gemacht haben, komme ich gleich noch!

(Beifall CDU)

Darum geht es im Grunde genommen, es geht einfach darum, querzudenken. Es geht nicht mehr um Einzelhandelsflächen. Es geht darum, Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Entertainment gemeinsam zu gestalten, nicht hier ein bisschen einkaufen, und da machen wir ein bisschen. Wie wir das verknüpft bekommen, das ist im Grunde genommen das richtige Rezept. Da fehlt mir, sage ich ganz ehrlich, im Moment noch der Glaube.

Jetzt zu Ihnen Frau Aulepp! Wissen Sie was?

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Sie sind die Landesvorsitzende einer Partei, die mittlerweile seit 74 Jahren hier regiert hat. Dass Sie so unverfroren sind, sich da mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Hand in Hand hinzustellen, Sie müssten sich schämen! Das sind Menschen, die Angst um ihre Existenz haben, um ihre Arbeitsplätze, und Sie und Ihre Partei haben in dieser Stadt einen Großteil dieses Schicksals mit verursacht und stellen sich dahin! Was ist das denn?

(Beifall CDU, FDP – Zurufe SPD)

Wie armselig ist das denn? Ihre Aufgabe ist nicht, sich zu beklagen, sondern diesen Menschen eine Perspektive zu geben,

(Beifall CDU, FDP)

zu sagen, jawohl, diesen Weg gehen wir, geht ihr ihn mit uns mit? Was meinen Sie denn, was passiert? Wollen Sie warten, bis diese Menschenkette bis nach Walle und weiter ins Viertel geht? Wenn das so weitergeht, werden immer mehr Menschen

im Einzelhandel arbeitslos, und das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall CDU – Zurufe SPD)

Deswegen glaube ich, dass wir nur eine Chance haben, wenn wir jetzt wirklich denken, anders denken!

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Nein, ich weiß! Das ist das Problem, ich weiß das! Das liegt nicht jedem, keine Frage, und querdenken sowieso nicht. Wir müssen endlich aufhören mit diesen Quatschrunden!

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Dann vielleicht noch abschließend ein Ansatz: Wir müssen uns hier jetzt endlich entscheiden, wer hat den Hut auf, denn das nervt mich auch: Dann macht der eine es so, dann ist der andere beleidigt, und dann ist es wieder anders, und dann wird das durchgesteckt, und dann kommt wieder der andere. Deswegen schlage ich vor – das können Sie machen, wie Sie wollen, aber einer müsste es machen, ich weiß nicht, ob Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer es hinbekommt, aber ich hoffe zumindest, dass sie es versucht, sie ist die Bausenatorin, und wir haben ja dann auch letztlich viel mit Bau und Umstrukturierung zu tun –, es muss jetzt einer den Hut aufhaben! Das müssen Sie selbst untereinander klären, keine Frage, es ist nur ein Vorschlag, aber wir müssen jetzt endlich vorankommen, und Menschenketten werden die Probleme nicht lösen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU – Abgeordneter Güngör [SPD]: Das war es?)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beitrag des Kollegen Strohmann hat mein Redekonzept völlig auf den Kopf gestellt, jetzt muss ich ganz anders anfangen. Ich gehe auch einmal ein bisschen weiter zurück, Herr Strohmann, ich kann das noch, ich glaube, ich kann so weit zurückgehen, da waren Sie sogar noch in der Schule. Sie waren hier ja in den Neunzigerjahren auch einmal in der Regierungsverantwortung, und ich erinnere mich noch an die Situation mit dem Space Park. Man muss einmal deutlich sagen, da haben Sie sich auch nicht mit Ruhm bekleckert, sondern einen dreistelligen

Millionenbetrag in den Sand gesetzt! Das war ja so ein Hotspot-Projekt der CDU, Sie müssen also hier nicht so tun, als ob Sie das nun alles viel besser könnten als wir!

(Unruhe CDU)

Sie haben hier in dieser Stadt auch Ihren Mist hinterlassen, das muss man auch einmal deutlich sagen!

(Beifall DIE LINKE – Zurufe CDU)

Na, ich freue mich, dass jetzt wieder die älteren Herren der Hinterbänke der CDU dazwischenrufen! Wenn Sie etwas wollen, können Sie ja eine Frage stellen, dagegen habe ich ja nichts.

Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich, ich bin froh – nein, ich muss sagen, ich bin sehr froh! –, dass die Planungen der Gebrüder Schapira von dem Stararchitekten Libeskind dort am Brill nicht umgesetzt werden. Als ich das zum ersten Mal gesehen hatte, bekam ich den Eindruck, dass der gute Mann schnell einmal auf Butterbrotpapier drei Türme dahingemalt und wohl irgendwie auch gewusst hat, dass die Grünen das Baurecht haben, deswegen hat er auch noch ein paar grüne Dächer hinzugefügt, und das war dann sein toller Entwurf, der dann, auch gerade aus Ihren Kreisen, mit den Vokabeln „Strahlkraft“ und „mutig“ versehen worden ist. Man muss einmal ganz deutlich sagen: Bremen ist nicht Dubai, und das ist auch richtig so!

(Beifall DIE LINKE)

Man muss auch Planungen machen, die deutlich zur Typologie der Stadt passen, und nicht so!

Man muss auch deutlich sagen, Projektentwickler kommen, gerade wenn es internationale Projektentwickler sind, in diese Stadt, machen ein Projekt, bauen das, versuchen, möglichst gute und langfristige Mietverträge abzuschließen, und dann werden sie sich kurzfristig von diesem Projekt verabschieden, sie werden es verkaufen, vielleicht an irgendwelche Versicherungs- oder Hedgefonds. Dann haben sie viel Geld damit verdient und verlassen diese Stadt wieder. Das sind keine Menschen, die ernsthaft daran interessiert sind, Bremen nach vorn zu bringen, und ich denke, wir müssen auch nicht jedem Investor wie die Lämmer den Schlächtern hinterherlaufen.

70 000 Quadratmeter Gewerbefläche in dieser Stadt entgegenzusetzen, ist ein Fehler. Wir haben

Strahlkraft in dieser Stadt – und ich bin Zugereister in diese Stadt, ich bin kein Bremer, ich bin Zuge-reister! –, wir haben Strahlkraft, wir haben ein tolles, jahrhundertealtes Rathaus. Wir haben den Roland, das Weltkulturerbe, wir haben den Marktplatz, wir haben die Böttcherstraße, wir haben die Schlachte.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben so viele tolle Sachen, die diese Stadt so wertvoll machen, und ich kann als Zugereister nicht verstehen, warum die Bremerinnen und Bremer es einfach nicht schaffen, das nach vorn zu bringen und zu sagen: Ja, das ist etwas Tolles, das ist ein Alleinstellungsmerkmal, das sind Sachen, auf die wir stolz sein können, das müssen wir auch nicht schlechtreden, sondern darauf müssen wir aufbauen! Wir müssen die Stärken dieser Stadt stärken, und wir müssen nicht unsere gesamte Energie dieser Stadt auf die Schwächen ausrichten.

Ich bin felsenfest der Meinung – und da bin ich vielleicht auch mit dem Kollegen Strohmann gar nicht so weit auseinander –, dass Handel in dieser Innenstadt höchstwahrscheinlich nicht mehr die Zukunft hat. Das ist schon vor 30 Jahren eingeleitet worden, als der Weserpark am Rande dieser Stadt seinen Betrieb aufgenommen hat. Das war meiner Meinung nach schon der erste Sargnagel für die Innenstadt. Der zweite war Ihr Projekt Space Park, das ist nun einmal leider relativ schnell zu Ende gewesen, und die Alternative war eben, dass man dort durch die Waterfront wieder mehr Verkaufsfläche am Rand der Stadt eingerichtet hat. Das war der zweite Sargnagel für die Innenstadt.

Der dritte Sargnagel, meine Damen und Herren, ist der Internethandel, der sehr viel Druck auf diese Innenstadt macht. Der vierte Sargnagel, das ist der Brandbeschleuniger,

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Das sind Sie, ja!)

ist die Coronakrise. Sie hat noch einmal deutlich gemacht, dass das alles so nicht funktionieren wird. Wenn wir uns auf den Handel allein konzentrieren, kommen wir nicht weiter, die Innenstadt wird anders aussehen müssen.

Innerstädtisches Wohnen war bis in die Neunzigerjahre hinein kein Thema. Erst mit dem Teerhof ist das erste größere Projekt in Bremen verwirklicht worden, das innerstädtisches Wohnen mit sich bringt, aber das wird zukünftig auch eine Aufgabe

sein: Urbanität der Innenstädte wird nicht Handel sein, sondern unter anderem auch urbanes Wohnen. Gastronomie, Aufenthaltsorte, dafür ist Bremen eine wunderschöne Stadt – ich sitze heute noch gern abends auf dem Marktplatz und sehe mir diese wunderbare Innenstadt an! –, das wird zukünftig mehr Gewicht bekommen müssen. Gerade im Zuge der Coronakrise werden diese Flächen größer werden müssen, weil Abstandsregeln einzuhalten sind.

Man wird durch mehr Marketing mehr Werbung für Bremen machen müssen. Ich denke, dass die Touristen heute wohl nicht unbedingt wegen Zara oder der Galeria Kaufhof nach Bremen kommen, sondern sie kommen aus anderen Gründen nach Bremen, und das muss man meiner Meinung nach unbedingt fördern.

Wie Sie bei Ihren Entscheidungen Mitte der Neunzigerjahre gesehen haben, sind das keine leichten Themen, und deswegen will ich es mir auch nicht so einfach machen und jetzt auf Sie schimpfen und sagen, na ja, eigentlich können Sie das nicht besser. Es sind schwierige Themen, und ich denke, es ist eine Herkulesaufgabe, der sich Bremen insgesamt für die Zukunft stellen muss. Insofern finde ich die Idee gut zu sagen, wir bringen jetzt noch einmal alle Kräfte zusammen und schauen, ob wir das nicht endlich aus einer anderen Sichtweise gemeinsam bearbeiten können.

Früher war immer nur die Sichtweise, mehr Quadratmeter für den Handel, und dann wird schon alles gut werden! Daran glaube ich nicht. Insofern finde ich insgesamt den Ansatz nicht verkehrt. Ich glaube, Polemik hilft uns da nicht. Wir müssen, wie auch in den Achtzigerjahren, als die Kernindustrien zugrunde gingen, versuchen, dort Rettung zu finden, wir müssen das meiner Meinung nach auch gemeinsam machen. Wir müssen Ideen haben, und Sie müssen auch in Ihrer Klientel, in der Wirtschaft Ihren Einfluss wahrnehmen, auch dem Handel heute klarmachen, dass es nicht so wie bisher weitergeht. Da habe ich mehr oder weniger den Eindruck, dass immer noch die Meinung ist: Hast du mehr Verkaufsfläche, dann geht das gut!

Wir müssen uns auf Investoren konzentrieren, die es gut mit Bremen meinen, und nicht nur auf die, die Geld abzocken wollen. Ich bin felsenfest der Überzeugung, wenn wir etwas durch die Coronakrise gelernt haben, dann müssen wir gelernt haben, dass wir uns endlich einmal ein Stück weit von dem Primat der Ökonomie lösen und Dinge auf den Weg bringen, die den Menschen

und der Umwelt zugutekommen und nicht immer nur Renditeraten, ob es nun 12 Prozent, 15 Prozent oder 20 Prozent sind.

(Beifall DIE LINKE)

Alles das muss in den Wandel einbezogen werden, denn die Ökonomie hilft uns nicht weiter. Das haben Sie ja gesehen, drei Monate Lockdown, und dieses System ist schon am Ende! Es wird immer so gern mit dem Zweiten Weltkrieg verglichen. Ich weiß, dass meine Eltern noch am Aufbau beteiligt waren, und sie mussten zu einem Zeitpunkt beginnen, an dem alles kaputt war. Wir haben die Produktionsstätten noch intakt, wir müssen nur den Strom wieder anschalten, und dann geht es wieder weiter. Es gibt auf jeden Fall mehr als genug zu tun. Wir sind bereit zu helfen. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen, denn ein Stück weit hängt die Zukunft Bremens auch an der Zukunft dieser wunderbaren Innenstadt. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

**Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir merken, wir spüren alle, es ist ein kompliziertes Thema und nicht so ganz einfach zu sortieren.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Nein, das hat Ihr Vorgänger hier eindrucksvoll bewiesen! – Heiterkeit CDU)

Wie auch immer, ich will auch einen Versuch machen!

Ich finde, es geht zuallererst darum, einmal die Situation, in der sich die Innenstadt im Moment befindet, ein bisschen genauer zu betrachten und zu verstehen: Was für ein Typus Krise, was für ein Typus Chance, was für Hebel, was für Werkzeuge liegen da eigentlich herum, mit denen wir versuchen können, unser Zentrum über die Zeit zu bringen und ihm eine neue Zukunft zu eröffnen? Das ist doch nicht einfach banal, sondern da müssen wir doch ein bisschen genauer hinsehen. Ich will das wenigstens einmal so ganz schnell versuchen.

Ich hatte kürzlich ein Gespräch mit Herrn Caesar, um einmal von der Seite anzufangen, also mit einem, der den Einzelhandel im Viertel sehr genau beobachtet. Er konnte berichten, wir kommen noch

ganz gut über die Zeit. Offenkundig – das ist interessant – sind diese vielen unterschiedlichen Akteure und dieses gut gemischte Stück Geschäftsstraße dieser Krise im Moment noch gewachsen. Keiner von uns sollte sich Illusionen machen, da ist Eigenkapital aufgezehrt worden, da haben Leute sehr dünne Lippen, und den einen oder anderen wird es noch hinwegraffen, aber offenkundig ist es doch so, dass es stabiler ist. Es gibt eine stärkere Kundenbindung, es gibt offenkundig Konzepte, die besser tragen.

Wo ist jetzt der Unterschied zur Innenstadt? Ich habe das nur erzählt, um den Unterschied deutlich zu machen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, diese Innenstadt hat einen Filialisierungsgrad von 75 Prozent, ungefähr in dieser Größenordnung. Das sind ja ganz wesentlich Textilien, wie man das so sagt, sie sind in großen Häusern untergebracht, auf großen Flächen. Wenn da einer ausfällt, dann ist da eine große Lücke, und zwar eine Lücke, die das Ganze schwer beschädigt, also Kaufhof, Zara, das Sporthaus, und da kommt noch einiges nach, das sind dann wirklich schwere Schäden am Ganzen.

In der Innenstadt gibt es insgesamt circa 160 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche. Der Komplex Karstadt/Kaufhof bringt mit allem, was dazugehört, ungefähr 70 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche auf die Waagschale, das sind 40 Prozent vom Ganzen, das muss jeder wissen, hier geht es um richtig viel. Das ist ja nicht nur eine aktuelle Krise, die mit einer aktuellen Begründung erklärt werden kann, und morgen ist es wieder vorbei, sondern dahinter steckt ja eine strukturelle Veränderung, die sich schon viel länger abzeichnet. In verschiedenen Varianten haben das auch die Vorredner ausgesprochen. Dieser Typus Einzelhandel steht unter dem Druck vom Onlinehandel sowieso, er steht unter dem Druck der alternativen Standorte am Stadtrand und jenseits der Landesgrenzen. Wir haben in Bremen eher eine überbesetzte Einzelhandelsfläche, es ist zu viel auf dem Markt, das bisschen Kaufkraft verteilt sich auf zu viele Flächen. In der Konsequenz sind die Voraussetzungen dafür, dass diese Lücken wieder zuwachsen, wenn wir nur die Krise überstehen und sie kurz ist – -. Diese Hoffnung ist eher – -. Ich will vorsichtig sein.

Nun glaube ich, und das sage ich noch einmal vor allem in Richtung von Ralf Schumann und auch in Richtung von Heiko Strohmann: Wenn wir einerseits ehrlich sind und diese Krise präzise beschreiben, so müssen wir doch andererseits aufpassen, dass wir diese Krise nicht durch die Art und Weise,

wie wir darüber reden, gewissermaßen noch beschwören, verstärken, inszenieren, uns daran weiden. Das ist kein guter Vorschlag.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Man muss realistisch sein, aber man muss auch wissen: Diese Innenstadt gibt es seit 800 Jahren, und seit 800 Jahren wird im Schatten der Liebfrauenkirche gehandelt, und da wird auch morgen und übermorgen und in den nächsten 100 Jahren gehandelt werden, davon bin ich ganz fest überzeugt. Der Handel wird sich ändern, es wird dem Handel etwas an die Seite treten, darüber, daneben, darunter, und es werden noch weitere neue Funktionen erfunden werden müssen, damit die Innenstadt eine Zukunft hat, aber es ist nicht vorbei. Es ist gerade diese Tradition – Ralf Schumann hat sie angesprochen, Heiko Strohmann hat sie angesprochen – , die im Grunde genommen zum Ausdruck bringt, dass die City etwas anderes ist als eine Amazon-Plattform, nämlich ein urbanes Zentrum einer würdigen Stadt, die zwischen Wall und Weser viel zu bieten hat. Diese Qualitäten jetzt alle herauszuarbeiten, um sie als Faktoren, als Potenziale gegen diese Krise einzusetzen, das ist der Job. Wenn wir da jetzt ein bisschen genauer hinschauen, dann sehen wir doch, wir haben einiges im Köcher.

Sie erinnern sich, in der letzten Legislaturperiode, auch im Jahr 2019, die Konjunktur war am Himmel, hatten wir die Vorstellung, die großen Projekte von Herrn Jacobs, von Herrn Zech und von den Gebrüdern Schapira könnten uns gewissermaßen über den Strukturwandel hinwegtragen in eine neue Zeit. Das war die Zuordnung, die wir diesen Projekten beigemessen haben. Die Krise im Einzelhandel war uns auch damals schon bekannt. Wir wussten auch damals, dass es so nicht weitergeht, und jetzt haben wir gedacht, an diesen Stellen können jetzt neuer Handel, ein neues Geschäftshaus, eine neue Zentralität erfunden werden. Mittlerweile wissen wir, dass wir nicht nur eine Antwort auf die Strukturkrise finden müssen, sondern vor allem auf die verschärfte Strukturkrise durch Corona. Es ist jetzt überhaupt nicht mehr banal und auch überhaupt nicht mehr sicher, dass das alles gelingt. An dem Projekt Am Brill sieht man, dass das mittlerweile hautnah gekommen ist.

Was macht jetzt unsere geschätzte Verwaltung, was macht der Senat? Sie hatten schon im letzten Jahr beschlossen, wir werden die zwei großen Planwerke, mit denen wir an der Innenstadt arbeiten, in diesem Zusammenhang präzisieren. Wir

überarbeiten das Innenstadtkonzept, schauen einmal: Was ist da an Projekten beschrieben, was müsste an Projekten hinzukommen, wenn sie als Antwort auf die Begleitung, auf die Einbettung dieser großen Projekte verstanden werden sollen? Das ist ein Auftrag, den man vor einem halben Jahr verabredet hat, der jetzt gerade abgearbeitet wird. Das geht Heiko Strohmann auf die Nerven, weil er sich durcharbeiten muss, ist aber goldrichtig. Das muss man schon machen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Dann haben wir, und zwar nicht nur aus Spaß und weil es mutwillig sozusagen der Spaß der grünen Partei ist, in den Koalitionsverhandlungen vereinbart, wir wollen diese Innenstadt stärken, indem wir die Verkehrswende voranbringen und indem wir den Fußverkehr, den ÖPNV, das Fahrrad zu den dominanten Formen der Bewegung in diesem Stadtraum machen. Das haben wir zusammengefasst unter der Parole „Autofreie Innenstadt“. Das haben wir in zwei Phasen gegliedert, wir haben gesagt, es gibt ein paar Sachen, die machen wir jetzt, ein paar Sachen machen wir ein bisschen später. Sehr vernünftigerweise haben wir uns vorgenommen, diese Pläne jetzt einmal ein bisschen genauer zu fassen, weshalb wir den Verkehrsentwicklungsplan neu aufgerufen haben, und da arbeiten wir uns jetzt durch und sitzen zusammen. Das ist anstrengend und macht mit Maske keinen Spaß, ist aber sinnvoll. Das heißt, wir arbeiten an zwei Themen, die genau auf die Situation reagieren, meiner Meinung nach vernünftig.

An einer Stelle ist jetzt die Senatorin und Bürgermeisterin Maike Schaefer vorgeprescht und hat gesagt: Jetzt lasst uns verdammt noch einmal endlich diesen Fahrradweg auf dem Wall ankündigen, inszenieren, bauen und durchführen! Da hat es links und rechts ein bisschen gescheppert, aber was passiert jetzt?

(Zuruf CDU: Nichts!)

Der Senat, das Bauressort und das Wirtschaftsressort, die Abgesandten und die Kollegen von der CityInitiative und der Handelskammer sitzen zusammen. Sie hatten am Anfang ein bisschen rote Ohren, sind aber auf gutem Weg, eine konstruktive und hilfreiche Zusammenarbeit zu organisieren. Darin werden dann Themen aufgerufen, die darüber hinausgehen, die besagen, wenn das mit dem Wall wirklich etwas werden soll, dann muss man doch die dahinter liegende Grünanlage, diesen wunderbaren Park ins Auge fassen. Dann muss

man doch einmal zurückkommen – im Innenstadtkonzept steht es nämlich – und überlegen, ob man auf dem Theaterberg nicht wieder ein wunderbares Café baut, sodass es Gründe gibt, den Wall zu queren. Da war ja einmal ein Theater, deswegen heißt er Theaterberg, und man wird ja wohl ein Café machen können. Das kann ja wohl der Denkmalpfleger nicht maßregeln, sondern das wird er wohl akzeptieren. Dann kann man darüber nachdenken, ob es nicht klug wäre, Brücken über den Wall zu bauen, damit sich nicht alles an der Bischofsnadel drängelt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kann man wohl darüber nachdenken, ob nicht die Wallanlagen eine viel größere Rolle für die entspannte, die gute urbane Atmosphäre der City spielen könnten, die eine Antwort auf die Pandemieerfahrung ist. Man kommt auf genau diese Dinge, da bin ich ganz zuversichtlich, das halte ich für einen wunderbaren Beitrag.

Der alte Knüller, dass diese Martinstraße endlich perforiert, überquerbar und so weiter werden muss: Da wird doch jeder zugegeben, der Streit zwischen Joachim Lohse und Martin Günthner ist nun wirklich von vorgestern.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Die sind beide nicht mehr da!)

Man wird jetzt unter anderem, übrigens untergehakt mit Christian Jacobs, vorantreiben, dass diese Straße sich ändert, dass man sie gut queren kann und die Schlachte und der kommerzielle Bezirk der Innenstadt zusammenwachsen.

Letztlich – und dann komme ich auch zum Schluss! – muss man natürlich eine Antwort darauf finden, was man ganz aktuell in dieser Innenstadt mit den brachgefallenen Flächen macht. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass sie übermorgen wieder vermietet und alle Beteiligten glücklich und wohlhabend sind, sondern man muss damit rechnen, dass diese Leerstände ein Stück chronisch werden und das einen Druck auf die Immobilienpreise und Mieten auslöst, der allerdings neue Chancen eröffnet. Meine These ist: Die Art und Weise, wie wir diese Leerstände bespielen, muss man so organisieren, dass darin das Neue entsteht, und nicht so, dass man auf Tarnung macht nach dem Motto, ihr seht ja gar nicht, dass hier irgendetwas leer steht, weil wir einen Zauber hinter dem Schaufenster machen, sondern man muss die Milieus, die der Innenstadt heute fehlen, die jungen

Leute, die Leute, die verschiedenartig sind, für die Innenstadt gewinnen, die Studenten, die Künstler, die Leute, die einmal etwas riskieren und ausprobieren wollen, die experimentieren wollen.

Meine Vorstellung ist, es würde sich lohnen, noch einmal mit Martin Heller zu sprechen, der damals diese Bewerbung zur Kulturhauptstadt kuratiert hat und so eine wunderbare Idee hatte: Wir verbünden uns mit der Universität und der Wissenschaft, und wir verbünden uns mit der Kunst und schauen einmal, was auf diesen Feldern an Neuem für unsere Stadt erfunden werden kann. Die alte Idee, die Universität in die Innenstadt zu holen, mag sehr umkämpft sein, aber diese Milieus in die Innenstadt zu holen, sie um Projekte zu versammeln, sich für sie zu interessieren, das ist mit Sicherheit nicht verkehrt. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier über in der Aktuellen Stunde auf Antrag der CDU über das Thema „Planlos durch die Stadt: Wie soll es mit der Bremer Innenstadt trotz Schließungen und vertaner Entwicklungschance für das Sparkassenareal weitergehen?“. Wir dürfen, wenn wir über die Bremer Innenstadt sprechen, dabei nicht vergessen, dass sie der historische Kern, das Herz unserer Stadt ist. Das ist der Bereich, in dem Bremen einmal als kleine Stadt begonnen hat, und das ist auch im Übrigen der Bereich, der die Stadt, die heute deutlich größer ist, nach wie vor im Kern zusammenhält.

Wenn wir über die Innenstadt sprechen, dann gibt es unterschiedliche Definitionen. Für mich ist das der Bereich von den Wallanlagen bis zur Weser – wir müssen teilweise ja auch noch die Bahnhofsvorstadt mitdenken –, das ist aber auch in die andere Richtung der Bereich vom Schnoor bis hin zum Stephaniviertel. Dieser Bereich ist unsere Kernbotschaft in Bremen, das ist das Aushängeschild, das eigentlich strahlend dastehen und ein zentraler Platz sein sollte, um den sich Unternehmen reißen, an den Bürgerinnen und Bürger gern kommen und an dem sich ein Mix, ein Ensemble aus Bremer Tradition und auch Moderne findet, um den uns ganz Norddeutschland beneidet. So sollte es eigentlich sein.

Im Jahr 2020 gibt es in der Innenstadt in Bremen allerdings ein deutlich trostloseres Bild. Wir sehen einen relativ konzeptlos zusammengewürfelten Stadtteil, wir sehen einen Stadtteil, der wegen in den letzten Jahren relativ durchgewurster Politik, durch zu viele vermurkste und auch zu viele nicht zusammenhängende Einzelentscheidungen schlechter und schlechter gemacht worden ist.

Es fehlt – und da bin ich ein bisschen bei der Diskussion, die wir vor einigen Tagen auch beim Table Talk zur Innenstadtentwicklung hatten – an einem vernünftigen Rundlauf für die Menschen in der Innenstadt, damit sie sich wie von selbst durch die Stadt treiben lassen können. Stattdessen haben wir bis heute nach wie vor das nicht mehr so richtig funktionierende L aus Sögestraße und Obernstraße, an dessen Ende man dann auf den Brill stößt und letztendlich nur noch wie in einer Sackgasse wieder zurücklaufen kann.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Senat, hätten die Chance gehabt, mit dem Sparkassenareal Am Brill das Angebot und damit im Übrigen auch die Laufbewegungen der Bremerinnen und Bremer durch die Innenstadt komplett neu zu gestalten. Ehrlicherweise ist mein Eindruck, dass die Flughöhe in der Zusammenarbeit mit internationalen Investoren für Sie zu hoch gewesen ist, und dieses Projekt haben Sie von vorn bis hinten zunichtegemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP)

Der Innenstadtbereich besteht aber nicht nur Sögestraße, Obernstraße und dem Gelände Am Brill. Wir haben gleichzeitig auch noch einen Marktplatz, der immer so ein bisschen links abseits der typischen Laufwege lag und liegt und deswegen meines Erachtens auch ein Stück weit seinen Dornröschenschlaf fristet.

Wir haben darüber hinaus mehrere zentrale Verkehrspunkte, die die Innenstadt kreuz und quer durchschneiden, einer in Richtung Weser ist die Martinistraße. Allerdings haben wir auch die Domsheide als zentralen Verkehrsknotenpunkt, der den Schnoor von der Innenstadt abtrennt. Wir haben den Brill, über den wir schon gesprochen haben, und wir haben jetzt das meines Erachtens zu undurchdachte Umsetzen einer autofreien Innenstadt im Hauruckverfahren.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Wir von der FDP-Fraktion stehen einer autofreien Innenstadt grundsätzlich offen gegenüber, aber es muss gut

gemacht sein! Man muss sich vorher Gedanken machen, und man muss sich vor allem auch im Vorfeld Gedanken über die Lösung von Problemen machen, die in letzter Konsequenz entstehen können, wenn man sich entscheidet, die Innenstadt autofrei zu machen. Da reicht es nun einmal nicht aus, davon auszugehen, dass in Zukunft einfach jeder Bremer und jede Bremerin nur noch mit dem Fahrrad in die Innenstadt fährt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP)

Als bestes Beispiel für das Herumgewurstel in der Innenstadt, das verkehrstechnische Herumgewurstel, lässt sich doch der Verkehrsentwicklungsplan sehen. Unabhängig davon, wie man jetzt zu den einzelnen Maßnahmen in diesem Plan steht, das kann man unterstützen oder ablehnen, aber es sollte doch in Ihrem ureigenen Interesse sein, dass dieser Verkehrsentwicklungsplan zügig umgesetzt wird. Wir haben ja gerade in der letzten Woche wieder im VEP-Beirat zusammengesessen und über den Verkehrsentwicklungsplan gesprochen. Dort wurde deutlich, im Übrigen mit einer sehr eindeutigen Formulierung unter fast jedem Teilabschnitt, dass die Maßnahmen, die dort angedacht worden sind, nicht zufriedenstellend sind und so, mit dem Tempo, nicht erreicht werden können. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Resultat einer großen Verantwortungslosigkeit!

In der freien Wirtschaft gibt es den Begriff des Laisser-faire. Das ist ein Führungsstil beziehungsweise ein Nicht-Führungsstil und bezeichnet ein Verhalten, bei dem eine Führungskraft Dinge laufen lässt, apathisch danebensteht und einfach einmal schaut, was passiert. Als Resultat eben dieses Laisser-faire, dieser Verantwortungslosigkeit, sehen wir nun auch die Situation in der Bremer Innenstadt. Viele Geschäfte sind schon weggezogen, das Schuhgeschäft von LLOYD ist weg, Zara hat kundgetan, sich zu verabschieden. Die Filialen von Galeria Kaufhof und Karstadt Sport gehören wohl zu den umsatzschwächeren, die jetzt, auch beschleunigt durch die Coronakrise, geschlossen werden. Gerade im Bereich Galeria Kaufhof stellt sich dann natürlich die Frage, was dort mit Edeka im Keller und Saturn unter dem Dach passiert, das steht in den Sternen. Saturn ist im Moment noch ein Ankermieter in der Innenstadt, der auch dafür sorgt, dass Bremerinnen und Bremer in die Innenstadt kommen.

Ich bin am Wochenende am Sonntagmorgen durch die Innenstadt gelaufen. Einmal ganz davon abgesehen, dass es in der Innenstadt überraschend schmutzig war, dass teilweise sogar in der Sögestraße Fäkalien am Rand lagen, hat die Innenstadt mich an die Stadt meiner Großeltern in Hessen erinnert, eine Stadt mit 12 000 Einwohnern, in der immer mehr Läden innen ausgeklebt sind, in der nichts mehr stattfindet, in der der Einzelhandel verschwindet und die Stadt stirbt.

Wir erleben es ja auch, dass immer mehr Bremerinnen und Bremer zum Einkaufen gerade nicht mehr in die Innenstadt fahren, sondern in die umliegenden Shoppingcenter, beispielsweise in die Waterfront oder in den Weserpark, oder – noch schlimmer! – sie fahren nach Oldenburg und lassen dann ihr Geld eben in Niedersachsen. Ehrlicherweise, und so ehrlich müssen wir auch miteinander umgehen: Oldenburg hat vieles von dem, was wir nicht haben und was hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Bremer Innenstadt versäumt worden ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

Wir erleben die gelebte Verantwortungslosigkeit bei diesem Thema. Es wird viel geredet, es wird viel Betroffenheit gezeigt, nur ist nach wie vor das ganz große Problem, dass nichts gemacht wird, es wird nicht umgesetzt.

Herr Bürgermeister, ich bin ehrlich gesagt sprachlos, wenn ich Bilder aus der Bremer Innenstadt sehe, auf denen Sie zusammen mit Kolleginnen aus dem Senat in einer Menschenkette stehen, Hand in Hand, um gegen die Verödung der Bremer Innenstadt zu demonstrieren. Man fragt sich: Ist es nicht die SPD gewesen, die in den letzten 74, 75 Jahren ununterbrochen in Bremer Regierungsverantwortung gestanden hat und nach wie vor steht und damit jede Möglichkeit gehabt hat, aktiv zu werden, proaktiv zu werden und die Innenstadt zu gestalten und zu entwickeln?

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Haben die Investoren nichts damit zu tun?)

Deswegen appelliere ich an Sie: Hören Sie bitte auf zu demonstrieren, hören Sie bitte auf, Händchen zu halten, und kommen Sie einmal ins Tun! Das ist nämlich Ihr Job, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP, CDU)

Noch einmal zu meinen Vorrednern, zu Herrn Schumann und Herrn Bücking, zuerst zu Herrn Schumann! Sie haben ganz wunderbar darauf hingewiesen, dass ja anscheinend auch die CDU in der Vergangenheit eine Mitverantwortung für das Thema hatte. Geschenkt, es sei dahingestellt! Ich habe von Ihnen ungeheuer viele leere Floskeln gehört, aber ich habe keinen einzigen Gedankengang und keine einzige Idee gehört, wie Sie denn jetzt konkret die Bremer Innenstadt besser machen wollen, lieber Herr Schumann!

(Beifall FDP)

Ich muss ganz deutlich sagen, der einzig konkrete Vorschlag war – und das hat nichts mit der Entwicklung der Innenstadt zu tun! –, dass Sie ein bisschen mehr Marketing machen wollen. Das hat doch nichts mit dem Thema Innenstadtentwicklung zu tun! Man entwickelt erst die Innenstadt und macht sie zu etwas Attraktivem, und dann spricht man darüber, nicht andersherum! Das löst doch das Problem nicht, wenn Sie jetzt Flyer drucken und sie in Oldenburg verteilen mit dem Hinweis: Bitte kommt doch nach Bremen! Das ist doch nicht die Lösung des Problems!

Meine große Sorge ist, Heiko Strohmann hat es gesagt: Wir müssen ins Denken kommen. Das wäre auf jeden Fall schon einmal ein Schritt weiter als bisher, denn im Moment wird wieder einmal debattiert, und das Thema ist ja auch nicht zum ersten Mal auf der Agenda. Ich wäre ja schon froh, wenn wir vom Reden einmal allmählich zum Denken kämen, aber es fehlt bei diesem Thema wirklich das Machen, das Umsetzen. Geredet wurde genug, gedacht wurde auch genug, es gibt genügend Ideen. Ich glaube, wir müssen jetzt allmählich einmal in die Umsetzung kommen, denn sonst wird es in einigen Jahren die Innenstadt, so wie wir sie uns vorstellen und wie wir sie auch vielleicht gemeinsam gern hätten, nicht mehr geben. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner.

**Abgeordneter Wagner (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allem Verständnis für Polemisierung und die zugespitzte Debatte, die üblich ist und ein Stück weit auch sein muss, finde ich, anständigerweise gehört an den Anfang so einer Debatte, erst einmal Folgendes festzustellen: Es tut uns allen weh – und ich hoffe, dass es parteiübergreifend so der Fall ist –, die

Schließungen in der Innenstadt zu sehen, nicht nur in der Innenstadt übrigens, sondern auch in unseren Stadtteilzentren. Das tut weh im Sinne der Inhaberinnen und Inhaber, wo es inhabergeführte Geschäfte sind. Das tut uns allen als Bremerinnen und Bremern im Herzen weh, weil die Innenstadt ein Stück unserer Identität ist, und es tut nicht zuletzt im Sinne der Beschäftigten weh, die dort ihre jahre- und teils jahrzehntelange Arbeit verlieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich möchte auch sagen – und das ist der Grund, warum ich den Anstand, der an den Anfang dieser Debatte gehört, bisher etwas vermisse –, es ist in der Tat so, wenn dort Beschäftigte ihre Existenzgrundlage verlieren und Gewerkschaften zu einer Menschenkette aufrufen, dann geht die SPD dorthin, hört sich die Sorgen an und reiht sich auch in eine Solidaritätsaktion ein, die Öffentlichkeit erzeugen soll. Die CDU regt sich darüber auf und bezeichnet das Ganze als Herumgeheule. Herr Kollege Strohmann, das finde ich unanständig!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir der Innenstadt helfen wollen, dann lassen Sie uns doch eine Sekunde der Reflexion nehmen, auch darüber nachzudenken, welche Dinge der Innenstadt nicht helfen, auch wenn man in sie vielleicht reflexartig verfallen mag. Das ist zunächst einmal, dass man die Innovationen verschweigt, die in der Innenstadt sehr wohl geschehen sind und derzeit geschehen. Das ist, dass die Markthalle Acht den Domshof belebt. Ich meine, dort regelmäßig viele aus diesem Plenum zu sehen, die sehr gern dorthin gehen und es durchaus angenommen haben. Das ist der Lloydhof, der derzeit zum lebendigen Haus umgebaut wird, das ist der Umstand, dass vor wenigen Tagen der Spatenstich für den ZOB stattgefunden hat und dass am Donnerstag in der Innenstadt der Jacobs Hof eingeweiht wird.

Was der Innenstadt auch nicht hilft – Herr Kollege Strohmann, bei allem Verständnis für den Ärger! –, das ist Ihr Zynismus, den Sie an den Tag legen, wenn Sie von Herumgeheule sprechen,

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

wenn Sie mit einem Fatalismus nach dem Motto „Das wird sowieso alles nichts!“ an die Debatte herangehen oder auch, wenn Sie sich darüber aufregen, dass ja von allen Seiten nur Rituale aufgeführt werden, während Sie uns dann zehn Minuten

lang mit denselben Anglizismen von Unternehmensberatern beglücken, die Sie hier jedes Mal vortragen, ohne dass es in irgendeiner Form konkreter wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das gesagt habend: Es hilft der Innenstadt ebenso wenig – und das gehört auch dazu! –, die Krise in irgendeiner Weise schönreden zu wollen, denn es ist eine Krise.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Welche?)

Das bedeutet, es braucht eine schonungslose Analyse der Schwächen und auch der Stärken. Letzteres fällt uns Bremerinnen und Bremern ja manchmal etwas schwerer, und da bin ich sehr beim Kollegen Schumann, der uns darauf noch einmal hingewiesen hat. Wir haben keine Krise in allen Teilen der Innenstadt. Das wäre eine Fehlwahrnehmung. Wir haben im östlichen Teil unserer Innenstadt eine Dichte an touristischen Attraktionen, nämlich Böttcherstraße, Schnoor, Weltkulturerbe rund um den Marktplatz, um die uns andere Städte unserer Größenordnung auch beneiden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben am Fluss mit der Schlachte eine Gastronomie entwickelt, an der jede Menge Leben herrscht, aber wir haben eine Schwäche im Zentrumsbereich der Innenstadt, weil das Einkaufserlebnis, das unsere Innenstadt bietet, nicht genügend zum Verweilen einlädt. Genau das muss sie aber in Zeiten des Onlinehandels tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Analyse ist aus meiner Sicht: Unsere Innenstadt kann im Wettbewerb mit ihrem größten Konkurrenten, dem Onlinehandel, den Wettbewerb um den billigsten Dumpingpreis nicht gewinnen. Sie kann auch den Wettbewerb um den schnellsten Einkauf mit dem Onlinehandel nicht gewinnen.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Nein, ehrlich?)

Was sie gewinnen kann, das ist der Wettbewerb um Aufenthaltsqualität, denn im Onlinehandel kann man nicht in der Altstadt flanieren, man kann auch nicht in der Sonne einen Kaffee trinken, während die Kinder im Sandkasten buddeln. Übrigens, warum schaffen wir ein solches Angebot in der Stadt nicht auch indoor für die Regentage in Bremen? Es soll ja ein paar davon geben.

(Zurufe CDU)

Man kann im Onlinehandel auch nicht die Produkte anfassen, die man kauft, und direkt mit nach Hause nehmen. Warum nicht zum Beispiel von einem Mobilitäts-Hub am Rande der Innenstadt aus, sodass wir sowohl großzügige Fußgängerzonen haben als auch unsere Innenstadt für diejenigen, die dort Geld ausgeben möchten, erreichbar bleibt?

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Solch einen mutigen Wandel müssen wir angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und die Ehrlichkeit gebietet es jetzt zu sagen: Das erfordert einen Umbau von öffentlichem Raum und von privaten Gebäuden. Das erfordert, dass eine größere Nutzungsvielfalt in die Stadt einkehrt, dass also Handel ergänzt wird um Wohnen und Kultur, und zwar nicht, um den Handel zu verdrängen, sondern damit der Handel bleibt. Das alles kann nicht von heute auf morgen gehen. Deshalb brauchen wir eine Entwicklung der zwei Geschwindigkeiten.

Wir brauchen zusätzlich zu den Umbaumaßnahmen auch Sofortmaßnahmen gegen Leerstände und für ein Leben in der Innenstadt. Wir brauchen kulturelle Events, wir brauchen experimentierfreudige Zwischennutzungen, und wir brauchen auch – das gehört auch zur Wahrheit! –, dass die Mieten für den Einzelhandel in der Innenstadt sinken müssen. Das ist für manchen Immobilieneigentümer in der Innenstadt sicherlich keine gute Nachricht, aber es ist im Interesse der gesamten Innenstadt, des Lebens in unserer Innenstadt und auch im wirtschaftlichen Interesse der Immobilieneigentümer besser, sie folgen dieser Erkenntnis früher als später.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie merken schon, dass ich versuche, in dieser Rede auch Akteure außerhalb der Politik anzusprechen, und ich weiß, dass es manchmal schwer einzustehen ist, aber der Schlüssel zum Erfolg in der Innenstadt wird nicht in dieser Parlamentsdebatte liegen, sondern er wird in konkreten Aktionen im Zusammenwirken der beteiligten Akteure in der City liegen, öffentlich, privat und zivilgesellschaftlich. Nur wenn die beteiligten Ressorts, also sowohl das Bau- als auch das Wirtschaftsressort, ausdrücklich auch das Amt für Straßen und Verkehr, nur wenn Einzelhändler und Kulturschaffende bereit sind, neue Wege zu gehen und auch Unkonventionelles zu wagen, und nur, wenn dann alle in die gleiche Richtung rudern, dann kann ein Kurs gelin-

gen. Deshalb ist aus unserer Überzeugung der Citygipfel, zu dem der Bürgermeister eingeladen hat, so richtig und so wichtig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Mein Appell an alle Akteure in der City ist dieser: Es gibt keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken, denn so attraktiv, wie unsere Innenstadt am Marktplatz ist, wenn es darum geht, historisch zu entdecken, und so attraktiv, wie sie entlang des Flusses ist, wenn es darum geht, den Feierabend und das Wochenende zu genießen, so attraktiv kann das Zentrum der City auch beim Einkaufen werden, wenn wir es stärker mit dem verbinden, was der Onlinehandel nicht bietet, nämlich mit dem Verweilen im urbanen Raum und dem Erlebnis. Lassen Sie uns dafür gemeinsam den Kurs abstecken und dann gemeinsam in die Riemen! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beck.

**Abgeordneter Beck (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bei einigen meiner Vorredner aus der Regierungskoalition könnte man der Meinung sein, dass die Legalisierung von Marihuana schon stattgefunden hat.

Dieser Bremer Senat zeigt sich jetzt nach seinen eigenen Bestrebungen, unsere Bremer City autofrei machen zu wollen, völlig überrascht darüber, dass alteingesessene Geschäfte in dieser politisch rot-grün-rot dominierten Stadt plötzlich Geschäftsfilialen aufgeben beziehungsweise gezwungen sind, diese zu schließen, im Übrigen keinesfalls, weil sie ihr Herz beziehungsweise ihre Identifikation mit Bremen verloren haben, sondern weil Ihre rot-grün-rote Politik inzwischen selbst auch für alterfahrene hanseatische Kaufleute nicht mehr zu kompensieren ist.

Wie weit denken Sie als Regierungsverantwortliche dieser Stadt eigentlich?

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Wir denken wenigstens!)

Sie sollten jetzt einmal die Verantwortung dafür übernehmen, dass Sie kein innerstädtisches Konzept vorweisen, und es ist Zeit, denn es reicht jetzt! Die Bremer Innenstadt erlebt derzeit das größte Kaufhaus- und Filialsterben der Stadtgeschichte.

Auch jetzt noch ist dieser Senat völlig beratungsresistent. Wie man in der Bremer Presse lesen konnte, möchte dieser die Parkgebühren pro Stunde auf über drei Euro erhöhen. Ja, denken Sie denn immer noch, Ideologie kompensiert bei unseren Kaufleuten Umsatz? Natürlich werden Bremer und niedersächsische Konsumenten vermehrt zum Weserpark, zur Waterfront oder zu Dodenhof ausweichen und einen großen Bogen um die Bremer Innenstadt schlagen.

Dieser Senat aber schafft es doch in der Tat, so ganz nebenbei und medial völlig unterrepräsentiert, hierzu noch Investoren für ein vielversprechendes Projekt wie das innerstädtische Sparkassenareal zu vergraulen, und er läuft dabei Gefahr, einen weiteren Leerstand im beachtlichen Ausmaß zu produzieren. Speziell für das sehr gut gelegene Sparkassenareal in der Bremer Innenstadt könnte man erfolgreiche Pläne schmieden und auch umsetzen, wenn man denn auch einmal politische Weitsicht und den erforderlichen dazugehörigen Sachverstand an den Tag legen würde.

Damit wären wir beim nächsten Ihrer Fallkonstrukte, meine Damen und Herren: Eine Jacobs Universität, welche durch den Senat in der Vergangenheit Finanzspritzen in Millionenhöhe erhielt, wird durch diesen Senat jetzt also auch noch fallen gelassen. Der damals gewählte Standort für die Jacobs Universität in Bremen-Nord erwies sich als –

**Vizepräsidentin Grotheer:** Herr Abgeordneter, sprechen Sie bitte zur Sache!

Okay! Nur einmal so ein Gedankengang: Das Sparkassenareal wäre als Hochschul- und Universitätsstandort bestens geeignet und würde durch die gute Erreichbarkeit für eine lebendige Innenstadt sorgen. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt!

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Seien Sie einmal ruhig, Frau Aulepp, ich rede gerade! Wo sind die viel besagten Bremer beziehungsweise norddeutschen hanseatischen Kaufleute mit ihren vielen guten Ideen, oder resignierten diese bereits vor den wirtschaftlichen und innerstädtischen Vorstellungen von Rot-Grün-Rot? Wir denken, an den Gebrüdern Schapira lag es offensichtlich wohl eher nicht. Hauptsache Premiumfahrradwege für den innerstädtischen Bereich durchsetzen, welche bei einer aussterbenden Innenstadt ebenso wenig Sinn machen werden wie

eine autofreie Innenstadt! Diese dürften kaum einer kompetenten Problemlösung entsprechen, eher im Gegenteil, aber das Problem hat weitere Züge.

In Bremen bleibt es im Übrigen auch kaum bei den von Rot-Grün-Rot ideologisch als obsolet erachteten kleineren bis mittleren Firmen und Geschäften, die in aller Kürze schließen oder abwandern werden. Unsere so wichtigen wie unverzichtbaren Bremer Industriestandorte wie die Stahlhütte, Mercedes-Benz oder Airbus entlassen jetzt Tausende von Arbeitnehmern, denken Sie einmal darüber nach! Wer soll denn in der Innenstadt noch einkaufen? – Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren!

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange einmal bei Herrn Wagner an! Lieber Falk Wagner, Sie können mich zynisch nennen, vielleicht stimmt das sogar ein bisschen, aber ich weiß, wie es ist, welche Verantwortung man als Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern gegenüber hat, wenn man auf einmal in schwierige Situationen gerät. Das exerzieren wir hier gerade durch. Ich weiß, wie es ist, wenn man seinen Arbeitnehmern sagt: Wir haben Berufsausübungsverbot, ich habe Probleme, wir können nicht Kurzarbeit, arbeitslos ist schwierig. Wissen Sie, was ich gemacht habe? Ich hätte es genauso wie Sie machen können, wir hätten eine Kette gebildet, ein bisschen geheult und etwas getrunken. Nein, ich habe mich bemüht und habe meine fünf Mitarbeiter erst einmal bei Freunden in Arbeit gebracht, bis wir wieder anfangen können. Das habe ich gemacht, das ist Verantwortung, und das erwarte ich von Ihnen hier auch in dieser Stadt! Das ist es!

(Abgeordnete Aulepp [SPD]: Das würden wir uns auch für Karstadt/Galeria wünschen!)

Jetzt bleibe ich ruhig, jetzt komme ich zu Robert Bücking! Lieber Robert Bücking, Sie haben es im Grunde genommen mit diesem Gespräch mit Herrn Caesar, den ich ungemein schätze, erwähnt, es kommen noch ein paar zurecht, und genau das ist ja das Problem: Das ist wie bei der Expansion des Automobils. Da haben die guten Kutschenbauer bis zum Schluss auch noch überlebt, aber die Mehrzahl ist pleitegegangen, weil die Leute keine Kutsche mehr brauchten, sondern ein Auto gekauft haben.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben Sie gut beobachtet!)

Das ist genau das, worauf wir jetzt reagieren müssen, und da sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mag Sie alle, und ich schätze Sie, aber auf dieser Ebene werden wir es nicht schaffen, denn Sie diskutieren gerade, wie wir die Löcher in dem sinkenden Schiff flicken, damit es langsamer sinkt. Uns muss klar sein, so, wie wir Innenstädte begreifen oder wie wir sie noch als Kinder kennengelernt haben, wird es sie in zehn Jahren nicht mehr geben. Da können wir sonst noch viel machen oder wollen, wir müssen anfangen, neu zu denken, und das ist im Grunde genommen jetzt mein Ansatz.

Ich sage ganz ehrlich, das werden wir beide, lieber Robert Bücking, nicht mit Herrn Caesar und auch nicht mit der Gewerkschaft oder mit der CityInitiative hinbekommen. Es tut mir leid, ich mag sie alle, aber das wird nichts! Wir müssen uns andere holen, die querdanken, die kreativ sind, die uns sagen, es wird Einzelhandelsgeschäfte so nicht mehr geben. Wir müssen darüber nachdenken: Wie wird das mit der Vernetzung, mit Showrooms und solchen Sachen, mit Onlinehandel, dass man das kombiniert?

Ich will auch noch einmal abschließend sagen, die strukturelle Krise des Einzelhandels und der Innenstädte ist nicht nur eine Frage des Onlinehandels und schon gar keine Frage von Corona. Corona ist im Grunde genommen nur ein Brandbeschleuniger einer sowieso stattfindenden Entwicklung – –.

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Ich nehme die Frage nur an, wenn es nicht von meiner Redezeit abgeht!

**Vizepräsidentin Grotheer:** Selbstverständlich nicht!

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Dann gern!)

Bitte sehr, Herr Rupp!

**Abgeordneter Rupp (DIE LINKE):** Herr Abgeordneter Strohmann, draußen vor der Tür stehen Schaustellerinnen und Schausteller und machen auf ihre Probleme aufmerksam, dass sie kein Einkommen haben und so weiter. Ich habe eben auch draußen gestanden, ich habe nicht Händchen gehalten, aber wir waren beide draußen und haben uns das angehört. Wir haben zugehört, und ich frage mich jetzt, ob das falsch gewesen ist und ob

man mir dann auch Heuchelei und Untätigkeit unterstellt, wenn ich da hinausgehe und mich mit denen ein Stück weit solidarisiere und ihre Nöte höre.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Ja, Herr Rupp, Sie haben recht, und das meinte ich auch nicht, ich habe ja daneben gestanden, ich habe Ihnen genau zugehört. Da können Sie nachher hinübergehen und noch einmal fragen. Genau das ist das, aber Sie haben den Leuten das Gefühl gegeben: Wir versuchen alles Menschenmögliche, damit es vielleicht einen Freimarkt, einen Weihnachtsmarkt gibt, und wenn das nicht geht, was ja nicht in unser aller Macht steht, das muss man auch sagen – Corona und die Märkte jetzt mit der Innenstadt zu vergleichen, ist ein bisschen schwierig, weil die Schuldforderung sehr problematisch ist –, wenn das passiert, sind wir an eurer Seite und helfen euch! Das ist alles legitim, das ist auch in Ordnung. Wenn Frau Aulepp und Herr Bovenschulte sich hingestellt und gesagt hätten, wir haben jetzt aber eine Idee, vielleicht bekommen wir die Situation mit den Arbeitsplätzen bei Karstadt Sports nicht geregelt, aber wir sorgen dafür, dass wir andere Arbeitsplätze im Einzelhandel haben, die auch tarifgebunden sind, dann wäre das in Ordnung gewesen, aber sich nur hinzustellen nach dem Motto „Ja, das sind die bösen Kapitalisten, die jetzt die Läden schließen!“, das ist ein bisschen billig, und das habe ich nur angeklagt.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Haben Sie noch eine Nachfrage, Herr Rupp? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Rupp (DIE LINKE):** Ich entnehme Ihrer Aussage, dass Sie den Leuten, die sich mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern solidarisiert haben, unterstellen, dass sie keine Lösung haben wollen.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Das habe ich nicht verstanden!)

Sie haben gesagt, es gibt einen Unterschied zwischen der Innenstadtentwicklung und Corona.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ja, denn das Problem ist ja ein ganz anderes!)

Sie haben aber gesagt, in dem Fall, in dem man sich bemüht, eine Lösung – –.

**Vizepräsidentin Grotheer:** Herr Rupp, Sie haben das Wort für eine Zwischenfrage!

**Abgeordneter Rupp (DIE LINKE):** Das klären wir dann bilateral! Ich werde ihn dann versuchen zu überzeugen.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Gut! Ich will noch einmal abschließend sagen: Es ist einfach zu billig, alles auf den Onlinehandel zu schieben und auf Corona sowieso, denn das ist eine Pandemie, mit der keiner gerechnet hat. Das ist eben so, daraus müssen wir das Beste machen, aber das jetzt alles vorzuschieben – das merken wir auch morgen bei den Haushaltsberatungen –, das ist, glaube ich, auch ziemlich billig, das sollten wir nicht machen.

Jetzt noch einmal einen kurzen abschließenden Satz zum Schlechtrede! Lieber Robert Bücking, ich weiß nicht, wer es gesagt hat, irgendjemand war es. Ich weiß nur allmählich nicht mehr, was man noch schlechtrede soll. Ich meine, wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, ist es schon erschreckend, dass man mittlerweile in besten Lagen Geschäfte hat, die man eigentlich so bisschen von den Randbezirken kennt. Das halte ich schon für äußerst problematisch. Ich glaube, deswegen ist es jetzt wirklich schon fünf nach zwölf, aber es ist noch nicht alle Hoffnung aufzugeben, und ich werde auch weiter dafür kämpfen.

Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich, Herr Güngör und Herr Wagner, mit Polemik wird es auch nichts. Sie hätten liefern können – –.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Nein, Entschuldigung, wir haben geliefert! Wir haben 2012 einen konkreten Plan vorgestellt, denn das Grundproblem waren die Laufwege. Wir haben die Knochenhauerstraße genannt, und ich glaube, nur die CDU konnte verlangen, das Parkhaus Mitte abzureißen. Sie wären dafür gesteinigt worden, wir durften das, wir konnten das. Was haben Sie gemacht? Sie haben uns ausgelacht! Das war 2012 – wenn Sie mitrechnen, das war vor acht Jahren! –, und was ist seitdem passiert? Es sind noch mehr Läden ruiniert! Deswegen noch einmal: Ich gebe nicht auf, ich werde weitermachen und auch mit Ihren Beschimpfungen leben,

(Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD])

ja Gott, das ist dann eben einfach so! Damit kann ich leben, ich weiß ja, woher es kommt! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking. – Herr Bücking möchte gar nicht!

Dann hat als nächster Redner das Wort der Abgeordnete Wagner. – Er möchte auch nicht mehr!

Dann hat als nächster Redner das Wort Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte.

**Bürgermeister Dr. Bovenschulte:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass sich die Bremer Innenstadt in einer schwierigen Situation befindet, haben wir heute schon vielfach gehört. Dass man diese schwierige Situation auch mit dem Wort „Krise“ umschreiben kann, das ist auch richtig, da gibt es nichts schönzureden, und da gibt es nichts zu beschönigen.

Wir haben einiges darüber gehört, was die Ursachen dieser Krise sind, auch einiges darüber, was sie angeblich nicht sind. Ich glaube aber, wenn man sich die Lage sehr klar und deutlich ansieht, dann muss man feststellen, dass es schon der Onlinehandel mit seinem sprunghaften Wachstum ist – allein in diesem Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal plus 20 Prozent, bedingt durch die Coronakrise, aber trotzdem ein massiver Zuwachs, der sich in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert hat –, und es hat etwas mit den Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu tun, ein durchaus etwas selbst gemachtes Leiden in Bremen. Es hat etwas mit verändertem Freizeit- und Konsumverhalten zu tun.

Was auch immer es im Einzelnen aber ist, alle sind sich darüber im Klaren gewesen, es ist ein grundlegender Trend, der zu der Krise der Innenstadt in Bremen und zu der Krise der allermeisten Innenstädte bundesweit geführt hat. Die Coronakrise – das war ein richtiger Ausdruck des Kollegen Strohmann – war ein Brandbeschleuniger für diese Entwicklung, weil sich natürlich das Konsumverhalten noch einmal verändert hatte und es tatsächlich eine beschleunigende Wirkung auf den Onlinehandel hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirkungen sind auch beschrieben und dokumentiert worden:

Geschäftsaufgaben, Leerstände, Wegfall von Hunderten von Arbeitsplätzen und damit Bedrohung der sozialen Existenz von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, allerdings auch von Unternehmerinnen und Unternehmern.

Robert Bücking hat etwas sehr Kluges gesagt, nämlich dass sich das Problem dieser Entwicklung nicht nur in den nackten beschreibbaren Zahlen dokumentiert – einfach so, als ob eine Warenverkaufsplattform etwas weniger umgesetzt und dadurch bestimmte Folgewirkungen entstehen –, sondern dass es das Selbstverständnis unseres Gemeinwesens berührt. Die Innenstadt steht ja nicht nur im Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch des gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Deshalb ist es etwas, das die Menschen berührt – nicht nur die, die regelmäßig in die Innenstadt fahren und dort einkaufen –, sondern alle Menschen in Bremen, wenn man die Diskussionen verfolgt, weil die Innenstadt, die City, etwas Symbolisches ist und das Funktionieren oder Nichtfunktionieren der City entscheidend für unser Gemeinwesen ist, entscheidend für Bremen ist und deshalb eine so zentrale nicht nur wirtschaftliche, sondern soziale und kulturelle Funktion hat.

Unterschiede, glaube ich, bestehen darin, ob es eine Bremensie ist oder ob es, was die Analyse nahelegt, eine strukturelle bundesweite Entwicklung ist. Wenn man sich die Krise ansieht, dann stellt man fest: Zara schließt 1 200 Filialen global, nicht nur in Deutschland, so viele hat Zara gar nicht in Deutschland, Gerry Weber 120 von 450, Esprit 50 von 100, Karstadt 62 von 172. Ich könnte jetzt die Aufzählung immer weiterführen. Darunter sind CDU-regierte Städte, SPD-regierte Städte und grün regierte Städte. Da sind Hamburg, München, Frankfurt und Stuttgart dabei, und da ist bei etlichen der genannten Fälle auch Bremen dabei. Bei anderen ist Bremen nicht dabei.

Was aber immer festzustellen ist: Hinter jeder dieser Entscheidungen, eine Filiale zu schließen, die im Wesentlichen aus Sicht der Konzernzentrale natürlich nach bestimmten Kriterien getroffen werden – wie hoch ist der Umsatz, wie hoch sind die Mieten, wie wird die Entwicklung eingeschätzt? –, stehen jede Menge menschlicher Schicksale. Das sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die um ihre Existenz bangen und deshalb völlig zu Recht auf die Straße gehen und sagen: Wir wollen auf unsere Situation aufmerksam machen, und wir brauchen eure Unterstützung! Überall da logischerweise, wo es einen vernünftigen CDU-Bürgermeister oder -

Oberbürgermeister gibt, wo eine Filiale geschlossen ist, geht er oder sie hin und solidarisiert sich mit den Beschäftigten.

(Beifall SPD)

Überall da, wo es einen vernünftigen grünen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin gibt, geht er oder sie hin und solidarisiert sich mit den Beschäftigten. Überall da, wo es einen vernünftigen SPD-Bürgermeister oder eine -Bürgermeisterin gibt, geht man hin und solidarisiert sich mit den Beschäftigten, insbesondere wenn man von den Betriebsräten auch noch ausdrücklich dazu aufgefordert wird!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, meine Erfahrung war, dass die Menschen von Karstadt Sports und anderen gesagt haben: Wir finden es klasse, dass ihr uns unterstützt, wir finden es klasse, dass die Wirtschaftssenatorin da ist, die Landesvorsitzende der SPD und auch der Bürgermeister, dass wir nicht alleingelassen werden; denn wir wissen, dass das ja zentrale Entscheidungen sind. Wir wissen, dass Karstadt Sports kein schlechtes Geschäft ist, wir wissen, dass Karstadt Sports nicht schlecht positioniert ist, und wir wissen, dass wir auch vernünftige und gute Arbeit machen! Lieber Heiko Strohmann, ich glaube, es gab in dieser Situation nur ein einziges Problem: Ich habe keinen einzigen Abgeordneten und keine einzige Abgeordnete der CDU gesehen, die sich mit den Menschen solidarisiert haben!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Und warum? Weil es der CDU natürlich nicht um das Schicksal der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht! Das ist nur der Bezugspunkt für billige rhetorische Tricks hier im Parlament, um mit „Händchenhalten“ und ähnlichen Begriffen ein bisschen Stimmung machen zu können. Es geht um die Sache, und wenn wir da stehen, dann haben wir nicht sofort eine Lösung, auch wenn wir mit dem Vermieter sprechen oder wenn wir andere Maßnahmen ergreifen, aber wir sagen: Uns sind die Menschen nicht egal! Dazu stehe ich, und das würde ich jedes Mal genauso wieder machen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Zurück in den Sachlichkeitsmodus! Die Probleme der Innenstädte sind ein bundesweites Phänomen, aber die Lösungen können nur vor Ort gefunden werden. Das haben wir oft. Es gibt übergreifende

Entwicklungen, an denen wir nichts ändern können. Trotzdem müssen wir die Lösungen vor Ort finden, denn der Grund, warum wir das machen, ist: Die Alternative wäre sonst nur Resignation. Egal wie die Rahmenbedingungen sind, man muss immer damit umgehen. Deshalb kann man sich durch die Rahmenbedingungen auch nicht exkulpieren, denn es bleibt immer die Möglichkeit, selbst zu handeln.

Das Erste, was wir jedes Mal brauchen, ist ein nüchterner, realistischer Blick auf die Situation, keine Zerrbilder zeichnen und keine Wunschvorstellungen, kein naiver Optimismus und kein resignativer Pessimismus, sondern die Dinge so betrachten, wie sie sind! Viele Äußerungen hier würde man aus Sicht eines Geschäftsmanns in der Innenstadt geradezu als geschäftsschädigendes Verhalten ansehen, wenn dabei deutlich wird, dass nicht eine differenzierte Problembetrachtung, sondern eine pauschale Abqualifizierung betrieben wird.

Es kann doch keiner ernsthaft sagen, dass unser Marktplatzensemble – die Böttcherstraße, der Schnoor und alles, was dazugehört – nicht attraktiv ist! Es kann doch keiner ernsthaft behaupten, dass es nicht die Projekte City Gate, Markthalle Acht, Manufactum Warenhaus, Balgequartier, Erneuerung Lloydhof, Erneuerung Bremer Carrée, Verkauf Parkhaus Mitte und jetzt den Fernbusterminal mit Hotel gibt, als ob das alles nichts ist!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Donnerstag wird das Jacobs Haus eröffnet. Herr Jacobs ist jemand, der mit Geld und auch hohem Sinn für das Gemeinwohl investiert, mit viel, viel Geld, mit vielen, vielen Millionen Euro. Ein tolles Projekt, das Balgequartier! Wenn er heute hier zugehört hätte, dann hätte er gesagt: Warum investiere ich denn überhaupt? Da wird mir doch gesagt, das ist alles nichts, nichts passiert, die Innenstadt geht sowieso danieder, es hat überhaupt keinen vernünftigen Ansatz gegeben! Das ist nicht meine Haltung. Meine Haltung ist: Ich danke Herrn Jacobs und allen anderen Investoren in den genannten Projekten ausdrücklich, dass sie in den letzten Jahren den Mumm gehabt haben, auf Basis gemeinsamer Haltungen und Planungen in die Innenstadt zu investieren, und ich freue mich zum Beispiel auf die Eröffnung des Jacobs Hauses am Donnerstag als ein Zeichen dafür, dass hier tolle Projekte passieren und die Innenstadt lebt!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, völlig richtig, es hat niemand ein Patentrezept für die Innenstadt, außer vielleicht Heiko Strohmann, aber dann hat er es uns heute nicht genannt, denn, lieber Herr Strohmann, außer dem alten Spruch von Böll, es muss etwas passieren, habe ich von Ihnen heute keine einzige Idee gehört. Sie haben Konzepte angemahnt, aber Sie haben heute keine einzige Idee außer dem Verweis auf ein acht Jahre altes Konzept vorgebracht.

Robert Bücking hat konkrete Ideen zu den Wallanlagen vorgetragen. Das kann man diskutieren, das muss man nicht alles gut finden, es sind aber konkrete Ideen. Falk Wagner hat konkrete Projekte vorgeschlagen. Das bloße Beschwören aber, dass es eines Konzepts bedarf, hilft ja noch nicht weiter, denn auf der Ebene der Schlagworte sind wir uns alle einig: Wir brauchen den richtigen Nutzungsmix. Wir brauchen attraktive und vielfältige Nutzung, hohe Aufenthaltsqualität, gute Erreichbarkeit. Wir wissen, dass es nicht nur auf den Handel ankommt, aber auch! Wir wissen, dass es auf Gastronomie, kulturelle Dinge ankommt, auf das gewisse Etwas. Das wissen wir, da haben wir Konsens, aber was heißt das konkret? Welche Projekte bedeutet das konkret? Das kann man nicht nur anmahnen, sondern das muss man entwickeln, das muss man im gemeinsamen Gespräch entwickeln. Das muss man in der gemeinsamen Planung wie bei der Überarbeitung des Innenstadtkonzeptes entwickeln, das muss man aber auch entwickeln, indem man einfach einmal Dinge versucht, ausprobiert, feststellt, ob sie funktionieren, und wenn sie nicht funktionieren, dann auch gegebenenfalls wieder zurücknimmt.

Gestern habe ich den Stadtrundgang mit der City-Initiative gemacht, und diese Vertreter der Innenstadtkaufleute haben exakt für so eine differenzierte Herangehensweise plädiert: Stärken der Innenstadt benennen, aber auch Schwächen! Projekte, die man angehen kann, in eine Gesamtplanung einbetten, aber auch ausprobieren, auch einmal sagen, dass bestimmte Sachen dann nicht funktioniert haben, damit man auch wieder in anderer Art und Weise auf andere Alternativen eingehen kann! Ich glaube, diese Offenheit ohne Aufgabe des Anspruchs einer Gesamtplanung brauchen wir.

Ich sage es noch einmal: Wer glaubt, dass er das Patentrezept für die Art und Weise hat, wie die Innenstadt in 10 oder in 20 Jahren funktioniert, kann es gern bei mir abgeben, dann würde ich es gern nehmen und umsetzen. Ich glaube, niemand hat es, weil es eine nicht vorhersehbare Entwicklung ist,

weil wir viele Dinge werden ausprobieren müssen, damit wir die richtige Nutzung aus Handel, Aufenthaltsqualität, Gastronomie, Kultur und anderem, was wir brauchen, hinbekommen. So ein Gespräch, dieser Plan muss alle Akteure einbeziehen, und zwar alle Akteure auf Augenhöhe: Ja, dazu muss auch geredet werden, und es muss auch weiterdiskutiert werden. Der beliebte Spruch „Nicht reden, sondern handeln!“ funktioniert dann – und ich komme gleich dazu, denn es muss auch gehandelt werden! –, wenn man genau weiß, was das Richtige ist. Wenn es aber um die grundlegenden Visionen geht, dann werden wir auch weiter gemeinsam an den Lösungen arbeiten müssen, und dann wird es auch darum gehen, unterschiedliche Interessen einzubeziehen und mit unterschiedlichen Interessen umzugehen. Das ist beim Thema autofreie Innenstadt so, das ist an vielen, vielen anderen Punkten so, und das war und ist übrigens auch beim Thema Sparkassengelände Am Brill so.

Meine Damen und Herren von der CDU, zu verhandeln heißt ja nicht, wenn die andere Seite sagt, wie sie es will, dass man dann als Erstes sagt, ja, das machen wir so, genau, sondern zu verhandeln heißt, dass man eine eigene Position hat und von dieser Position aus verhandelt, nämlich über eine gemeinsame Lösung diskutiert. Wenn man Am Brill ein städtebauliches Wettbewerbsverfahren hatte und dabei eine Fläche von 42 000 oder 45 000 Quadratmetern herauskam, und wenn auf der anderen Seite ein Entwurf kommt, bei dem 72 000 oder 75 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche vorgesehen sind, dann liegt eine ganze Menge dazwischen. Das eine war einmal die definierte Verhandlungsposition, das andere ist das Angebot des Investors, und dann ist es das Natürlichste der Welt, dass auf dieser Grundlage verhandelt und darüber gesprochen wird, wie man sich annähern kann. Genau das hat der Senat gemacht. Wir sind da bisher nicht zu einem Erfolg gekommen, auch weil der Investor, was ihm unbenommen sei, seine eigenen Vorstellungen hat, aber es ist eine Verhandlung. Es ist eine Verhandlung ausgehend von dem klaren Interesse, dass wir da etwas entwickeln wollen, aber wir haben auch eine fachliche Grundlage, auf der wir agieren.

Deshalb ist es kein Skandal – wir hätten uns auch gefreut, wenn wir schon zu einem Ergebnis gekommen wären –, sondern deshalb ist es eine Situation, die immer einmal in Verhandlungen auftritt, nämlich dass es einen Moment gibt, in dem man noch nicht zu einem Ergebnis gekommen ist. Jedenfalls ist auf unserer Seite die Tür für weitere Gespräche in jeder Hinsicht offen, und wenn sich daraus noch

etwas ergibt, wird es ganz sicher nicht an der fehlenden Verhandlungsbereitschaft des Senats scheitern.

(Beifall SPD – Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zum Innenstadtgipfel sagen! Dieser Innenstadtgipfel hat die Funktion, das mit einzulösen, was ich am Anfang schon gesagt habe: Innenstadtentwicklung ist auch das gemeinsame Gespräch, bei dem man die Akteure gemeinsam an den Tisch bringt und schaut, ob man trotz unterschiedlicher Sichtweisen und Interessen eine gemeinsame Strategie entwickeln kann. Nicht umsonst hat die Kammer das sehr begrüßt, haben die Gewerkschaften das sehr begrüßt und hat die City-Initiative das sehr begrüßt.

Ich weiß nicht, ob es die CDU noch zu beeindruckern vermag, was die Kammer oder die CityInitiative sagt – was die Gewerkschaften sagen vielleicht sowieso nicht –, aber ich bitte darum, zumindest einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass die Interessenvertretungen der Geschäftsleute in der Innenstadt sagen: Ja, wir brauchen einen Innenstadtgipfel, wir brauchen ihn, weil wir jedes Forum brauchen, in dem wir die notwendigen Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen, gemeinsam diskutieren können.

Natürlich habe nicht ich, sondern hat der Senat zu diesem Innenstadtgipfel eingeladen, und auch wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, es gern anders hätten: Da gibt es keine Möglichkeit, zwischen Frau Schaefer, Frau Vogt oder mir zu spalten. Wir gehen gemeinsam und koordiniert in diesen Innenstadtgipfel hinein und werden auch gemeinsam und koordiniert diskutieren. Das ist doch selbstverständlich für diese Regierung.

(Beifall SPD)

Ich sage Ihnen jetzt, am Ende dieses Innenstadtgipfels werden nicht nur Absichtserklärungen stehen – die vielleicht auch – und nicht nur eine Verständigung über die weitere Zusammenarbeit, das vielleicht auch, sondern wir werden auch über die Eckpunkte eines Aktionsprogramms für die Innenstadt diskutiert haben, bei denen deutlich wird, dass es die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung sind, die wir kurzfristig oder jedenfalls mittelfristig in den nächsten ein, zwei Jahren umsetzen werden,

damit wir eine mögliche Negativspirale in der Innenstadt durch ganz konkrete Maßnahmen durchbrechen werden. Das werden alles Maßnahmen sein, die eng mit den Beteiligten abgestimmt sind, die kurzfristig umsetzbar sind und eine gewisse und in manchen Fällen vielleicht sogar eine hohe Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit haben werden. Das werden wir dann auch mit dem entsprechenden Budget hinterlegen, dazu wird der Senat entsprechende Beschlüsse fassen.

Deshalb möchte ich Sie alle einladen, diese Chance nicht ungenutzt zu lassen, sondern mit uns gemeinsam bei aller jetzt situationsbedingten Polemik in der Auseinandersetzung und Debatte daran zu arbeiten, dass unsere Innenstadt, getragen von einem kurzfristigen Aktionsprogramm und mittelfristigen gemeinsamen Visionen, die Rolle beibehält, die Werder für sich gestern auch erkämpft hat. Wir spielen in der ersten Liga, und wir müssen in der ersten Liga spielen, etwas anderes kann für uns nicht in Betracht kommen! – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann für eine Kurzintervention.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich will noch einmal ganz kurz auf zwei Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben: Dass wir unterschiedliche Meinungen haben, ist in Ordnung, und dass Sie jetzt der CDU-Fraktion und mir vorwerfen, wir hätten nichts Inhaltliches vorgelegt als so ein Papier vor acht Jahren, das verzeihe ich Ihnen, denn Sie waren ja auch ein paar Jahre nicht in der Stadt und haben es vielleicht nicht mitbekommen. Das war das erste Mal, das war ein konkretes Papier, und das war konkret mit Zeichnungen, mit Laufwegen, mit der Knochenhauerstraße und dem Abriss, das wollte ich nur erwähnt haben.

Das Eigentliche aber, weshalb ich mich noch einmal gemeldet habe, ist Ihre unmögliche Reaktion, was Sie uns im Hinblick auf die Arbeitnehmer vorgeworfen haben. Ich glaube auch, dass die Arbeitnehmer sehr wohl zur Kenntnis nehmen, was Solidarität ist und was ihnen letztlich hilft, und das ist die entscheidende Frage. Dass die Situation in der Innenstadt so ist, dafür haben die jetzige, die vorige und die vorvorige Regierung eine große Verantwortung, auch dafür, dass diese Arbeitsplätze jetzt wegfallen beziehungsweise andere nicht entstehen. Das ist die Verantwortung, die Sie haben, und

das ist das Zynische, dass Sie sich dann dorthin stellen. Das wollte ich eigentlich damit nur sagen! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Präsident Imhoff:** Ich muss darauf hinweisen, dass der Senat seine Redezeit schon überschritten hat und sich somit die Redezeiten der Fraktionen erweitern.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es jetzt auch entsprechend kurz. Wir hatten es uns eigentlich aufgeteilt, deswegen jetzt ein Stück weit im Stakkato, ich werde mir das Vorgeplänkel dann auch sparen – –.

(Abgeordneter Eckhoff [CDU]: Das sollten Sie in allen Bereichen machen, Frau Bürgermeisterin!)

Darf ich?

Erst einmal möchte ich noch ganz kurz etwas zum Sparkassenareal sagen. Ich glaube, wir sind uns alle hier einig, dass es eine wichtige Fläche ist, es ist eine wichtige Verbindung – so war es auch immer angedacht – zwischen der Obernstraße, der Innenstadt und dem Faulenquartier. Wenn man sich überlegt, was die Verantwortung des Senats oder auch die Verantwortung der Senatorin für Stadtentwicklung ist, dann ist es, glaube ich, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu handeln, und das heißt, eine Fläche zu entwickeln, ganz klar.

Es ist aber auch der ordentliche Umgang mit unseren Flächen. Das gilt für die Massivität, das gilt auch für die Höhe, es ist der Anspruch, dass es am Ende anständig aussieht, es ist der Anspruch, dass wir einen gesunden Mix haben, ich glaube, das haben wir heute auch schon mehrmals gehört, nicht mehr nur für eine Nutzung, nicht mehr nur für Gewerbe, sondern für Wohnen, für Büros, für Gewerbe, aber auch für öffentliche Nutzung. Deswegen gab es ja die Vorstellungen und Ideen, auch zu überlegen, die Hochschule genau dort anzusiedeln.

Es müssen Wegebeziehungen bedacht werden, und optimalerweise sind das auch die Interessen der Investoren. Ja, ich würde sagen, bei den meisten oder fast allen Bremer Investoren ist das auch so, da gibt es eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Ob es das Tabakquartier ist, das Gelände von

Kellogg, die Überseeinsel, das Parkhaus Innenstadt, Jacobs wurde auch schon erwähnt, oder viele Projekte in Bremen-Nord, da sitzt man zusammen, da plant man, und Planen ist auch immer ein gegenseitiges Geben und Nehmen, es gibt geordnete Projektabläufe. Ich mache es einmal ein bisschen bremsch, es läuft – weil das vorhin auch schon einmal als Stichwort gefallen ist – hanseatisch ab.

Beim Sparkassenareal ist es komplizierter gelaufen, um es vorsichtig zu umschreiben, da waren diese Prozesse nicht wirklich immer in geordneten Bahnen. Ehrlicherweise würde ich sagen, das, was die Bremerinnen und Bremer als hanseatisch verstehen, ist so zumindest nicht immer ganz optimal gelaufen. Ja, ich/wir vertreten die Interessen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und ihrer Bürger, und ja, wir haben auch die Interessen von Investoren anzuhören und ihnen auch möglichst entgegenzukommen. Was aber nicht sein kann, ist, dass die Interessen der Investoren, wenn es primär renditeorientiert ist, am Ende dann die Stadtplanung beherrschen und alles, was stadtplanerische Qualität ist, nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Das kann nicht im Interesse der Bremerinnen und der Bremer sein, und darauf zu achten, das ist auch Aufgabe des Senats, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch in Bremens Interesse!

Ich habe die vielen Leserbriefe gelesen, aber ich glaube, wenn das Ganze am Ende qualitativ nicht gut ausgesehen hätte, zu hoch, zu massiv, überhaupt keine Durchwegung mehr, dann, da bin ich mir ziemlich sicher, hätte es genauso diese Anzahl von Leserbriefen gegeben, in denen gestanden hätte, wie konnten Sie das zulassen! Ich glaube, deswegen war das am Ende ein richtiges Verfahren. Die Tür ist offen für Investoren, wir wollen weiterhin konstruktiv mit ihnen planen, und wir versuchen, auch den Interessen von Investoren möglichst und in hohem Maße nachzukommen, aber am Ende, meine Damen und Herren, muss es auch zu Bremen passen. Herr Schäck, verbockt hätten wir es, wenn wir zu allem einfach nur Ja und Amen sagten, egal wie es am Ende aussieht. Wenn dann etwas herausgekommen wäre, was nicht zu Bremen passt, dann hätten wir es verbockt.

Jetzt will ich noch kurz etwas zur Innenstadt sagen, hier ist ja schon viel darüber geredet worden, die Analyse hilft, und ich wiederhole das jetzt auch ein Stück weit: Ja, die Innenstadt ist im Wandel, und sie ist nicht erst seit Corona im Wandel. Der Wandel

hat schon früher angefangen, und zwar der Wandel durch den Onlinehandel. Corona beschleunigt die Situation, wir haben einen Kundenschwund, aber nicht erst seit Corona, sondern auch schon vorher. Die spannende Frage ist doch, was Corona eigentlich mit den Innenstädten macht.

Wenn wir jetzt zukünftig mehr Homeoffice haben, wenn die Digitalisierung noch weiter voranschreitet, dann wird das zu einem weiteren Ausbluten der Innenstädte führen. Warum? Weil in den Innenstädten, gerade auch in Bremen, kaum Menschen wohnen, aber viele Beschäftigte arbeiten, und wenn sie zukünftig weiter entweder zu Hause arbeiten oder – und das ist auch ein Bremer Phänomen – attraktive Büroräume in der Überseestadt finden, dann wird es weniger Beschäftigte geben, die in der Bremer Innenstadt sind, und das bedeutet weniger Menschen, die dort einkaufen, die dort essen gehen und dort auch ihr Geld lassen.

Wir können es uns ja anschauen: Wer ist tagsüber da? In der Innenstadt wimmelt es tagsüber, es sind Beschäftigte aus den Büros, aus den Geschäften, es sind Kundinnen und Kunden, es sind Touristen, die vor allem den Marktplatz, das Rathaus, die Böttcherstraße und den Schnoor ansteuern. Das ist sehr wichtig, aber wir brauchen vor allem auch Menschen, die die Innenstadt abends beleben, die dort wohnen, die dort einkaufen gehen, die dort essen gehen, die auch Kneipen besuchen, und das fehlt, nach 19 Uhr ist die Innenstadt ausgestorben. Das heißt, wir brauchen auch vor allem junge Menschen. Wir müssen ein Angebot schaffen, die Innenstadt ist ehrlicherweise in vielen Teilen veraltet. Das heißt, wir brauchen Veranstaltungen, wir brauchen Events, wir brauchen Aufenthaltsqualität. Wir müssen Wohnen ermöglichen, aber wir brauchen auch Wegebeziehungen, die die Kundinnen und Kunden zu den Geschäften führen. Wir haben eine Achse aus der Sögestraße und der Obernstraße, aber alles, was in den Nebenstraßen ist, wird schon nicht mehr richtig aktiv angesteuert, und das ist ja genau die Idee beim Parkhaus Mitte, dass wir wieder Wegebeziehungen schaffen, die eben auch genau die anderen Straßen erschließen.

Die Innenstadt wird sich wandeln, da bin ich ganz bei Herrn Strohmann. Ich glaube, die Innenstadt wird ganz sicher nicht mehr so aussehen, wie sie heute aussieht. Das können wir bei vielen Geschäften bedauern und natürlich auch mit den Beschäftigten mitfiebern, aber ich glaube, zur Ehrlichkeit gehört, sie wird nicht mehr vergleichbar sein mit dem jetzigen Status quo. Es kann aber ja eine moderne Urbanität sein. Für mich ist immer noch Jan

Gehl aus Dänemark jemand, der zeigt, wie moderne Innenstädte auch aussehen können. Es gibt viele andere, die man auch hinzuziehen kann.

Die Nutzung der Wallanlagen wurde schon erwähnt, wir brauchen mehr Aufenthaltsqualität, Flanieren an den Schaufenstern muss ermöglicht werden. Das geht nicht, wenn Autos auf den Stellplätzen vor den Schaufenstern stehen. Man könnte auch die Wallanlagen besser nutzen.

Die Innenstadt muss erreichbar sein, aber es wird immer nur auf das Auto geschaut. Wir haben nun gerade im City Gate neue Parkplätze geschaffen, dann demnächst im ZOB, übrigens auch neue moderne Büros im ZOB, damit die Menschen eben auch in der Innenstadt und fußläufig entfernt dort arbeiten können. Sie muss aber auch für Fahrradfahrer erreichbar sein, und deswegen wollen wir auch den Brückenschlag von der Innenstadt, von den Wallanlagen hin zur Neustadt, wo viele junge Menschen wohnen. Denen wollen wir es doch auch ermöglichen, in die Innenstadt zu kommen, und wenn man sich anschaut, welche anderen Städte das machen, es ist Kopenhagen, es sind Brüssel, Paris, Gent, autoarm, dort wird der Verkehr herausgenommen, und auch Hannover bekennt sich zur autofreien Innenstadt bis 2030.

Noch ist der Wall nicht einmal rot eingefärbt, da kann man nicht sagen, Karstadt, Galeria Kaufhof oder Zara gehen wegen unserer Mobilitätspolitik weg. Noch dürfen dort Autos entlangfahren, aber die Schiefelage ist doch schon viel früher gekommen. Ich bin mir sicher, weniger Autos bedeuten mehr Aufenthaltsqualität. Wir sehen doch auch in Oldenburg, wie groß Fußgängerzonen sein können, und das ist das, was wir brauchen. In dem Fall möchte ich einmal ausnahmsweise Heiko Strohmann zitieren, der sagt, wir müssen die Innenstadt neu denken: Ja, und dazu sind wir alle aufgefordert! - Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich eine Besuchergruppe der Arbeitsgemeinschaft der Bremer Märkte.

Seien Sie herzlich willkommen hier bei uns im Parlament!

(Beifall)

Des Weiteren möchte ich Ihnen mitteilen, dass aufgrund interfraktioneller Vereinbarungen die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 6 bis 9 und 19 ausgesetzt worden sind.

**Dem Freimarkt eine Chance geben – Durchführungsbedingungen frühzeitig und transparent planen!**

**Antrag der Fraktion der CDU**

**vom 30. Juni 2020**

**(Drucksache [20/263 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Meyer-Heder.

**Abgeordneter Meyer-Heder (CDU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich auch von mir ein Gruß auf die Tribüne, so voll war es hier lange nicht, danke! Wir reden heute in unserem Antrag über ein nicht weniger wichtiges Thema, wie ich finde. Vielleicht ist es nicht ganz so kompliziert wie das Thema Innenstadt, aber wir haben jetzt den 7. Juli 2020, und normalerweise beschäftigt man sich ja um diese Zeit nicht mit dem Freimarkt. Ich finde es aber gerade deswegen umso wichtiger, dass wir das jetzt tun, denn wir haben eben Coronazeiten, und die Politik und die Verwaltung sind aufgefordert, sich jetzt über das Thema wirklich ernsthaft Gedanken zu machen.

Die gemeinsame Konferenz der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin hat am 17. Juni 2020 beschlossen, Großveranstaltungen bis Ende Oktober auszusetzen. Ausnahmen sollen nur dann gelten, wenn entsprechende Hygieneregeln eintreffen und eingehalten werden können, und vor allen Dingen, wenn Infektionswege nachvollzogen werden können. Das heißt, für den Freimarkt in der bisherigen Form wäre das ein Aus.

Ich finde aber, dass das nicht zwingend der Fall sein muss, der Beschluss der Ministerpräsidenten lässt nämlich ein wenig Spielraum, den Freimarkt vielleicht in einer speziellen Form durchzuführen; und weil ich weiß, wie wichtig der Freimarkt für die Bremerinnen und Bremer und die Schausteller ist,

würde ich sagen: Lassen Sie uns doch da einmal das Heft in die eigene Hand nehmen und schauen, ob wir nicht irgendeinen Weg finden, das möglich zu machen!

(Beifall CDU)

Ich finde – in der IT sagt man immer, mach ein Feature aus dem Bug! –, vielleicht können wir den Freimarkt sogar gerade in diesem Jahr in Richtung Familien noch besser entwickeln, vielleicht müssen wir einfach versuchen, die Chancen zu finden, die wir jetzt haben, mit neuen Konzepten vielleicht auch den Freimarkt neu zu gestalten. Ja, wir leben in der Pandemie, wir wissen noch nicht, wie lange sie noch dauert, und deswegen ist auch eines klar: Der Freimarkt Nummer 985, wenn ich richtig informiert bin, wird irgendwie anders aussehen als die Freimärkte zuvor, aber das ist ja ehrlich gesagt auch nichts Neues. Der Freimarkt hat sich in der Geschichte schon sehr viel verändert: Wir hatten einmal einen klassischen Warenmarkt, dann haben wir auch Vergnügungsstände, und eigentlich ist er erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts ein Volksfest geworden.

Um die Geschichte noch einmal mehr zu bemühen, um noch einmal die Dimension und die Wichtigkeit des Freimarkts für Bremen darzustellen: Der Freimarkt ist nur in den Jahren 1914 bis 1918 und 1940 bis 1944 ausgefallen, also nur in den Kriegsjahren, und selbst 1945, keine sechs Monate nach Kriegsende, gab es schon die Idee von wirklich kreativen und mutigen Menschen zu sagen, lasst und irgendetwas auf die Beine stellen. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir trotz dieser Unsicherheiten und der Schwierigkeiten, die wir gerade haben, genauso mutig sein können wie die Bremerinnen und Bremer im Jahr 1945.

(Beifall CDU)

Für mich persönlich und auch für die Fraktion der CDU ist klar, wir müssen mit aller Kraft darum kämpfen, den Freimarkt in diesem Jahr stattfinden zu lassen; sicher nicht um jeden Preis, natürlich müssen wir das Infektionsgeschehen beobachten, wir müssen natürlich auch vermeiden, dass der Freimarkt jetzt unter Coronabedingungen zum Infektionshotspot wird, das hilft weder der Marke Freimarkt noch der Stadt, und schon gar nicht den Schaustellern.

Aber wir können klüger sein. Wir haben Zeit, und wir können uns auf Eventualitäten vorbereiten. Das

heißt, wir müssen einfach unsere eigenen Bedingungen schaffen, wie wir Corona kontrollieren und beherrschen können. Aus diesem Grund haben wir diesen Antrag formuliert. Wir wollen eigentlich einen Pandemieplan für den Freimarkt, denn nur so – und das ist wichtig! – können wir den Schaustellerbetrieben, den Bremerinnen und Bremern, und das möglichst fraktionsübergreifend, würde ich mir wünschen, irgendwie ein Signal der Zuversicht aussenden, indem wir wirklich, wie ich es vorhin schon sagte, das Heft in die eigene Hand nehmen.

(Beifall CDU)

Ganz kurz zu den einzelnen Punkten, die wir im Antrag genannt haben! Erstens: Was müssen wir tun? Der Freimarkt muss planbar werden. Eine Großveranstaltung wird während der Pandemie nur dann funktionieren, wenn wir den Zutritt kontrollieren und begrenzen. Wir erleben es ja heute schon vergleichsweise – Menschenansammlungen im Freibad haben wir schon, und wir haben es in bestimmen kulturellen Veranstaltungen, wir haben es im Miniaturwunderland –: Wer da schon einmal war, man kann den Zugang begrenzen und kontrollieren, und ich finde, das sollten wir auch beim Freimarkt tun. Wir können eine Plattform aufsetzen, webbasiert oder als App, die es möglich macht, sich einen Slot im Freimarkt zu buchen, denn natürlich müssen wir gewährleisten, dass auch Menschen, die kein Handy haben oder eben nicht so firm sind im Umgang mit dem Netz, das auch tun können. Was noch zu so einer Plattform gehört und wie wir uns das vorstellen, dazu komme ich gleich im nächsten Schritt, denn meine fünf Minuten Redezeit sind zu Ende. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

**Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Tolle am Freimarkt ist, dass er wirklich ein richtiges Volksfest ist. Alle finden das, die Leute, die sich für etwas Besseres halten, und alle Leute, die etwas Besseres sind. Die Dicken und die Dünnen, die Jungs und die Mädchen, alle sind da, und er hat eine Riesentradition. Ich erinnere mich daran, wie meine Mutter mir immer so einen roten Luftballon geschenkt hat und einmal fünf Mark, um hinzugehen. Das bedeutet mir auch heute noch viel.

Die Schausteller sind diejenigen, die das organisieren, die hinter diesen Tresen stehen und die Zuckerwatte rühren und all das, also spricht wahnsinnig viel dafür, möglich zu machen, dass er stattfindet. Ich glaube, das finden wir hier alle.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt hat die CDU in ihrem Antrag einmal durchgespielt, was man alles beachten muss. Wenn man im Wirtschaftsressort anruft, dann heißt es, das haben wir auch schon alles durchgespielt, es sind auch ungefähr dieselben Stichworte, sie sind längst im Gespräch mit den Schaustellern, ich glaube, das können Sie auch bestätigen. Also, worüber müssen wir uns heute hier verständigen?

Ich glaube, wir müssen uns nicht darüber verständigen, dass man es machen sollte, wenn es denn möglich, wenn es denn sicher und wenn es denn wirtschaftlich wäre. Ja, natürlich, und die Voraussetzungen dafür sind durch einen konstruktiven Dialog zu schaffen, durch Hinzuziehen von Sachverständigen, der sich damit auskennt, natürlich und so schnell wie möglich! Es ist auch klar, man muss schnell eine Situation haben, in der man weiß, jetzt ist sehr wahrscheinlich, dass es stattfindet, denn das Planen dafür verlangt wieder von jedem einzelnen daran Beteiligten enorm viel. Das wollte ich alles vorab sagen.

Wir waren in der Koalition ein bisschen uneins, ob man jetzt den Antrag der CDU überweisen sollte oder ob man sagt, nein, wir brauchen nicht noch einmal extra eine Aufforderung. Ich war eher ein wenig für eine Überweisung, andere waren der Meinung, nein, noch einmal extra auffordern lassen wir uns nicht. Das ist unter dem Strich nicht entscheidend. Die Botschaft ist, wenn es möglich ist, dann wollen wir unbedingt dazu beitragen, dass es gelingt.

Jetzt komme ich aber noch einmal zu dem Punkt, was man sich so denkt, wenn man nicht direkt in den Dialog mit den Schaustellern verwickelt ist. Als ich das alles durchgelesen habe, was das Ressort dazu so aufgeschrieben hat und was die CDU aufgeschrieben hat, bin ich mit jeder Zeile skeptischer geworden, ob das eine Erfolg versprechende Idee ist. Es kommen doch zwei Dinge sozusagen brutal gegeneinander. Das eine ist der Sicherheitsaufwand, der ist unter uns völlig unumstritten, niemand will hier leichtsinnig sein. Der Sicherheitsaufwand ist extrem. Die Veranstaltung muss eingezäunt werden, das Publikum muss kontrolliert werden, von jedem, der dorthin geht, muss man eine

Adresse haben, man muss ihn erreichen können. Man muss sicherstellen, dass sich an den einzelnen Buden nicht Crowds bilden, die zu dicht zusammenstehen. Die Situation im Bayernzelt malt man sich so aus, als wären mit eineinhalb Metern Abstand das Schunkeln und das Stemmen von Maßgläsern möglich. Ehrlich gesagt, mir fehlt die Fantasie, nicht dafür, mir das auszumalen, sondern dafür, es schön zu finden.

Also, wird es denn dann etwas mit dem großen Versprechen, wir machen dieses große Volksfest in Bremen? Hat es noch Ähnlichkeit mit dem, was wir da erwarten? Ist es möglich, ein Erwartungsmanagement zu machen gegenüber diesen hunderttausenden Leuten, die von nah und fern kommen und ja nicht alle nur jeden Morgen Bremer Medien studieren? Kann das gelingen?

Ich bin ehrlich gesagt skeptisch. Ich finde, Sie spielen das jetzt einmal durch, das muss hart erarbeitet werden zwischen Wirtschaftsressort, den Kollegen, die für Pandemievermeidung zuständig sind, und den Schaustellern. Am Ende müssen Sie auf Ihre absehbaren Erwartungen schauen, was an den einzelnen Kassen stattfindet, was an den einzelnen Theken stattfindet, was an den einzelnen Ticketautomaten stattfindet, und dann müssen Sie sich fragen, ob sich das wirklich lohnt. In diesem Sinne glaube ich, da wird es dann schmerzhaft, und da wird es dann ernst. Die guten Absichten teilen wir alle. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Stahmann.

**Abgeordneter Stahmann (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Ich glaube, dass wir in der Pandemie jetzt ganz unterschiedliche Betroffenheiten von Betrieben, aber auch von Branchen haben. Sicherlich sind die Schausteller eine der Gruppen, die am meisten betroffen sind, weil sie praktisch seit der Osterwiese auf null gesetzt sind und wir keine Perspektive haben, jedenfalls keine Perspektive im Sinne von verlässlichen Zusagen, wann es weitergeht. Alle haben vorher auch gesagt, wir sind dazu nicht in der Lage, wir wissen nicht, wie die Pandemie sich entwickelt.

Wo wir uns einig sind – und ich glaube, da passt zwischen die Fraktionen auch kein Blatt –, das betrifft den Punkt, dass es dringend geboten ist, den

Schaustellern zu helfen. Ich glaube, dass der Antrag der CDU in der Hinsicht unzureichend ist. Heiko Strohmann, ich hätte da auch etwas mehr erwartet.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ich habe gar nichts damit zu tun!)

Ich will auch sagen, warum.

(Zurufe CDU)

Nicht erst schimpfen und dann beleidigt sein wie eben, jetzt gleich beleidigt sein, ist auch nicht schlecht!

Also, ich will noch einmal sagen, warum: Weil wir nicht nur über den Freimarkt reden! Zum einen habe ich große Zweifel, ob es der Stadt Bremen und den Schaustellern guttut, wenn wir so etwas wie einen Freimarkt light machen. Der Freimarkt ist eine Marke, der Freimarkt hat einen Ruf, und der Freimarkt ist überregional verwertbar. Wenn wir jetzt etwas machen, was wir Freimarkt nennen, was dann kleiner ist, dann, glaube ich, ist das für die Gesamtmarke Freimarkt und die Stadt Bremen nicht hilfreich.

Trotzdem ist es wichtig, dass wir den Schaustellern eine Verdienstmöglichkeit eröffnen. Ich muss einmal sagen, ich fand es etwas beschämend, dass ich in der Wirtschaftsdeputation noch einmal darum bitten musste, dass die Frage, ob ein Riesenrad jetzt auf dem Domshof aufgestellt werden kann oder nicht, geklärt wird. Ich glaube, dass wir an der Stelle schneller handeln, umfassender denken und uns nicht nur auf den Freimarkt begrenzen müssen. Auf den Freimarkt begrenzen heißt, es gibt andere Städte, die andere Konzepte haben. Dortmund und Duisburg haben ja so einen Freizeitpark eingegrenzt, der gerade den größeren Fahrgeschäften, die nirgendwo sonst in der Stadt sein können, noch einmal Verdienstmöglichkeiten gibt. Das wäre so etwas Ähnliches. Die Konzepte sind da ganz unterschiedlich. Auch darüber müsste man noch einmal nachdenken. Das heißt, es ist einerseits die Frage, wie das Hygienekonzept gemacht wird, wie es mit dem Einlass gemacht wird, was ist mit dem Eintritt, und was ist mit den Fahrgeschäften und den Kosten? Andererseits ist die Frage, wie man es realisieren kann und wie lange es dauert.

Was in dem Antrag der CDU vollkommen fehlt, wovon ich etwas überrascht bin, ist das Thema Weihnachtsmarkt. Das heißt, wenn wir über Unterstützung diskutieren, betrifft das nicht nur den

Freimarkt, sondern es geht um eine Konzeption, wie wir über die nächsten Wochen und Monate den Schaustellern helfen und wie wir auch langfristige Konzepte entwickeln können. Ein Mangel des Antrags der CDU ist, dass er vom Senat diese Konzepte unter den vielen Spiegelstrichen, die darunter sind, die ich teilweise auch teile, die auch richtig sind, verlangt. Er verlangt, dass der Senat das machen muss. Ich glaube, dass an dieser Stelle ein Zusammentreffen der Schausteller mit dem Ressort gefragt ist, sodass man kurzfristig ein Konzept entwickelt. Man kann – Robert Bücking hat es eben gesagt – ja nur schauen, was denn überhaupt Sinn macht. Was ist von den Schaustellern überhaupt leistbar, was ist sozusagen eine Verdienstmöglichkeit?

Dieser Freizeitpark in Dortmund hat erst einmal 1,6 Millionen Euro Investitionen gefordert. Ich weiß nicht und kann nicht beurteilen – der Senat wahrscheinlich auch nicht –, ob das möglich ist. Da brauchen wir die Kooperation mit den Schaustellern, und deswegen, glaube ich, muss man sich zu den inhaltlichen Fragen an einen Tisch setzen. Zu Punkt zwei sage ich gleich noch einmal etwas. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mein Kollege Volker Stahmann hat es gerade angesprochen, die Schaustellerinnen und Schausteller sind genau die Berufsgruppe, die momentan am stärksten von der Krise betroffen ist. Bundesweit sind unzählige Veranstaltungen und Märkte abgesagt worden. Das Geld, das sie dort nicht einnehmen konnten, werden sie auch später nicht wieder hereinholen können. Eine Achterbahn kann nun einmal nicht doppelt so viele Menschen befördern, wenn Corona vorbei ist. Deshalb brauchen Schausteller passgenaue Hilfen, die über die bisherigen Maßnahmen des Bundes hinausgehen.

Heute diskutieren wir den Bremer Freimarkt, eine wichtige Institution in Bremen und in ganz Norddeutschland, die im vergangenen Jahr an die zwei Millionen Gäste hierher nach Bremen gelockt hat. Das Wirtschaftsressort, die CDU und mich eint mit Sicherheit eines: Wir wollen gern eine Möglichkeit schaffen, um unter Coronabedingungen auch dieses Jahr die fünfte Jahreszeit oder ein alternatives Highlight in Bremen stattfinden zu lassen. Da das

Bremer Freimarktkonzept keinen Schwerpunkt auf Festzelte legt, haben wir auch bisher, anders als beim Oktoberfest, noch keine Absage vorgenommen, und das ist gut so, denn eines ist klar: Ein Freimarkt wird so, wie wir ihn kennen, in diesem Jahr nicht stattfinden, das haben meine Vorredner, glaube ich, auch schon deutlich ausgeführt. Das Wirtschaftsressort arbeitet, eng mit den Schaustellern abgestimmt, an Konzepten und Verfahren, um den diesjährigen Freimarkt oder eine vergleichbare Veranstaltung stattfinden lassen zu können. Vieles, was in dem Antrag steht und vorgeschlagen wird, spielt dabei natürlich eine Rolle und wird momentan vorbereitet.

Ich war vor Wochen schon mit meiner Familie im Heidepark Soltau zu Besuch. Dort laufen entsprechende Konzepte mit zeitlich gestaffelten Einlassfenstern, Einlassbegrenzungen, Personenbegrenzung in Fahrgeschäften, Hygienekonzepten, also: Möglich ist es! Insofern bin ich, ich sage einmal, leicht optimistischer als mein Kollege Bücking, um es einmal so auszudrücken, dass wir gemeinsam mit Schaustellerbetrieben, Wirtschaftsressort und uns als Politik hier in Bremen auch etwas auf der Bürgerweide umgesetzt bekommen. Welches Konzept aber dafür entwickelt wird und ob dies auch wirtschaftlich für die Betriebe lohnend ist, muss nun gemeinsam beraten werden, da bin ich bei Robert Bücking. Hier sind in erster Linie auch die Schaustellerinnen und Schausteller gefragt, um zu sagen, was die Konzepte sind, mit denen sich das auch entsprechend wirtschaftlich darstellen lässt.

Natürlich kann und wird es auch finanzielle Hilfen und Unterstützung der öffentlichen Hand geben. Dafür steht, denke ich, hier auch die Regierung mit zur Seite, und auch das Instrument des Bremer Fonds ist dafür meiner Meinung nach eine Möglichkeit. Insofern laufen im Ressort mit den Abstimmungen mit den Schaustellerverbänden genau die notwendigen Abstimmungsprozesse, um es zu einer gemeinsam getragenen Entscheidung bringen zu können, ob und wie ein Volksfest auf der Bürgerweide unter Coronabedingungen möglich ist.

Ich komme noch einmal zu dem Antrag, zu dem sich auch die Meinungen unterscheiden. All diese Gespräche und die Klärung laufen doch bereits, dafür brauchten wir jetzt den Antrag der CDU nicht. Deswegen war ja von Anfang an auch die Position des Ressorts, nicht von einer vorzeitigen Absage des Bremer Freimarkts auszugehen, sondern zu schauen, wie die Entwicklung ist und was möglich ist. Das passiert momentan, und deswegen

werden wir den Antrag der CDU an der Stelle auch ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über diesen Antrag der CDU mit dem Titel „Dem Freimarkt eine Chance geben – Durchführungsbedingungen frühzeitig und transparent planen!“. Ich glaube, was die Institution Freimarkt angeht, sind wir alle der Meinung, dass der Freimarkt eine Bremer Tradition ist, er ist eine schöne Tradition, er ist im Übrigen auch – und das wird oft vergessen – eine Tradition nicht nur für die Bremerinnen und Bremer, sondern auch für die Menschen aus dem direkten und indirekten Bremer Umland. Der Bremer Freimarkt ist für die Menschen in ganz Norddeutschland attraktiv, er ist beliebt, und die Menschen kommen nach Bremen, um mit uns diesen Freimarkt hier zu feiern.

Der Freimarkt wird so, wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten kennengelernt haben, im Jahr 2020 allerdings nicht stattfinden. Der Grund dafür ist die Coronakrise, und ich persönlich halte es für sinnvoll, an erster Stelle vorsichtig zu agieren. Insbesondere bei einem Volksfest, bei dem sich tausende Menschen dicht an dicht gedrängt über die Bürgerweide bewegen, sollten wir im Interesse aller, aber natürlich auch insbesondere im Interesse des Gesundheitsschutzes und der Risikogruppen auf die bisher gewohnte Form der Durchführung verzichten, so sehr es auch wehtut.

Die Frage ist allerdings, was wir jetzt tun, ob wir jetzt mit den Schultern zucken und gleichgültig feststellen, das wird so nichts, oder ob wir die Spielräume nutzen, die wir ja haben, ob wir mit den Schaustellern ins Gespräch gehen und gemeinsam Lösungen finden, wie der Freimarkt 2020 vielleicht doch stattfinden kann, sicherlich mit anderen Rahmenbedingungen, mit klaren Regeln, vielleicht mit einem Einlassstopp – die CDU hat dort verschiedene Ideen aufgetan –, aber so, dass er zumindest stattfinden kann und auch so, dass die Menschen, die diesen Freimarkt besuchen, bestmöglich geschützt werden. Das sollten wir im Interesse der Bremerinnen und Bremer machen, das sollten wir im Interesse der Besucher aus dem Umland machen, aber insbesondere auch im Interesse der Schaustellerinnen und Schausteller, die dieses

Jahr, glaube ich, wirklich genug gelitten haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Wir wünschen uns sehr, dass sich an dieser Stelle nicht wieder diese Bräsigkeit in der Bremer Politik durchsetzt. Natürlich – und das haben Vorredner gesagt – stellt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit, aber das ist ja etwas, was die Schausteller für sich beantworten müssen und nicht wir für die Schausteller. Dafür sind sie Unternehmer, und das können sie, glaube ich, ganz gut für sich beantworten. Wir können schauen, dass wir den Rahmen schaffen.

Ich höre jetzt, dass die Koalition aus SPD, Grünen und der LINKEN diesem Antrag nicht zustimmen will. Wir haben für uns entschieden, wir finden, das ist ein wichtiger und richtiger Aufschlag, und wir finden es sinnvoll, dass jetzt einmal entschieden und auch entschlossen gehandelt wird. Unsere Unterstützung, liebe CDU, für diesen Antrag haben Sie umfassend. – Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Meyer-Heder.

**Abgeordneter Meyer-Heder (CDU):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon einmal erfreulich zu hören, dass alle den Freimarkt gut finden, und ich folge auch meinem Vorredner, Herrn Bücking, der fragt: Wie wird das eigentlich, und wissen wir es so genau? Auch ich bin da ein bisschen skeptisch, um ganz offen zu sein, aber ich finde, genau darum geht es. Es mag Sie nicht wundern, dass wir Rot-Rot-Grün für nicht besonders kreativ und mutig halten, also haben wir gesagt, dann bringen wir lieber noch einen Antrag auf den Weg, damit das nicht so versandet, und wenn ich dem Bürgermeister richtig zugehört habe, hat er, glaube ich, gesagt, wir müssen auch einmal Dinge ausprobieren. Ich glaube, das müssen wir machen – so richtig weiß es am Ende keiner –, wir müssen es ausprobieren und dann, wenn wir die Erfahrungen gesammelt haben, diskutieren wir gern auch darüber, wie wir das dann mit den Weihnachtsmärkten machen, aber ich finde, das wäre jetzt an dieser Stelle zu früh, deswegen haben wir das nur einmal für den Freimarkt beantragt.

(Beifall CDU)

Ja, was brauchen wir? Ein paar Dinge fallen mir noch ein, vielleicht kann ich dann manche Skepsis noch ein bisschen ausräumen. Also, was brauchen wir? Es gibt Ticketingsysteme am Markt, die können vieles von dem, was wir brauchen, um eine Einlasskontrolle zu gewährleisten. Die gibt es schon, das müssen wir sicherstellen, die muss man vielleicht ein bisschen anpassen, aber da kenne ich persönlich sehr viele Lösungen, die da infrage kämen.

Die Besucherinnen und Besucher müssen sich auschecken, das ist das Problem, wenn man nicht orten will – und ich glaube, es wäre jetzt ein schlechter Plan zu sagen, wir müssen alle die Ortung einschalten –, also wie bekommen wir es hin, dass sich die Besucherinnen und Besucher tatsächlich auch auschecken, damit wir wissen, wie viele Leute gleichzeitig auf dem Markt sind? Da kann man sich vorstellen, dass man vielleicht immer wenn man bei einem Fahrgeschäft ist oder wenn man sagt, ich will hier eine Zuckerwatte kaufen, einmal kurz seine Genehmigung zeigt, ob man überhaupt noch da sein darf, oder vielleicht macht man es mit Stichproben. Darüber müssen wir noch einmal konkret nachdenken, aber das ist sicher etwas, was wir gewährleisten müssen.

Aber noch einmal, das ist mir wichtig: An einer technologischen Umsetzung wird es nicht scheitern, also daran wird es nicht liegen, wenn wir den Freimarkt nicht machen, sondern da gibt es Möglichkeiten, und die sollten wir einfach nutzen. Wir würden dann mit diesem System Namen erfassen, die Mailadresse, natürlich alles datenschutzkonform, vielleicht können wir sogar – das habe ich vorher jetzt noch nicht klären können – die Schnittstelle der bundesweiten Corona-App anzapfen und mit in so ein System integrieren. Wie gesagt, technisch gibt es da viele Möglichkeiten.

Was brauchen wir noch? Wir brauchen ein Raumkonzept, und da sind natürlich die Schausteller gefragt. Wie machen wir das mit den Laufwegen? Wie machen wir das mit den Abständen? Wie können wir an den Buden Kontaktregeln einhalten? Dazu müssen natürlich die Schausteller selbst, und das wird sehr speziell sein, für jedes Fahrgeschäft oder für jedes Angebot Hygienekonzepte haben, aber ich glaube, auch diese liegen bei ihnen im Augenblick auch schon überall im Schrank, das sollte auch an der Stelle kein Problem sein.

Die Frage stellt sich dann noch, welche Betriebe wir zulassen wollen. Ich sehe jetzt auch nicht – das ist ja auch schon gesagt worden – die Halle 7 und

auch nicht die ganzen Festzelte, auch nur sehr eingeschränkt, aber vielleicht können wir einen Biergartenbereich im Freien einrichten, denn das Wetter wird schön, das hat man mir schon zugeflüstert, also ist das vielleicht eine Option.

Alkoholausschank ist natürlich auch ein Thema. Wie wollen wir das handhaben? Wie lange wollen wir Alkohol ausschenken? Wollen wir das irgendwie begrenzen? Ich denke aber, auch da gibt es Möglichkeiten zu sagen, Ausuferungen, wie wir sie jetzt an manchen Bremer Spieltagen erlebt haben, können wir sicher verhindern, wenn wir vielleicht das Trinken von Alkohol ein bisschen reduzieren.

Drittens möchte ich noch einmal die Situation der Schausteller in den Blick nehmen. Die Osterwiese war weg, das war auch klar, die mussten wir absagen, denn das war ganz frisch, wir hatten keine Zeit, kein Mensch wusste von Corona und davon, was dieses Virus wirklich macht. Da sind wir heute deutlich schlauer, und ich finde, mit dem Wissen, das wir jetzt haben, und mit der Zeit, die wir jetzt noch haben, müssen wir doch in der Lage sein, bis Mitte Oktober die Fragen zu klären, die ich eben schon aufgeworfen habe: Wie machen wir das mit dem ÖPNV, wie machen wir das mit der Reinigung, Sanitäranlagen? Das ist ja alles kein Hexenwerk.

Natürlich brauchen wir dann eine Informationskampagne, das ist auch schon gesagt worden, damit die Leute dann nicht zum Freimarkt stürmen und hinterher enttäuscht sind, weil der Freimarkt eben anders ist als sonst. Die Zeit haben wir, und wir sollten sie nutzen, mit Kreativität, mit Mut, weil ich glaube, wir müssen diese Umsatzmöglichkeiten schaffen, und – das ist aber eben auch schon gesagt worden – natürlich müssen die Schausteller selbst entscheiden, unter welchen Bedingungen es für sie wirtschaftlich Sinn macht, zum Beispiel eine Achterbahn aufzubauen oder nicht. Das kann ich nicht entscheiden.

Staatliche Hilfen sind das eine, da sind wir auch schon dabei, also da ist der Bund dabei, da ist auch der Bremen-Fonds dabei, aber es ist doch eigentlich schöner – und ich glaube, da stimmen wir auch alle überein –, wenn wir irgendwie allen Playern hier in diesem wirtschaftlichen Kreislauf wieder ermöglichen würden, selbst mitzuspielen und nicht darauf zu warten, dass der Staat irgendetwas überweist. Ich glaube, deswegen ist das noch einmal ein Argument: Bitte unterstützen Sie den Antrag! Lassen Sie uns gemeinsam nachdenken – wir, die CDU, arbeiten gern mit, wenn wir uns kreativ einbringen können –, lasst uns auch in diesem Jahr die

fünfte Jahreszeit feiern! Dafür unterstützen Sie bitte meinen Antrag! – Danke!

(Beifall CDU)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Stahmann.

**Abgeordneter Stahmann (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD-Fraktion, werden den Antrag nicht unterstützen. Wenn ich Herrn Meyer-Heder eben gut zugehört habe, dann geht es sozusagen darum, dass das Wetter im Oktober gut ist und wir ein paar technische Probleme haben. Ich glaube, es geht darüber weit hinaus, und ich sage noch einmal, die Diskussion um einen Freimarkt greift zu kurz! Die Frage ist, wie wir die Schausteller unterstützen können, und wir haben vor einem Jahr, liebe Abgeordnete der CDU, eine sehr große Debatte darüber geführt, dass die Genehmigungen für den Weihnachtsmarkt viel zu spät kamen, weil der Weihnachtsmarkt einen längeren Vorlauf hat, weil er mit Kreativen und Künstlern und allem, was es da gibt, nicht von heute auf morgen gemacht werden kann.

Es muss eine Unterstützung für die Schausteller geben, die aber in einem Konzept steht, in dem man sagt, was wir mit dem Freimarkt machen. Was passiert, wenn er nicht stattfinden kann? Wollen wir den Freimarkt so, wie er ist, oder wollen wir da sozusagen einen Freizeitpark für einige Wochen aufbauen? All das muss man einmal durchdiskutieren, und zwar mit den Schaustellern, und sie müssen sagen, was da geht und was nicht. Es geht nicht um die Frage, dass der Senat entscheidet, welches Karussell dort stehen soll und welches nicht, sondern es ist eine Konzeption, in der die Behörde, der Senat und wir als Parlament Unterstützung geben können.

Wir können aber nur Rahmenbedingungen festlegen, und die Schausteller müssen sagen, was wir machen sollen, und dazu gehören kleine Geschäfte, Essengeschäfte in der Innenstadt, wie wir sie jetzt zum Teil haben. Geht da noch mehr? Macht das Sinn? Kann man das in den Stadtteilen machen? Diese Fragen muss man diskutieren, und zwar mit den Behörden, mit dem Ordnungsamt, mit den anderen Marktbeschickern, die es gibt, denn es gibt auch Konkurrenzverhalten. Das muss man sich alles anschauen, und zwar mit den Schaustellern, und das macht nur Sinn, wenn man das ganzheitlich denkt und ganzheitlich diskutiert, und wir sind dabei. Ich selbst habe in den letzten Wochen

mit beiden Verbänden gesprochen, wir kümmern uns darum.

Dieser Antrag, in dem dann steht, ich zitiere, „es soll der Fortbestand der Schausteller gesichert sein“, was heißt denn das? Wir können ja finanziell aus dem Coronafonds nur unterstützen. Wir können über Standgebühren reden und über alles Mögliche, aber wir können doch nicht den Fortbestand von Schaustellergeschäften in diesem Antrag garantieren, und deswegen lehnen wir ihn ab. – Danke!

(Beifall SPD)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal darauf eingehen, warum auch wir meinen, dass wir dem Antrag nicht zustimmen können: Wir glauben, es sind jetzt einfach so viele Vorfestlegungen in dem Antrag getroffen worden, die so noch gar nicht stehen und so auch noch gar nicht in der Diskussion mit den Schaustellern in der Konzeption eigentlich schon zu treffen sind.

Zu der Marke Freimarkt hat mein Kollege Volker Stahmann etwas gesagt, ich habe dazu eine andere Haltung. Ich persönlich sage ganz ehrlich, wenn sich auf dem Freimarkt Karussells drehen, ich Mandelgeruch und den Geruch von Schmalzkuchen in der Nase habe, von Geschäften, dann ist für mich Freimarkt. Dann ist für mich dieses Gefühl als solches da, das mir wichtig ist. Ich würde das auch gern so leben und auch gern so sehen. Wenn das von den Betreibern, von der Behörde und anderen anders gesehen wird, dann muss man es eben anders machen, aber das muss einfach auch gemeinsam mit den Schaustellern besprochen werden, und es muss gesagt werden, was der richtige Weg für uns hier in Bremen, für unseren Standort und für die Zukunft ist.

Ich habe es vorhin schon gesagt, aus meiner eigenen Erfahrung vom Heide-Park, von dem, was passiert, wenn Fahrgeschäfte betrieben werden, ich glaube, das ist auch unter Coronabedingungen alles technisch machbar, das ist alles schon gesagt worden. Bei Gastronomie im Innenbereich haben wir an gewissen Stellen alle Bauchschmerzen, allerdings wissen wir auch aus den Erfahrungen, die Restaurants und andere momentan haben, da gibt

es Regelungen für Gastronomiebereiche, das kann man auch regeln.

Wenn sich an vielen Essensständen Menschen um kleine Buden drängen, dann ist das ein Problem, da muss man irgendwie auch Lösungen, Kreativität und Ähnliches entwickeln, um dem zu begegnen. Genau das ist jetzt aber einfach auch die Aufgabe, da gemeinsam zu sagen, was ein Konzept sein kann, das hier trägt, das den Kolleginnen und Kollegen entsprechend hilft und natürlich auch uns, der Stadt und auch den Bürgerinnen und Bürgern hier in der Stadt, denn natürlich ist das eine große und wichtige Institution, die wir hier im Grunde ja auch stärken wollen und nichts machen wollen, das uns hier schädigt, sondern eher, wenn es stattfindet, auch wirklich ein Aufbruchssignal für Bremen ist. Das würde ich mir wünschen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kann man die Frage stellen, wenn wir jetzt über den Freimarkt im Herbst dieses Jahres nachdenken, dann müssen wir auch über den Weihnachtsmarkt nachdenken, und dann kann man natürlich auch die Frage stellen, na ja, wenn wir über den Weihnachtsmarkt nachdenken, was ist eigentlich mit der Osterwiese, und was ist mit dem Freimarkt im nächsten Jahr? Das ist meines Erachtens Whataboutismus. Wir müssen doch jetzt erst einmal die Probleme lösen, die wir vor der Tür haben, da, wo wir wirklich etwas tun können. Wie die Dinge sich in den nächsten sechs oder zwölf oder 18 Monaten entwickeln, das wissen wir nicht.

Natürlich kann ich die Einwände nachvollziehen, dass es wichtig ist, Entscheidungen nicht über die Köpfe der Schaustellerinnen und Schausteller hinweg zu treffen, aber wenn Sie sich den Antrag einmal genau anschauen, dann steht dort, ich zitiere, „bis Mitte August 2020 ein mit allen beteiligten Akteuren abgestimmtes Konzept zur Durchführung des Freimarkts vorzulegen“ und so weiter, und unter Ziffer 1 c steht „gemeinsame Erarbeitung eines Hygienekonzepts mit den Schaustellerbetrieben für unterschiedliche Betriebsarten“. Darin ist ja genau diese Einwendung, dieses Zusammensetzen, das gemeinsame Besprechen der Thematik abgebildet, also diese Kritik funktioniert nicht, genau das sieht ja der Antrag vor.

Wir können natürlich jetzt auch darüber hinaus noch ewig weiter runde Tische ansetzen, aber wir wissen doch aus der Vergangenheit, wie lange sich so etwas hinzieht, und das wird für den Freimarkt 2020 sicherlich keine Lösung mehr bieten, dafür fehlt uns die Zeit.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wichtig ist doch jetzt, etwas zu tun, Angebote zu machen und dafür zu sorgen, dass die Schaustellerinnen und Schausteller im Jahr 2020 den Freimarkt durchführen können und zumindest ein kleines bisschen von dem, was ihnen in diesem Jahr verloren gegangen ist, wieder hereinholen und für die Bremerinnen und Bremer auch ein kleines Stück Normalität zurück in diese Stadt bringen können. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Vogt.

**Senatorin Vogt:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, liebe Schaustellerinnen und Schausteller! Ich finde es ja total klasse, wie leidenschaftlich hier über den Freimarkt diskutiert wird, aber ich hoffe auch, dass sich die Leute hier, wenn es so weit kommt und wir ein Konzept haben, von dem die Schausteller sagen, damit können wir leben, und das ist wirtschaftlich, dann nicht alle zurückziehen.

Ich möchte nämlich einmal eines sagen: Ich habe um die Osterwiese bis zum letzten Atemzug gekämpft, und ich glaube, hätte ich sie damals durchgesetzt, hätten mich von dieser Seite hier bis dahin alle verprügelt, verhauen und gesteinigt, und zu dem Zeitpunkt wahrscheinlich auch zu Recht. Wir führen aber ja auch noch andere Debatten, und ich kann sagen, es ist kein Vergnügen, wenn ich bei „buten un binnen“ im Studio war und gesagt habe, wir können den Einzelhandel wieder öffnen oder die Gastronomie oder die Hotels, und ich mache danach mein Handy an und den Flugmodus wieder aus und bekomme 50 WhatsApp-Nachrichten: „Sie wollen uns alle sterben lassen!“

Deshalb, ich finde, dieser Antrag führt zu einer wichtigen Debatte hier in dieser Bürgerschaft, die sehr leidenschaftlich geführt wird, und das finde ich natürlich großartig, denn ich bin ein bekennender Fan von Volksfesten. Das mussten die Mitbewohner meiner WG in den Achtzigerjahren erleben, als ich in Aurich plötzlich Polonaise zum

„Pferd auf dem Flur“ tanzte und sie etwas verduzt waren, und es war mir wirklich eine sehr große Ehre, als Senatorin im letzten Jahr den Freimarkt mit dem Bierfassanstich eröffnen zu dürfen. Das hat mir viel bedeutet, und ich würde auch jede Minute dafür kämpfen, und ich kämpfe auch dafür, dass wir auch in diesem Jahr einen Freimarkt unter anderen Bedingungen durchsetzen können, und dass der Freimarkt ein anderer sein wird, ist hier schon hinlänglich gesagt worden.

Natürlich haben es die Schausteller, wie übrigens die gesamte Veranstaltungsbranche, am aller-schwersten. Sie unterliegen seit März einem kompletten Ausübungsverbot ihres Gewerbes und haben null Umsätze, und die Hilfsprogramme sind auch nicht immer zielführend, auch für Schausteller nicht. Wir konnten es auch heute wieder im „Weser-Kurier“ lesen, dass es ihnen auch nicht hilft, auf die Grundsicherung zu verweisen. Wir haben in der letzten Wirtschaftsministerkonferenz auch noch einmal ganz klar gesagt, natürlich brauchen wir mehr als die Überbrückungshilfen bis zum August, weil die Veranstaltungsbranche – von den großen Konzertagenturen oder Eventagenturen bis hin zu den Schaustellern – nun einmal keine Umsätze hat, und sie wird sie auch in der Form nicht im Herbst und auch nicht im Winter haben.

Es ist auch eigentlich völlig klar, dass wir ein Überbrückungshilfeprogramm brauchen, das ein bisschen passgenauer und zielgerichteter für einzelne Branchen ist, und die Veranstaltungsbranche ist die, die es tatsächlich benötigt. Ich habe da den Vorschlag gemacht, dass wir eine Fehlbedarfsfinanzierung haben, um überhaupt wieder zu beginnen. Das würde nämlich auch den Schaustellern zugutekommen, wenn wir einen Freimarkt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchführen müssen, der nicht ganz so einfach ist, aber ob wir da durchdringen oder ob ich da durchdringe, weiß ich nicht. So viel dazu!

Jetzt komme ich aber zu dem Antrag im Konkreten und zu dem, was hier dann auch von Einzelnen gesagt worden ist: Ja, die Durchführung eines reduzierten Freimarkts und auch eines Weihnachtsmarktes würde den Schaustellern nicht in Gänze helfen, die Umsatzverluste waren zu groß, aber sie könnten einen Teil kompensieren, und sie würden auch ein Stück Normalität bringen, denn die Menschen wollen Normalität. Das merken wir ja, wenn sich Dinge so ereignen wie nach Spielen von Werder Bremen oder wenn man am Samstag an der Schlachte oder am Wochenende am Osterdeich vorbeifährt.

Trotzdem ist es so, dass wir ein Konzept brauchen, das Abstand gewährleistet, das Hygieneschutzmaßnahmen und die Nachverfolgung gewährleistet, und da, liebe Abgeordnete der CDU, ist es tatsächlich so, dass wir schon seit Langem mit den Schaustellern im Gespräch sind. Natürlich reden wir über eine App, Herr Meyer-Heder – das ist das Einfachste, wenn man die Kontaktnachverfolgung sicherstellen will –, und natürlich wird es nicht an finanzieller Unterstützung durch den Senat mangeln, wenn wir so etwas haben. Das kann man alles entwickeln, und da gibt es auch Möglichkeiten, das ist hier ja auch schon gesagt worden, Bremen-Fonds et cetera, das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass der Antrag der CDU besagt, dass der Senat ein Konzept erstellen und auch noch die Wirtschaftlichkeit im Grunde feststellen soll, und das geht so nicht.

Die Schausteller wissen nämlich relativ gut, wann und unter welchen Bedingungen die Durchführung eines Freimarkts für sie überhaupt möglich wäre, durchsetzbar, durchführbar auch für Fahrgeschäfte im Übrigen, und sie wissen auch am besten, wann es für sie wirtschaftlich ist oder nicht. Es ist nämlich durchaus so – die Beispiele sind gegeben –, dass wir im Moment in unterschiedlichen Städten erleben, dass so eine Art Jahrmarkt light in Form von Freizeitparks ermöglicht wird, aber sie laufen eben nicht gut, und das liegt daran, dass die Menschen Angst haben, sie zu besuchen. Genau diese Abwägung müssen wir gemeinsam mit den Schaustellern treffen, und das ist nicht Aufgabe des Senats, denn wir können nicht sagen, macht doch den Freimarkt unter diesen Bedingungen, und wir lassen ihn zu, und die Schausteller sagen mir dann, nein, das lohnt sich aber nicht, denn da stehen der Aufbau und die Kosten, die wir auch für Personal vorhalten müssen, in keinem Aufwand zu den Erträgen.

Diese Debatte müssen wir genau beobachten: Wie entwickelt sich das über den Sommer? Sachsen-Anhalt hat jetzt wieder Volksfeste zugelassen, wie läuft es da? Wie entwickelt sich das in den sogenannten Freizeitparks, übrigens auch, wie entwickelt sich das in Bremen? Wir haben ja auch sehr früh gesagt, wir wollen Schaustellern die Möglichkeit geben, in der Innenstadt und an anderen Plätzen Stände aufzubauen und nach vielem Hin und Her endlich auch das Riesenrad. Ich war nämlich gerade in der letzten Woche mit den Schaustellern im Gespräch, als mich die Nachricht ereilte, dass da dann Immobilien Bremen baut und wir das Rad wieder abbauen müssen. Das hat sich jetzt zum Glück alles zum Guten erledigt, aber auch das ist ja immer mit Diskussionen verbunden, und das war

auch völlig klar, denn als wir gesagt haben, die Schausteller können ihre Würstchenbuden und die Stände für die gebrannten Mandeln et cetera in der Innenstadt aufbauen, kamen natürlich die Gastronomen und haben gesagt, wir hatten aber auch keine Umsätze. Das ist nämlich alles nicht so einfach.

Deswegen finde ich es auch nicht richtig, dass der Senat ein Konzept überstülpen soll, sondern es ist genau so richtig, wie wir das mit dem Ressort und zusammen mit den beiden Verbänden und der Arbeitsgemeinschaft machen: Wir entwickeln das gemeinsam, aber die Wirtschaftlichkeitsprüfung müssen die Schausteller vornehmen, denn die können wir ihnen nicht aufzwingen.

Natürlich haben wir, anders, als es hier angeklungen ist, dafür Zeit. Mit den Schaustellern haben wir schon im Mai vereinbart, die Zulassungsverfahren laufen unter Vorbehalt. Übrigens laufen auch die Zulassungsverfahren für den Weihnachtsmarkt unter Vorbehalt, denn auch den wollen wir natürlich ermöglichen, wenn es denn unter den Pandemiebedingungen gelingt. Das heißt, es gibt dann die Bescheide und die Zulassungen unter dem Vorbehalt, dass er pandemiebedingt stattfinden kann, aber es ist durchaus auch so, dass ja vielleicht in den nächsten eineinhalb oder zwei Monaten noch einige Entwicklungen dazukommen, nach denen die Schausteller dann vielleicht Ende August oder Anfang September sagen, jetzt würde sich das lohnen, aber jetzt, im August, können wir das vielleicht noch gar nicht abschätzen.

Deswegen ist der Antrag auch nicht richtig: Wir brauchen nicht Klarheit bis Mitte August. Das ist mit den Schaustellern so besprochen, sie haben gesagt, wenn wir die Zulassung haben, wir sind mit den Planungen so, dass wir auch noch Mitte bis Ende September ein Go oder nicht Nicht-Go bekommen könnten, Hauptsache, wir haben eine Möglichkeit, die aktuelle Entwicklung immer abzuschätzen. Das nehme ich als Senatorin ernst, und dann sage ich nicht, bis Mitte August muss entschieden sein.

(Beifall DIE LINKE)

Das andere ist, ich führe natürlich auch Gespräche mit meinen Kollegen in Hamburg, denn der Hamburger Dom ist auch nicht abgesagt, und zwar aus den gleichen Gründen, die ich hier eben vorgetragen habe, weil wir es ermöglichen wollen, und auch da sind die beiden Arbeitsebenen im Gespräch, damit wir möglichst auch Konzepte haben,

die man vergleichen kann. Man kann ja auch manchmal voneinander lernen. Auch da gibt es ja rührige und aktive Schausteller, die ihre eigenen Vorstellungen einbringen, und es ist auch relativ wichtig, dass wir da im Gespräch bleiben, denn Hamburg und Bremen sind im Moment die Bundesländer, die die Großveranstaltungen beziehungsweise den Dom und den Freimarkt noch nicht abgesagt haben.

Dann noch eine Sache, und das habe ich ganz am Anfang gesagt: Es fehlt mir nicht am politischen Willen und den Schaustellern nicht an dem Willen, einen Freimarkt durchzuführen, wenn er nicht von vornherein ein reines Minusgeschäft werden würde, aber wir versuchen ja, genau das zu verhindern. Wenn wir in der Diskussion sind, dass wir ein Konzept haben, dass wir die App haben, dass wir das alles sicherstellen können, und das Gesundheitsamt sagt, ja, das ist eine gute Sache, dann erwarte ich – und so viel zu meinem Angang! – auch von Ihnen die breite politische Unterstützung, von dieser Seite des Hauses bis zu jener. Das meine ich nämlich damit, Anträge zu schreiben oder zu reden ist schön und gut, ich meine, ich weiß, dass Sie das ernst meinen, Herr Meyer-Heder, aber am Ende des Tages braucht man für solche Dinge dann auch einen breiten politischen Konsens, denn ansonsten wird es schwierig. Da hoffe ich, dass ich dann, wenn wir so weit sind, dass wir das entscheiden können und auch die Schausteller sagen, ja, unter diesen Bedingungen würde es laufen, wir wollen den Freimarkt durchführen, auch genau die gleiche Begeisterung und Unterstützung dafür erlebe, wenn ich diesen Antritt dann im Senat mache. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer [20/263\\_S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AFD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Zustand und Barrierefreiheit der Bremer Gehwege, Fußgängerbrücken und Unterführungen – Zweiter Versuch**

**Große Anfrage der Fraktion der FDP**

**vom 11. März 2020**

**(Drucksache [20/143 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020**

**(Drucksache [20/269 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer und ich unterschiedliche Einstellungen und Wahrnehmungen zum Thema Innenstadtentwicklung hatten, wird es jetzt, glaube ich, wieder etwas einvernehmlicher.

Wir haben im Oktober 2019 als Fraktion der FDP eine Anfrage zum Zustand der Barrierefreiheit der Gehwege gestellt. Hintergrund dieser Anfrage war, dass wir hier im Parlament relativ viel über die Themen Auto und Fahrrad debattieren, die häufigste Fortbewegungsart in Bremen allerdings weiterhin der Weg zu Fuß ist. Darüber hinaus sind intakte Gehwege natürlich auch relevant für Familien mit Kinderwagen, für ältere Menschen mit Rollator und natürlich für Menschen im Rollstuhl. Über all diese Themen wird hier zu selten gesprochen, und unser Eindruck war und ist, dass die Gehwege in Bremen nicht in dem guten Zustand sind, wie wir ihn eigentlich bräuchten. Hierzu wollten wir gern Daten haben.

Nach einer Fristverlängerung kam Anfang Januar dann die Antwort, dass die Gehwege zwar regelmäßig geprüft werden und man der Meinung sei, dass die Gehwege wohl in ganz gutem Zustand sind, es wurde allerdings auch mit relativ vielen Allgemeinplätzen geantwortet, und einige Fragen wurden gar nicht beantwortet. Bei einem weiteren

Nachfassen drängte sich uns dann der Eindruck auf, dass es wahrscheinlich an Daten mangelt, die überhaupt ausgewertet werden können, und der Senat deswegen in seinen Antworten relativ vage bleibt. Das war uns für dieses doch für Bremen relativ wichtige Thema zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Rahmen einer Großen Anfrage haben wir es dann genauer wissen wollen und als Ergebnis dann einen Überblick über den Zustand der Geh- und Radwegebrücken erhalten, allerdings nicht, wie gefordert, unterteilt nach Stadtteilen.

Zu den Gehwegen, um die es ja in unserer Anfrage ursprünglich eigentlich ging, haben wir die Aussage erhalten, dass ein Großteil der Gehwege verkehrssicher ist. Interessant ist das Eingeständnis, dass trotz Begehungen im Abstand von wenigen Wochen keine detailliertere Aufstellung der Gehwege vorgenommen wird als letztendlich in die Kategorien „verkehrstauglich“ oder „nicht mehr verkehrstauglich“ und dann gegebenenfalls Aufträge zur Instandsetzung vergeben werden. Eine weitere Differenzierung nach verschiedenen Merkmalen, eine Planbarkeit von notwendigen Sanierungsmaßnahmen oder auch eine Unterscheidung nach Stadtteilen wird aktuell in dem Umfang, den wir angefragt haben, nicht vorgenommen.

Dem Anliegen, in Bremen intakte Gehwege und auch insbesondere einen verlässlichen Überblick über den Zustand und auch über anstehende Sanierungen und Planbarkeit, insbesondere auch Planbarkeit im Hinblick auf das Wissen zu haben, wann etwas an der Reihe ist und saniert werden muss, würde es jetzt nicht helfen, wenn wir dieses Eingeständnis, das wir bekommen haben, zur politischen Kritik nutzen. Deswegen fordern wir Sie vielmehr auf, diese Erkenntnis, die wir ja nun gemeinsam gewonnen haben, dafür zu nutzen, dass wir in den kommenden Jahren einen besseren Überblick über den Zustand und übrigens auch über die anstehenden Sanierungsnotwendigkeiten bekommen, damit wir alle gemeinsam einen stärkeren Fokus auf das Thema intakte Gehwege legen und auch einen besseren Überblick darüber bekommen, wo wir eigentlich aktiv werden müssen. Das ist nicht nur für die Bremerinnen und Bremer, die zu Fuß unterwegs sind, sondern auch für Rollstuhlfahrer und ältere Menschen ein wichtiges Thema.

(Beifall FDP)

Das ist unser Anliegen, und dafür werben wir nach wie vor um Unterstützung. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schäck, uns beide und wahrscheinlich noch einige mehr in diesem Hause eint die Meinung, dass das Zufußgehen die natürlichste Verkehrsart ist, die wir, auch wenn wir hier miteinander im Raum sind, alle pflegen, und dass wir uns mehr darum kümmern müssen. Es ist daher auch ein ehrenwertes Anliegen, dass Sie versucht haben, dazu nachzufragen.

Ich hätte mir vielleicht auch eine gewisse Detailtiefe gewünscht, die etwas weiter gegangen wäre, finde aber, dass in den Antworten auch deutlich geworden ist, dass ständig Leute vor Ort, in den Stadtteilen, unterwegs sind, die sich die Fußwege ansehen, weil es um Verkehrssicherheit geht. Also, wenn die Absätze im Fußweg über drei Zentimeter herausragen, dann muss man tätig werden, weil es ansonsten Gerichtsverfahren und Ähnliches geben kann. Aus dem Grund hat das Ressort natürlich ein Interesse daran, dass so etwas nicht passiert, und es kümmert sich darum, aber wie gesagt, vielleicht könnte man dabei etwas mehr Detailtiefe erreichen. Man muss sehen, ob sie überhaupt mit einem verhältnismäßigen Aufwand hergestellt werden kann.

Dass der Fußverkehr aber den Fraktionen hier in der Bremischen Bürgerschaft gleichgültig ist, kann man nun nicht sagen. Sie sind ja jetzt auch im Beirat zum Verkehrsentwicklungsplan, und die anderen Fraktionen sind es schon seit 2014. Sie werden wissen, was wir da verabschiedet haben. Sie werden gelesen haben, dass es eben eine vierte Säule, eine vierte Verkehrsart gibt, die gleichwertig zu anderen Verkehrsarten ist, das ist eben der Fußverkehr, und dazu ist dann auch eine ganze Menge aufgeschrieben worden.

Wir wissen, dass manches, was darin steht, nicht umgesetzt werden konnte, aber die barrierefreie Gestaltung von Kreuzungen ist zum Beispiel ein ganz eigenes Programm gewesen, da ist sehr viel passiert, das können Sie an vielen Kreuzungen sehen. Auch mit dem Programm zur barrierefreien Umgestaltung von Haltestellen haben wir miteinander sehr viel erreicht. Sie werden auch sehen, wenn Sie in die Stadt gehen, am Osterdeich oder in Findorff gibt es neue Querungshilfen, es gibt sehr

viele neue Querungshilfen in dieser Stadt, und das nützt natürlich dem Fußverkehr.

Ich persönlich würde mir mehr Zebrastreifen wünschen. Es war einer meiner ersten Anträge hier in der Bürgerschaft, Klaus-Rainer Rupp hat, auch wenn er jetzt nicht richtig zuhört, eine wunderbare Rede zur Renaissance der Zebrastreifen gehalten, aber es sind nicht so besonders viele Zebrastreifen in dieser Stadt hinzugekommen. Mein Anliegen ist immer noch, dass es mehr werden müssen, und aus dem Grund sollte es auch das Ressort nach Möglichkeit unterstützen, dass wir dann auch mehr Zebrastreifen in dieser Stadt bekommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind ja jetzt auch in der Woche der Haushaltsberatungen. Wenn das Parlament es so beschließt, wie es eingebracht worden ist, dann werden wir, glaube ich, das zweite Landesparlament sein – in dem Fall sind wir das zweite städtische Parlament, es ist ja doch keine Landesangelegenheit –, wir werden also eine der wenigen Städte sein, die einen eigenen Etat für den Fußverkehr haben. Das, finde ich, ist ein echter Fortschritt und zeigt auch, wie wichtig wir das Thema nehmen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Auch das Ressort kümmert sich sehr intensiv um das Thema Fußverkehr. Wir hatten eine Vorlage in der Deputation, Herr Schäck, das wissen Sie auch, da ist unter anderem ein Pilotprojekt in Gröpelingen vorgeschlagen worden, das sich jedenfalls nach meinem Eindruck sehr gut anhörte. Man versucht damit, gerade in einem Stadtteil, in dem viele Leute zu Fuß gehen, etwas zu bewegen, und das, finde ich, ist ein wirklicher Fortschritt.

Man muss auch sagen, in diesem Ressort gibt es eine Regel: Wenn wir größere Neubauprojekte haben, dann wird grundsätzlich auf die Barrierefreiheit geachtet. Ich kann mich an die zwei Bauvorhaben erinnern, bei denen ich selbst in irgendeiner Art und Weise involviert war, nämlich an der Münchener Straße und an der Hartwigstraße: Sie sind komplett barrierefrei hergestellt worden, und es besteht auch beim Amt für Straßen und Verkehr ein großes Bewusstsein dafür.

Jetzt kann man auch nicht sagen, dass nun alles super wäre mit dem Fußverkehr in dieser Stadt. Da ist noch viel zu tun, der Netzcharakter ist noch nicht richtig hergestellt. Wer einmal in der Violonstraße war, wird feststellen, auf wundersame Weise endet

der Fußweg irgendwo. Selbst das sieht man in der Innenstadt, und aus dem Grund müssen wir, glaube ich, mehr Sensibilität dafür haben, dass es die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sind, um die wir uns da kümmern müssen. Deswegen müssen wir an dieser Stelle noch sehr viel mehr tun.

Die entscheidenden Nadelöhre einer städtischen Infrastruktur sind die Brücken und die Unterführungen, das ist vollkommen klar. Da gibt es Bereiche, in denen wir sehr viel mehr machen müssen, und einen will ich hier ganz besonders erwähnen, weil er mir selbst schon sehr lange ein Dorn im Auge ist, das ist der Gustav-Deetjen-Tunnel. Der Gustav-Deetjen-Tunnel ist in Sachen Barrierefreiheit eine Schande für eine moderne Großstadt, da müssen wir unbedingt etwas tun. Wer einmal versucht hat, da einen Rollstuhlfahrer durchzuschieben, der wird festgestellt haben, dass das eigentlich gar nicht geht. Daher werden Menschen, die gehbehindert sind, diesen Raum meiden und sich irgendwie durch den Hauptbahnhof schlängeln oder eben die Straßenbahn benutzen. Ich glaube, da müssen wir etwas tun. Der Gustav-Deetjen-Tunnel ist etwas, was aus meiner Sicht im Sinne der Förderung des Fußverkehrs nicht mehr akzeptabel ist, und damit möchte ich auch erst einmal schließen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schiemann.

**Abgeordnete Schiemann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jeder unserer Wege beginnt und endet zu Fuß: unser Weg zum Fahrrad, zum Kfz-Abstellplatz, unser Weg zur ÖPNV-Haltestelle oder der Weg unserer Kinder zur Schule. Wir sind also immer wieder auch Fußgängerinnen und Fußgänger. Zu Fuß zu gehen ist emissionsfrei und braucht wenig Platz. Fußverkehr ist zwar die selbstverständlichste Fortbewegungsart, wurde jedoch in den letzten Jahrzehnten oftmals zugunsten des Autos, aber auch des Fahrradverkehrs vernachlässigt.

Auch in Bremen hat das Zufußgehen im Vergleich zu anderen Großstädten einen zu geringen Stellenwert. Ein gutes Fußverkehrsnetz sorgt nachweislich dafür, dass Städte von Menschen als lebendiger und attraktiver wahrgenommen werden. Stolperfallen, unebene Gehwege, nicht barrierefreie Fußgängerbrücken, Angsträume in Fußgängertun-

neln und Unterführungen schrecken ab und machen das Zufußgehen vor allem für mobilitätseingeschränkte Menschen, aber auch für Kinder auf dem Weg zur Schule unattraktiv bis gefährlich.

Eine stetige Kontrolle und Sanierung der Fußwege, Fußgängerbrücken, Tunnel und Unterführungen sind deshalb unerlässlich für die Akzeptanz und Bereitschaft der Menschen, Wege in der Zukunft vermehrt auch wieder zu Fuß zurückzulegen. Bremen ist da mit seinem in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung am 28. Mai 2020 beschlossenen Vorgehen für eine strategische Fußverkehrsförderung auf einem sehr guten Weg. Mit der Installation des Teams Nahmobilität gibt es darüber hinaus seit 2019 erstmals in Bremen Personalressourcen, um sich der Förderung des Fußverkehrs systematisch zu widmen. Auch der aktuelle Projektbeirat zur Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplans 2025 – meine Vorredner sprachen schon davon – beschäftigt sich ausführlich mit der Konzeptionierung einer attraktiven Fußverkehrsinfrastruktur.

Natürlich gibt es aber, gerade was den Zustand der Bremer Fußverkehrsinfrastruktur im gesamten Stadtgebiet betrifft, immer noch viel Luft nach oben. Wenn der Senat in der jetzt hier vorliegenden Antwort berichtet, dass sich die Gehwege, Fußgängerbrücken und Unterführungen überwiegend in einem verkehrssicheren Zustand befinden, so werden diese von den Menschen in den Quartieren noch lange nicht als verkehrssicher empfunden. Beispiele dafür sind im Bremer Süden der Fuß- und Radweg an der Huchtinger Heerstraße oder die nach wie vor für Fußgänger und Fahrradfahrer eingeschränkte Stephanibrücke. Da würde ich mir in Zukunft eine noch bessere Zusammenarbeit mit den Beiräten in den Quartieren wünschen, denn diese wissen am besten, welche Fuß- und Fahrradwege prioritär angegangen und saniert werden müssen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine gewisse Nähe habe ich zu Herrn Schäck und seinem Antrag. Mein Bruder war bis zu seinem Tode beinamputiert, und ich habe ihn einige Jahre mit dem Rollstuhl durch Bremen gerollt. Es tut ja auch immer ganz gut, wenn man persönliche Erfahrungen hat,

dann sieht man auch, wie schwer es ist, als Rollstuhlfahrer in dieser Stadt zurechtzukommen.

Warum sind der Zustand und die Barrierefreiheit der Bremer Gehwege, Fußgängerbrücken und Unterführungen eigentlich wichtig? Laut Verkehrsentwicklungsplan gehen immerhin 21 Prozent aller Bremerinnen und Bremer zu Fuß, und ein Viertel aller Wege in Bremen wird zu Fuß zurückgelegt. Fußverkehr ist klimafreundlich und niedrigschwellig, solange keine hohen Schwellen das Gehen beeinträchtigen. Zufußgehen ist die natürlichste Form der Fortbewegung, der Fußverkehr sollte also eine relativ hohe Priorität haben. Dem ist aber leider nicht so.

Laut einer Studie der Universität Kassel gibt es in Bremen jährlich einen Zuschuss von 156 Euro pro Einwohner für den Autoverkehr, aber für den Fußverkehr nur 16 Euro. Großen Nachholbedarf gibt es auch in Sachen Flächen und Finanzmittel. Es geht also um Flächengerechtigkeit und die Rückerobierung des öffentlichen Raumes durch den Menschen, im Kern um eine Verkehrswende, die alle Mobilitätsformen abdeckt, also auch das Zufußgehen. Dafür müssen aber die Wege in einem guten Zustand und natürlich auch barrierefrei sein. Die Antworten auf die Große Anfrage beziehen sich aber eigentlich nur auf bauliche Aspekte und Aspekte der Verkehrssicherheit. Aspekte wie Integration beziehungsweise Bedarfe der Barrierefreiheit werden stumpf ausgeblendet.

Zum Zustand der Gehwege et cetera antwortet der Senat hier, dass alle Wege verkehrssicher sind – das ist natürlich klar und muss auch so sein! –, dass aber teilweise selbstverständlich Sanierungsbedarf besteht und ein großes Problem die Baumwurzeln sind. Laut Amt für Straßen und Verkehr heißt das aber nicht, dass alle Wege immer super und wie neu sein sollen, aber dass die Wege regelmäßig kontrolliert werden, und auf plötzlich aufgetretene Schäden wird natürlich reagiert. Das ist auch Aufgabe eines jeden Eigentümers und natürlich auch der Stadt.

Was heißt aber Verkehrssicherheit, und für wen? Baulich ist alles verkehrssicher, aber Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder auch Kinder oder Menschen mit Kinderwagen würden den Zustand wohl anders beurteilen. Es kommt also darauf an, wer welche Bedarfe hat. Barrierefrei sind unsere Fußwege wohl hauptsächlich nicht. Die Problematik der Barrierefreiheit auf Gehwegen zeigt sich nach unserer Meinung auf zwei Ebenen.

Bei einer alten Baustruktur von Häusern und Straßen steht Barrierefreiheit oft im Widerspruch zum Anspruch auf den historischen Erhalt des Stadtbildes, zum Beispiel beim Kopfsteinpflaster. Selbiges gilt für Straßenzüge mit sehr engen Straßen und einem nur sehr schmalen oder nicht vorhandenen Gehweg. Wollte man in solchen Straßenzügen, wie etwa im Viertel häufig vorkommend, Barrierefreiheit erzeugen, müsste man ein umfassendes Konzept realisieren und Straßenzüge gegebenenfalls komplett verkehrsberuhigen.

In Stadtteilen mit alter Baustruktur wird aber deutlich, dass sich die Entwicklung einer modernen Lebensweise mit Autos et cetera nicht dem angepasst hat, was die Stadt hergibt, sondern sich die mobile Lebensweise quasi ihren Raum erobert hat. Parkflächen waren in der ursprünglichen Bebauung nicht mit eingeplant, und auch jetzt gibt der Raum es nicht her, dass Parkflächen nachträglich erschlossen werden. Zugeparkte Gehwege, halb auf dem Gehweg aufgesetzt parkende Autos, Stoßstange an Stoßstange parkende Autos machen ein Ausweichen und eine Querung nicht möglich. Hier würde also nur eine Politik helfen, die auf ein möglichst autofreies Leben im urbanen Raum abzielt, aber das wären Ziele, die nur langfristig verwirklicht werden können, wenn überhaupt.

Sanierungsbedarfe überall dort, wo die alte Baustruktur von Häusern und Straßen nicht das Hauptproblem sind: Auch dort, wo eine historisch enge Bebauung nicht das Problem ist, sind die Gehwege nicht barrierefrei. Menschen mit Behinderung stoßen auf Hindernisse, es gibt zu wenig Stellplätze für Fahrräder und E-Scooter, die häufig mitten auf dem Gehweg stehen gelassen werden, und auch für Mülltonnen, die bei der Leerung keinen anderen Platz als den Gehweg haben. Gehwege weisen einen schlechten Zustand auf, hohe Bordsteine sind ein großes Problem. Diese Probleme könnten behoben werden. Hier müssen Baumaßnahmen die Antwort des Senats sein, die umfassend im Stadtgebiet durchgesetzt werden. Ich mache jetzt erst einmal eine Pause, weil meine Redezeit abgelaufen ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

**Abgeordneter Strohmann (CDU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal recht herzlich bei der FDP für diese Große Anfrage bedanken. Ich glaube, Sie

haben genau den Punkt getroffen, auch in den Nachfragen, an dem es letztlich hakt, und ich glaube, wir sind uns auch alle einig, dass die Fußverkehre eigentlich erst in den letzten Jahren so eine Renaissance oder eine Wahrnehmung bekommen haben. Ich gebe gern auch selbst zu, dass für mich persönlich, aber auch für die Fraktion der CDU die Fußverkehre jetzt nicht so die Bedeutung hatten, aber umso mehr sieht man bei solchen Diskussionen auch im Nachhinein, wie wichtig es war, dass wir uns 2012/2013 mit dem Verkehrsentwicklungsplan aufgemacht haben, weil wirklich alle, die dabei waren, eine andere Sichtweise für alle Verkehrsteilnehmer bekommen haben. Als Autofahrer hat man auch eine andere Sicht auf Fahrradfahrer, auf Fußgänger bekommen, und ich glaube, dieser Verkehrsentwicklungsplan hat eine hohe Bedeutung.

Wir haben bei dem Verkehrsentwicklungsplan aber auch gesehen – und da sind Fußverkehre ja auch ein wichtiger Bestandteil gewesen, auch in der Umsetzung –, wie problematisch, wie kleinteilig, wie mühsam so manches dann letztlich ist. Ich glaube aber, mit dieser Großen Anfrage sind wir auf dem richtigen Weg, genau diesen Bereich auch noch einmal ein bisschen intensiver zu sehen, denn es ist einfach auch Aufenthaltsqualität, nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den jeweiligen Stadtteilen, dass man das letztlich entschärft.

Vielleicht noch ein Satz! Die Studie aus Kassel, Herr Schumann – Sie haben ja daraus zitiert, das macht ja Herr Saxe auch gern, ich nehme an, das ist die gleiche Studie –, Sie haben recht, im Vergleich zu Autoverkehren wird dafür nur ein Zehntel ausgegeben. Ich glaube, es wäre schwierig, jetzt zu sagen, wir machen halbe-halbe, weil natürlich Verkehrsinfrastruktur für Autoverkehre um ein Vielfaches teurer ist, das muss man auch dazu sagen, und Autoverkehre sind ja nicht nur Individualautoverkehre, sondern es sind ja auch Lkws, Verkehre für Dienstleistungen und Warentransporte, sie brauchen ja dieselben Straßen. Deswegen muss man das da immer ein bisschen relativieren.

Trotzdem müssen wir in diesem Bereich aber ein bisschen intensiver etwas machen, und es wird ja auch schon ein bisschen intensiver gemacht, Frau Schiemann hat ja diese Gruppe Nahmobilität genannt. Früher konnte man es sich gar nicht vorstellen: Warum braucht man Planer für so ein bisschen Straßenpflasterung? Wie wichtig das aber ist, sehen wir jetzt ab dem Punkt, an dem sie anfängt zu arbeiten, weil sie genau diese Vernetzung hinbekommen. Das ist eben immer Ansatz der Fraktion der

CDU gewesen: dieser Gleichklang aller Verkehrsteilnehmer, dieser § 1 der Straßenverkehrsordnung, gegenseitige Vorsichtsmaßnahme.

Dann kommt natürlich noch die Barrierefreiheit hinzu, gerade für, ich sage einmal, Menschen mit Handicap. Das müssen ja nicht immer nur Rollstuhlfahrer sein, es sind ja auch ältere Leute mit Rollatoren, kleine Kinder, da geht es ja um Verkehrssicherheit. Das muss viel intensiver in den Blick geraten, aber ich glaube, wir sind da auf einem ganz guten Weg.

Die Antworten auf diese Große Anfrage haben auch gezeigt, dass da noch Nachholbedarf ist, dass wir da noch nachsteuern müssen, aber dafür haben wir auch diesen Beirat Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans, und da ist es ja schon einmal positiv, dass wir uns im Grundsatz alle einig sind. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

**Abgeordneter Schäck (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal freue ich mich, dass das Thema Fußgängerverkehr von allen, die bisher hier geredet haben, als wichtig erachtet wird und auch der Wunsch nach belastbaren Daten immer wieder zum Vorschein gekommen ist. Herr Saxe, ich wollte noch einmal richtigstellen, ich habe nicht die These aufgestellt, dass der Fußgängerverkehr hier gleichgültig ist oder nicht entsprechend wertgeschätzt wird, allerdings ist mein Eindruck, dass wir in diesem Haus, zumindest seitdem ich dabei bin, relativ viel über Fahrradverkehr gesprochen haben, dass wir einige Male über Autoverkehr gesprochen haben – über den ÖPNV im Übrigen auch –, aber dass das Thema Fußgängerverkehr hier relativ selten vorgekommen ist.

Meines Erachtens ist der Fußgängerverkehr eine der Grundformen, sich fortzubewegen, denn selbst wenn ich zu meinem Auto gehen möchte, lege ich einige Meter zu Fuß zurück. Wenn ich zur nächsten Haltestelle gehe, um den ÖPNV zu nutzen, dann werde ich erst einmal einige Meter zu Fuß zurücklegen, und selbst wenn ich mit dem Fahrrad unterwegs bin, ist es ja klassischerweise so, dass ich irgendwo hinfahre, dann das Fahrrad abstelle und dann weiter zu Fuß unterwegs bin. Der Fußverkehr ist also eine der Grundformen der Fortbewegung.

Ich persönlich finde es gut, dass der Fußverkehr auch entsprechend berücksichtigt wird, übrigens auch bei Neubauprojekten, die Sie ebenfalls angesprochen haben, das ist richtig so. Allerdings ist es auch wichtig zu wissen, wie der Bestand an Straßen und Fußwegen ist, die wir in Bremen haben. Auch da hätte ich mir etwas mehr Detailtiefe gewünscht, aber es ist ja auch ein Ergebnis dieser Großen Anfrage, dass wir jetzt gemeinsam feststellen, wir können gemeinsam, glaube ich, noch einiges mehr an Daten vertragen, um dann auch vernünftige Entscheidungen treffen zu können.

Dann geht es auch nicht nur um die Frage, was wir sofort sanieren müssen, sondern manche Entwicklungen lassen sich auch beobachten, man sieht manches Wurzelwerk, von dem man sagt, das geht jetzt noch so, aber in einem oder zwei Jahren müssen wir da etwas machen. Man sieht Gehwege, die schon älter sind, für die man vielleicht feststellt, sie im Moment noch so lassen zu können, aber man weiß, in vier oder fünf Jahren kommen dort Kosten auf uns zu. Gerade dafür ist es ja wichtig, entsprechende Pläne machen zu können, um auch Kosten einplanen zu können.

Sie sagten zu Recht, Herr Kollege Saxe, dass Menschen herumlaufen, die Gehwege inspizieren und gegebenenfalls Aufträge zur Instandsetzung erteilen. Das ist wichtig und sinnvoll, aber umso wichtiger ist es dann auch, dass diese Daten vernünftig aufbereitet werden, dass es dokumentiert wird und daraus dann auch Maßnahmen abgeleitet werden. Doch genau dieser strategische Ansatz, nämlich zu schauen, was wir mit den Daten machen, wie wir sie aufbereiten, welche Handlungsempfehlungen wir für sofort ableiten, welche Handlungsempfehlungen wir für einen Zeitpunkt in zwei Jahren oder in fünf Jahren ableiten, erfolgt offensichtlich noch nicht in dem Umfang, wie wir alle das gern hätten. Ich glaube, das ist ein guter Anlass, um entsprechend darauf einzuwirken, dass wir in den kommenden Jahren einen etwas umfassenderen Datenbestand haben, um dann auch auf Basis dieses Datenbestands Entscheidungen treffen zu können. Deswegen freue ich mich, dass Sie alle hinter diesem Thema stehen, dass Ihnen allen der Fußverkehr wichtig ist, und ich glaube, dass wir da ein gemeinsames Interesse haben, das wir gemeinsam vorantreiben können. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

**Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass es in diesem Haus sehr viel mehr Sensibilität für dieses Thema Fußverkehr gibt, und ich finde es auch gut, dass wir das hier diskutieren. Es wäre aber geradezu langweilig, wenn es da nicht doch ein paar Unterschiede geben würde, auch in unseren Sichtweisen, und ich möchte einmal über die Dinge reden, die mir in der Großen Anfrage fehlen, die aber für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, besonders wichtig sind.

Ich fange einmal mit den Konflikten an, die ein Fußgänger oder eine Fußgängerin in dieser Stadt nun einmal hat, und die Konflikte gibt es vor allen Dingen mit anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern. Ich nehme da gar nicht die Radfahrerinnen und Radfahrer aus, weil auch diese sehr oft die Sicherheit und den Komfort von Fußgängerinnen und Fußgängern gefährden, weil sie deren Wege befahren.

Ein ganz großes Problem ist aber, wenn Sie auch mit Vertretern der Fußgänger sprechen, zum Beispiel von Fuß e. V. – ich bin Mitglied bei Fuß e. V. –, dann werden sie Ihnen sagen, das für uns größte Problem sind die parkenden Autos, und das ist tatsächlich das Problem, das in dieser Stadt besteht. Wir haben fast überall in den innenstädtischen Quartieren aufgesetztes Parken – da können Sie schauen, in welche Nebenstraße Sie wollen, und auch an manchen Hauptstraßen ist es so –, und da haben Sie zum Teil einen Meter, 90 Zentimeter Platz. Da kommen Sie mit dem Rollator nicht mehr durch, mit dem Kinderwagen selten, und wenn Sie Zwillinge haben, dann müssen Sie leider die Fahrbahn benutzen, weil Sie nicht mehr durchkommen. Wenn dann auch noch die Mülleimer da stehen, dann wird es für Fußgängerinnen und Fußgänger ganz schwer, und diesem Thema müssen wir uns widmen.

Auch bei dem, was wir mit dem Bewohnerparken angehen, ist vollkommen klar: Wenn man diese Zonen bewirtschaften würde, dann bedeutet das tatsächlich, dass an manchen Stellen das Parken ganz eindeutig abgeräumt werden muss, weil es die Sicherheit der Menschen gefährdet. Man muss ganz klar sagen, wenn wir eine Verkehrswende wollen – Verkehrswende! –, dann heißt das, wir müssen einen Vorrang für die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in dieser Stadt haben. Das sehe ich eben noch nicht, und da hat Herr Strohmann dann ja inzwischen auch diese Studie aus Kassel einmal gelesen und festgestellt, dass der Unterschied zu groß ist. Das sind wirklich

156 Euro zu den 16 Euro, die wir für den Fußverkehr ausgeben, ich mache noch einmal eine Klammer auf, es waren 9,32 Euro für den Radverkehr. Daran müssen wir etwas für die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer verändern, und wenn ich konstatieren würde, dass wir letztlich auch 30, 40, 50 Jahre lang Geld für die autogerechte Stadt ausgegeben haben, dann gibt es doch da einen Nachholbedarf, der ganz extrem gerade für diese schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gilt.

Das merkt man auch, wenn man in diese Infrastrukturen hineinschaut. Was glauben Sie, wie viele Zählschleifen es in dieser Stadt für den Autoverkehr gibt? Sie sind fast an jeder Kreuzung. Für den Radverkehr haben wir acht oder zwölf – das weiß die Senatorin wahrscheinlich besser –, es sind nicht besonders viele. Wenn Sie sich grüne Wellen anschauen: Wofür gibt es grüne Wellen? Richtigerweise gibt es politisch gewollt grüne Wellen für den öffentlichen Nahverkehr. Es gibt noch sehr viele grüne Wellen für den Autoverkehr, es gibt eine grüne Welle für den Radverkehr, und viele Fußgängerinnen und Fußgänger beklagen sich, dass die Wartezeiten auch an hoch frequentierten Ampeln viel zu lang sind. Auch bei Baustelleneinrichtungen wird es oft immer noch so gemacht, dass erst einmal der Autoverkehr fließt, und dann am Rande des Trottoirs müssen dann noch Fußgänger und Radfahrer sehen, wie sie da mit der Situation zurechtkommen.

Also, da ist ein Bewusstseinswandel angesagt, da müssen wir diese Infrastrukturen verändern, die natürlich über Jahrzehnte gewachsen sind und die man nicht einmal eben verändern kann, aber das heißt eben auch, dass wir Finanzmittel verändern müssen, und da ist der Etat für den Fußverkehr ein richtiger Weg. Da ist die Vervierfachung des Etats für den Radverkehr immer noch kein Ausgleich, immer noch keine Gleichberechtigung der Verkehrsarten, von der Heiko Strohmann gesprochen hat, aber ich glaube, das müssen wir angehen, und über das aufgesetzte Parken in dieser Stadt müssen wir, glaube ich, einmal alle miteinander überlegen und sagen, ob wir das eigentlich so akzeptieren können, wie es heute Praxis ist. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

**Abgeordneter Schumann (DIE LINKE):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die ersten fünf

Minuten waren ein bisschen kritisch, die nächsten fünf Minuten werden ein bisschen fröhlicher. Erst einmal freue ich mich schon darüber, dass ich von Herrn Schäck nicht wieder zurechtgewiesen wurde, das werde ich mir rot im Kalender eintragen. Ich bin ja neu hier in diesem Haus. Ich hatte immer die naive Fantasie, dass man mit älteren Herren etwas freundlicher umgeht, aber ich muss lernen, dass das hier nicht geht,

(Abgeordneter Dr. Buhler [FDP]: Erst einmal in das Alter kommen, ein älterer Herr zu werden!)

das ist hier ein knallhartes Geschäft.

Es liegt nicht allein am Sanierungsstau, das will ich auch noch einmal sagen, also nicht am vorhandenen oder am nicht vorhandenen Geld, sondern die Probleme sind vielfältig, trotzdem ist auch nichts alles schlecht.

Was läuft schon gut, gerade aus Sicht der Behinderung? 2003 Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änderung anderer Gesetze, Umstellungs- und Erweiterungsarbeiten sollen weitestgehend barrierefrei erreicht werden, seit 2016 wurden Richtlinien erarbeitet im breiten Akteursspektrum zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten – verschiedene Maßnahmen werden schon umgesetzt, sowohl aus dem Verkehrsentwicklungsplan als auch neue Mittel im Haushalt, trotzdem ist es ein langer Prozess, um Bremens Gehwege barrierefrei zu gestalten –, im Verkehrsentwicklungsplan 2025 gibt es ein eigenes Kapitel Fußverkehr und Barrierefreiheit, und der wird ja auch gerade fortgeführt, angepasst und sicher, davon gehen wir aus, auch verbessert. Fußwege und Haltestellen werden umgestaltet, Querungshilfen gebaut, Bordsteine abgesenkt, und Radfahren auf Gehwegen ist nicht mehr Pflicht.

Selbstverständlich ist das ein langsamer Prozess. Eine jahrzehntelange verkehrspolitische Ausrichtung am Auto ist nicht so schnell auszubessern oder aufzuheben. Keine Straße und kein Fußweg wird von vornherein barrierefrei gedacht worden sein, daher wird es leider noch sehr lange dauern, bis Bremen wirklich als barrierefreie Stadt gelten kann. Gut ist auch im Haushalt 2021 ein eigener Etat für Fußverkehr, insbesondere für Gebiete mit Wohnen in Nachbarschaften. Fußverkehr und damit barrierefrei gewinnen eben doch Gott sei Dank mehr Aufmerksamkeit.

Was muss sich zum Schluss doch ändern? In der Verkehrspolitik und in der Straßenplanung müssen das zu Fuß gehen und die Barrierefreiheit viel stärker mitgedacht werden. Das muss sich sowohl in der Priorität der Herstellung von Barrierefreiheit bei Neubauten als auch bei Sanierungen zeigen, aber auch insgesamt zum Beispiel bei der Etatplanung, bei der Planung von Neubaugebieten et cetera. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

**Bürgermeisterin Dr. Schaefer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht als Erstes, Herr Schäck, ein Eingeständnis: Die Kleine Anfrage vom 18. Oktober letzten Jahres wurde so umfassend wie möglich beantwortet, aber das ist nicht zufriedenstellend, das wissen Sie, das weiß ich. Ralph Saxe hatte auch mich noch einmal darauf hingewiesen, ob wir da nicht noch mehr hätten beantworten können, und ich gestehe, nein, das konnten wir nicht, weil wir die Daten nicht haben. Das hätten wir aber gern gemacht, also insofern bitte ich, diese kurzen Antworten zu entschuldigen, aber ich teile die Auffassung, dass das nicht zufriedenstellend ist.

Barrierefreiheit ist ein großes Ziel und eine gemeinsame Aufgabe. Ihre Anfrage betraf ja nicht nur die Barrierefreiheit, sondern auch die Sicherheit und Sauberkeit. Auch das finde ich wichtige Aspekte, gerade beim Fußverkehr, aber auch beim Radverkehr, denn die Menschen sollen sich ja auch sicher fühlen. Da gehört Verkehrssicherheit dazu, aber eben auch Tunnel, die wurden schon angesprochen, auch da geht es darum, dass sich die Verkehrsteilnehmer sicher fühlen. Das heißt, wir arbeiten dort auch an Lichtkonzepten, die wir umsetzen wollen, und das Thema Sauberkeit ist auch ganz wichtig.

Barrierefreiheit auf Gehwegen, ja, Ralph Saxe hat recht, das größte Problem ist, dass viele Gehwege, gerade schmale, zugeparkt sind. Aus dem Grund haben der Innensenator und ich ja auch Anfang des Jahres schon ein Parkraumbewirtschaftungskonzept vorgestellt, mit dem wir genau dieses Thema angehen wollen, weil es einfach nicht hinnehmbar ist, dass Menschen, die im Rollstuhl sitzen, Eltern mit Kinderwagen, Menschen, die einen Rollator brauchen, dort nicht genug Platz haben und wir manchmal auch das Problem haben, dass Rettungsfahrzeuge nicht durch kleine Straßen kommen.

Die Erhebungen werden mit dem Ziel durchgeführt, die Verkehrssicherheit und die Verkehrsinfrastruktur zu prüfen, und wenn dabei Schäden bemerkt werden, werden diese erfasst und im Rahmen von Jahresverträgen durch die baulichen Maßnahmen behoben, aber es gibt keine Datenbasis. Die wird nicht generiert, und deswegen können wir auch leider nicht detailliert und schon gar nicht nach Stadtteilen aufgelistet Auskunft geben.

Grundsätzlich setzt der Senat das Maßnahmenpaket des Verkehrsentwicklungsplans 2025 zur Förderung des Fußverkehrs und der Erhöhung der Verkehrssicherheit sukzessive um, es gibt eine Reihe von ganz konkreten Maßnahmen. Gehwege, Fußgängerbrücken und Unterführungen werden kontinuierlich im Zuge der Um-, Ausbau- und Instandsetzungsarbeiten barrierefrei gestaltet. Dort binden wir auch den Landesbehindertenbeauftragten ein, und dafür gibt es auch diverse Beispiele: Querungshilfen wurden und werden barrierefrei gestaltet, in den letzten Jahren wurden diverse Bordsteinabsenkungen durchgeführt, zum Teil auch aus Stadtteilbudgets finanziert.

Ich habe bei einer Begehung zusammen mit dem Landesbehindertenbeauftragten, dem Verein SelbstBestimmt Leben e. V. und Stadtplanern einmal gelernt, wie schwierig es sogar bei den Interessen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen ist: Für jemanden, der im Rollstuhl sitzt, ist es ganz wichtig, dass der Bordstein an der Ampel abgesenkt ist, und jemand, der sehbehindert ist, braucht taktile Möglichkeiten – das sind oft die Bordsteine –, um zu merken, hier muss ich stehen bleiben, hier ist eine Ampel. Deswegen gibt es jetzt auch die Rillen an den Ampeln, aber da merkt man, selbst das ist nicht so ganz einfach.

Für die anstehende Fortschreibung des ZVBN-Nahverkehrsplans, der zurzeit unter gutachterlicher Begleitung eine einheitliche Lösung für eine vollständige Barrierefreiheit für alle Straßenbahn- und Bushaltestellen im Verkehrsverbund Bremen ja/Niedersachsen entwickelt, ist ein prominentes Beispiel, wo der Umbau in Richtung Barrierefreiheit gut gelungen ist – das sicherlich den Huchtinger Bürgern morgens hier Stau besonders bekannt –, die Norderländer Straße.

Zur Sicherheit und Sauberkeit möchte ich noch einmal etwas sagen: Auch das wird leider nicht erhoben, aber ich habe heute Mittag noch einmal mit jemandem vom ASV gesprochen. Viele empfinden es zum Beispiel auch als sehr störend, wenn man überall Graffiti findet. Man wird dem nicht Herr,

aber das ASV ist auch dankbar für Hinweise, gerade wenn es um diskriminierende, sexistische oder auch rechte Parolen geht. Dort ist man sehr hellhörig und fährt dann direkt los, um dann auch zumindest genau diese Art von Graffitis zu säubern.

Ich möchte noch einmal sagen, wie Bestandsaufnahmen ablaufen: Gehwege werden im Rahmen von Begehungen in Hauptverkehrsstraßen, Fußgängerzonen und Plätzen alle zwei Wochen, in Sammelstraßen alle vier Wochen und in Wohnstraßen alle acht Wochen kontrolliert, die Bauwerke werden in der Regel zweimal jährlich kontrolliert. Das heißt, die Beschäftigten des ASV gehen doch sehr regelmäßig durch alle Straßen und schauen nach dem Straßenzustand, und wenn etwas auffällt und das sowieso angefasst werden muss, dann schaut man in der Regel auch, dass man etwas mehr Barrierefreiheit herstellt und dort auch die Mängel behebt.

Ich möchte einfach noch einmal zusammenfassen: Wir teilen und unterstützen das Ziel der Barrierefreiheit. Wir wollen einen besseren und sicheren Fußverkehr ermöglichen, und auch bei Instandsetzungsmaßnahmen wird das Ziel verfolgt, neben der Instandsetzung, also der Schadensbeseitigung, die barrierefreie Gestaltung positiv zu verändern. Wir stehen im direkten Kontakt mit dem Landesbehindertenbeauftragten, der in die Maßnahmen eingebunden ist, und wenn wir es eines Tages schaffen, Herr Schäck, es zu dokumentieren, am besten auch noch digital, ich glaube, dann sind wir auf einem sehr guten Weg. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/269 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

**Ist die Bremer Feuerwehr den steigenden Herausforderungen noch gewachsen?**

**Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. April 2020**  
(Drucksache [20/155 S](#))

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020**  
(Drucksache [20/216 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lübke.

**Abgeordneter Lübke (CDU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Große Anfrage zum Anlass nehmen – vielleicht können wir das auch im Konsens machen! –, den Feuerwehkräften einfach erst einmal Danke zu sagen, und zwar für den ständigen Dienst für und an unserer Gesellschaft, und gerade vor dem Hintergrund der vielen gesundheitlichen Risiken, und das gilt natürlich ganz besonders für die freiwilligen Feuerwehren, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Wir haben als CDU-Fraktion diese Große Anfrage gestellt, weil wir finden, dass die Feuerwehr im politischen Diskurs oft zu kurz kommt, obwohl auch sie vor besonderen Herausforderungen steht. Ich möchte das einmal an drei Beispielen ganz deutlich machen, die auch aus den Antworten hervorgegangen sind.

Ich fange erstens mit dem Hygienekonzept in Verbindung mit den Feuerwehrwachen an: Gerade vor dem Hintergrund des zurückliegenden Großbrandes – die meisten werden sich erinnern – ist allen noch sehr deutlich, welchen Gefahren die Feuerwehrleute ausgesetzt sind. Deshalb war es richtig, dass wir in der letzten Legislaturperiode hier gemeinsam ein Hygienekonzept verabschiedet und neue Schutzkleidung angeschafft haben. Das beinhaltet, dass die kontaminierte Uniform am Einsatzort gewechselt wird, um zu verhindern, dass diese in das Dienstfahrzeug, an die Dienststelle oder noch schlimmer mit nach Hause getragen wird, es bedeutet in der Konsequenz aber auch, dass die Feuerwachen für dieses Hygienekonzept ausgestattet sein müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade bei den freiwilligen Feuerwehren einen riesigen Sanierungsstau bei den Gebäuden. Bei den allermeisten Wachen kann das Hygienekonzept nicht umgesetzt werden, es ist somit völlig wirkungslos, und das ist aus unserer Sicht völlig unakzeptabel.

(Beifall CDU)

Wir, die CDU-Fraktion, sagen ganz klar, der Schutz der Feuerwehrleute, egal, ob von der Berufsfeuerwehr oder der freiwilligen Feuerwehr, muss absolute Priorität haben, da darf es keine Kompromisse geben. Es gibt bei den Feuerwehrwachen der freiwilligen Feuerwehren zum Beispiel manchmal nur eine Dusche. Wie da eine Geschlechtertrennung stattfinden soll, ist mir auch schleierhaft, aber ich halte das insgesamt für einen unhaltbaren Zustand. Man muss sich das einmal vorstellen: Es wird ja ewig dauern, bis der 21. Kollege duschen kann, und ich glaube, da können sämtliche Hygienevorschriften nicht eingehalten werden.

Meine Damen und Herren, die Art und Weise, wie die Feuerwehrleute untergebracht sind, und gerade bei der freiwilligen Feuerwehr, ist aus unserer Sicht verantwortungslos, es ist eine einzige Katastrophe. Im Übrigen hat das natürlich auch Einfluss – das ist doch ganz klar! – auf die Attraktivität für junge Menschen, sich bei der freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Das ist keine Wertschätzung freiwilligen Engagements.

(Beifall CDU)

Ich möchte noch einen zweiten Punkt anfügen, der durch die letzten Jahre auch nicht besser geworden ist, nämlich das aufgestaute Problem des riesigen Modernisierungsstaus bei den Feuerwehrfahrzeugen. Meine Damen und Herren, wenn man sich die Antworten durchliest, dann stellt man fest, einige Fahrzeuge sind über 40 Jahre alt, und der Modernisierungsstau liegt bei über zehn Millionen Euro. Es liegt uns allen doch klar auf der Hand, dass dies keine zuverlässigen Einsatzmittel mehr sind! Auch hier müssen wir natürlich unterscheiden zwischen Mannschaftswagen und Löschfahrzeugen. Erstere sind zwar wichtig, aber wir müssen für die Einsatzfähigkeit vor allem auf die Löschfahrzeuge mit besonderer Funktion schauen.

In den letzten Jahren ist der Sanierungsstau sogar immer größer anstatt kleiner geworden. Jährlich wurde viel zu wenig investiert, um den Bedarf der Modernisierung der Fahrzeuge langsam abzu-

bauen. Deshalb haben wir in unserem Haushaltsantrag zusätzliche 2,5 Millionen Euro dafür festgeschrieben. Meine Damen und Herren, wenn man so mit der Feuerwehr umgeht, dann finden wir das fahrlässig und verantwortungslos.

(Beifall CDU)

Ich möchte noch einen dritten Punkt ansprechen, über den wir auch dringend diskutieren müssen, nämlich den Personalfaktor, also letztendlich, wie viel Personal für eine Funktion benötigt wird. Ich glaube, unstrittig ist, dass auch die Anforderungen bei der Feuerwehr über die letzten Jahre sehr stark zugenommen haben. Werte, die dort mit einfließen, sind gestiegene Einsatzzahlen, Einsatzbelastungen, Krankheiten, Elternzeit und so weiter, ich glaube, das ist auch unstrittig. Das heißt, im Ergebnis werden wir in Zukunft nicht mehr mit dem vorhandenen Personal von 488 VZE auskommen, wenn wir gleichzeitig die gleichen Ziele beibehalten wollen.

Fazit: Lassen Sie mich zum Schluss sagen, insgesamt stellen wir fest, es gibt bei der Feuerwehr viele Probleme, die kurz- und mittelfristig gelöst werden müssen. Wir, die CDU, erwarten vom Senat dazu einen klaren Fahrplan, wie wir bei Gerätehäusern, Fahrzeugen und beim Personal vorankommen und uns zukünftig aufstellen. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dynamische Veränderungen in den Bereichen Wohnen und Demografie, zusätzliche Erfordernisse in der Ausbildung, zunehmende Angriffe auch auf Feuerwehrleute und Nachwuchssorgen, all dies führt berechtigterweise die CDU-Fraktion zu der Großen Anfrage, ob die Bremer Feuerwehr den Herausforderungen psychisch, personell und technisch langfristig gewachsen ist.

Es gibt staatliche Kernaufgaben, zu denen nach Meinung der FDP-Fraktion Brand- und Katastrophenschutz gehört, und wenn man bei knapper Finanzierungslage priorisieren muss, dann haben staatliche Kernaufgaben Vorrang vor vielen anderen Dingen. Um dies solide abzusichern, müssen an der richtigen Stelle Prioritäten gesetzt werden, auch wenn es wenig zu verteilen gibt, und in dieser

Überzeugung unterscheiden wir uns offensichtlich von der Regierung.

(Beifall FDP)

Wir befürchten aufgrund der fehlenden Zeitpläne zum Abbau des immensen Investitionsstaus in der Sicherheitsausrüstung bei der Feuerwehr, dass dieser einfach weitergeschoben werden wird. Immer wieder ermitteln Gutachter Bedarfe in den Feuerwehren, aber was vom festgestellten Bedarf umgesetzt wird, so hören wir, bleibt stets hinter dem Notwendigen zurück. So kommt es dann zu einem Investitionsstau, wir haben es eben gehört, von bis zu zehn Millionen Euro, unter anderem wegen des veralteten Fuhrparks. Ein völlig unzureichender technischer Stand in manchen Zentralen kann in der Einsatzsituation zur Bruchstelle werden, die dazu führt, dass die Feuerwehr auch bei höchster Motivation ihre Arbeit nicht machen kann. Was die Feuerwehr für unser Land bedeutet, wird dann spürbar werden, wenn sie einmal nicht mehr angemessen funktioniert. Wir mahnen den Senat deswegen dringend, nicht erst dann, sondern heute auf berechnete Bedarfslagen zu reagieren.

Die Antworten des Senats auf die vielen sehr konkret gestellten Fragen der CDU sind erstaunlich nichtssagend und manchmal auch enttäuschend. So fehlen auf die Frage der Fertigstellung von Bauvorhaben von Gerätehäusern der freiwilligen Feuerwehr schlicht die Antworten, es wird gar kein Zieldatum genannt.

Auch auf Fragen zur faktischen Personalstärke bei Einsätzen fehlt die Antwort völlig, und um einmal eine Frage direkt zu zitieren, auf die Frage, wie hoch der Senat das Gesundheitsrisiko für Feuerwehrleute bei Einsätzen einschätzt und was er zur Minimierung beiträgt, erhalten wir folgende Antwort: Der Feuerwehrdienst ist grundsätzlich eine sehr gefahrgeneigte Tätigkeit, da an Einsatzstellen immer eine Vielzahl von Gefahren existiert. Diesen Gefahren ist angemessen zu begegnen durch intensive Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte und Vorhaltung von wirksamen und sicheren Einsatzmitteln und so weiter. Das sind Sollbeschreibungen und keine ehrlichen Antworten auf drängende Fragen von Frauen und Männern, die in der freiwilligen und in der Berufsfeuerwehr ihren Dienst tun, und zwar treiben diese Fragen sie seit Monaten um, wenn nicht seit Jahren.

Die Haltung, die durch eine faktische Nichtbeantwortung dieser Fragen den Feuerwehrleuten ge-

genüber zum Ausdruck kommt, die in den Einsätzen Gesundheit und auch Leben riskieren, halten wir als FDP-Fraktion für hochproblematisch.

(Beifall FDP)

Erfreulich ist, dass die Ausstattung mit einer neuen persönlichen Schutzausrüstung bis Ende 2021 abgeschlossen werden soll, auch bei der freiwilligen Feuerwehr. Ich war ja vor einiger Zeit direkt vor Ort, als diese neuen Schutzausrüstungen ankamen, und es war wirklich berührend, wie sich die Feuerwehrleute darüber gefreut haben; dabei geht es jetzt aber nicht nur um Wertschätzung, sondern um Schutz von Gesundheit und Leben.

Erneut müssen wir über teilweise museumsreife Einsatzfahrzeuge sprechen, die im Bericht mit „prioritär zu ersetzen“ bezeichnet werden. Das Geld, das im Haushalt dafür eingestellt ist, lässt uns nicht hoffen, dass die Fahrzeuge, die teilweise tatsächlich Oldtimer mit H-Kennzeichen sind, endgültig der Vergangenheit angehören. Die Diskussion um neue Einsatzfahrzeuge beim großen Jahrestreffen der Feuerwehren Anfang des Jahres war schnell vom Tisch, weil das Ressort mit der durchaus charmanten Idee von Leasingfahrzeugen um die Ecke kam. Davon habe ich aber seither nichts mehr gehört, vielleicht hören wir nachher dazu noch etwas vom Innensenator. So weit erst einmal für jetzt, zur Personalsituation komme ich noch in meinem zweiten Beitrag. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

**Abgeordneter Tebje (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beantwortung der Großen Anfrage der CDU zur Feuerwehr hat aus meiner Sicht wieder deutlich gemacht, wie anspruchsvoll und vielschichtig die Aufgaben der Feuerwehren in Bremen sind, und ich möchte mich an dieser Stelle, wie auch die CDU, für meine Fraktion bei allen Feuerwehrleuten der freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr für ihren Einsatz und die Gefahren bedanken, die sie auf sich nehmen. Gerade der große Einsatz mit der Asbestkontamination hat gezeigt, wie wichtig die Umsetzung des neuen Hygienekonzepts ist, darauf sind ja schon etliche Vorrednerinnen und Vorredner eingegangen.

Allerdings gehört dazu natürlich auch, dass sich zum einen alle auf die Einhaltung und Umsetzung

dieses Konzepts auf allen Ebenen verlassen können, und zum anderen, dass dieses Konzept auch mit ausreichend Personal hinterlegt ist. Deshalb ist es im Grunde mit Sicherheit nach der Umsetzung auch wichtig, diese Umsetzung entsprechend auszuwerten.

Die Aufgaben der Feuerwehr haben sich in den letzten Jahren qualitativ und quantitativ sehr dynamisch entwickelt, ständig steigende Einsatzzahlen, zusätzliche Ausbildung und steigende Verantwortung. Deshalb ist es gut und notwendig, dass der Senator für Inneres mit den Personalräten und den Gewerkschaften über Möglichkeiten der Verbesserung für verbeamtete Notfallsanitäterinnen und -sanitäter diskutiert, denn ich kenne kein anderes Berufsfeld, das zur Ausübung seiner Tätigkeit grundsätzlich das Erlangen von drei vollständigen Berufsausbildungen erfordert. Dies muss sich zukünftig auch in den beamtenrechtlichen Regelungen widerspiegeln.

Auch die hohen Gefahren für Krebs- und Asbestkrankheiten, auf die jetzt hier schon hingewiesen worden ist, sollten dabei in diese Überlegungen eingehen, und dabei könnte natürlich auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage zur Wertschätzung und Anerkennung dieses Lebensrisikos beitragen.

Ein wichtiges Signal in diese Richtung soll sich aber darin äußern, dass der Senat seine Bemühungen fortsetzt, den Beschluss der Bremischen Bürgerschaft vom März dieses Jahres umzusetzen, um die von der Bundesregierung bestimmten Krebsarten als Berufskrankheiten anerkennen zu lassen, wenn sie im Zusammenhang mit giftigen Rauchgasen stehen.

Am wichtigsten ist es aber, dass die Berufsfeuerwehr und die 19 freiwilligen Feuerwehren des Landes angemessen ausgestattet werden, sowohl personell als auch finanziell, damit sie ihre Arbeit machen können. Wir wissen, dass die Situation nicht wirklich rosig aussieht. Wir wissen, dass ein großer Investitionsstau zu bewältigen ist – es fehlt an Fahrzeugen, an Fahrzeughallen, an modernen Anlagen, in denen das Hygienekonzept und die Schwarzweiß-Trennung umgesetzt werden können, es fehlt an vernünftigen Gerätehäusern –, und es fehlen Stellen bei der Leitwache Am Wandrahm, bei den Feuerwehrtauchern und bei der Feuerweherschule, aber aus diesem Grund haben wir den Haushaltsentwurf für die Jahre 2020 und 2021 nachjustiert und für die Feuerwehren eine Million Euro zusätzlich eingeplant. Somit ist der Etat auf 4,6 Millionen

Euro aufgestockt worden, und vor allen Dingen die freiwilligen Feuerwehren werden die Erhöhung spüren, zum Beispiel mit der Fahrzeughalle im Blockland.

Kürzlich hat der Innensenator davon gesprochen – und das klang hier auch schon an –, ein Leasingverfahren konzipieren zu wollen, um neue Fahrzeuge im Wert von drei Millionen Euro zu erwerben, und wir freuen uns auch über diese Entscheidung und sind auch schon auf das Konzept gespannt. Der bereits bestellte Hygienewagen ist jetzt dringend notwendig, und natürlich sind für die Inbetriebnahme auch die notwendigen Stellen als solche notwendig.

Es ist schon angesprochen worden, dass die 3 000 persönlichen Schutzausrüstungen bis zum Ende dieses Jahres vollständig ausgeliefert werden. Ja, Frau Bergmann, das ist natürlich die Umsetzung des Gesundheitsschutzes an der Stelle, denn was wollen Sie machen? Ich glaube nicht, dass wir das Feuer zukünftig generell gesund hinbekommen, sondern es geht darum, die Ausrüstungen so auszustatten, dass die Kolleginnen und Kollegen zukünftig durch die neue Schutzkonzeption geschützt sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage auch ganz deutlich, es ist völlig klar, dass nicht alles damit getan ist, doch wir hoffen, dass die Verbesserungen deutlich spürbar und dass die Feuerwehren in eine deutlich bessere Lage versetzt werden. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lenkeit.

**Abgeordneter Lenkeit (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über die Große Anfrage der CDU-Fraktion „Ist die Bremer Feuerwehr den steigenden Herausforderungen noch gewachsen?“ und die dazugehörige Antwort des Senats. Lassen Sie mich den Beginn meiner Rede dazu nutzen, um der CDU für diese Anfrage zu danken, und ich möchte auch dem Senat für seine sehr umfangreiche Antwort danken. Ich glaube, wir haben jetzt eine gute und fundierte Grundlage zur Diskussion der Situation bei der Feuerwehr in Bremen.

Wenn ich im Folgenden nun von der Feuerwehr spreche, dann beinhaltet das die Berufsfeuerwehr

und die freiwillige Feuerwehr, dies nur als Hinweis und damit sich niemand übergangen fühlt!

Lassen Sie mich ganz deutlich sagen, auch mit Blick auf die Antwort: Die Situation bei der Feuerwehr ist gut, aber es geht wie immer noch besser. Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr ist stadtweit geschätzt, Feuerwehrleute genießen seit vielen Jahren das höchste gesellschaftliche Ansehen aller Berufsgruppen. Viele hier im Haus blicken sicherlich mit neidischen Blicken immer wieder auf die Werte der Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr – wir als Politikerinnen und Politiker finden uns ja oft im unteren Teil der Tabelle wieder –, und das sehr gute Ansehen der Feuerwehr ist gerechtfertigt: Die Feuerwehr Bremen ist bestens ausgebildet, die Kolleginnen und Kollegen sind motiviert, und – der Brand am Hafen hat es gezeigt – die Feuerwehr ist in der Lage, auch Großbränden zu begegnen und die Bürgerinnen und Bürger in Bremen effektiv zu schützen.

Lassen Sie mich, auch wenn meine Vorredner es bereits getan haben, meine Redezeit daher dazu nutzen, der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr in Bremen zu danken! Wir sprechen ja oft über Lehrerinnen und Lehrer und auch über Polizistinnen und Polizisten und nicht so oft über die Feuerwehr, der Kollege Lübke hat es angesprochen, deswegen hier und jetzt mein ernst gemeintester Dank, der Dank der SPD-Fraktion für die Arbeit, die die Feuerwehr täglich leistet!

(Beifall SPD)

Die Antwort des Senats zeigt ganz deutlich, dass wir es bei der Feuerwehr Bremen mit einer sehr differenzierten Situation zu tun haben. Ja, die Fahrzeugflotte der Berufsfeuerwehr weist im Durchschnitt ein Alter von 14,5 Jahren auf, ja, die Flotte der freiwilligen Feuerwehr ein Durchschnittsalter von 18,1 Jahren. Das klingt viel, das ist es auch, aber eine differenzierte Situation bedarf auch einer differenzierten Betrachtung, und natürlich ziehen beispielsweise Anhänger für Löschpulver mit jeweils 57 Jahren den Durchschnitt arg nach unten, und auch ein mobiler, fast 60 Jahre alter Feldkochherd der Freiwilligen Feuerwehr Neustadt ist sicherlich nicht optimal, aber bei meinem Besuch bei der Freiwilligen Feuerwehr in Neustadt im März war das Alter der Feldküche kein Thema, und beim letzten Mal haben wir auch über geplante Obsoleszenz gesprochen, deshalb, alt aber gut, und die Gulaschsuppe schmeckt sicherlich trotzdem!

(Beifall SPD – Abgeordneter Dr. Buhler [FDP]: Das kann ich bestätigen!)

Zustimmung von der Opposition! Ins Protokoll, bitte!

Ähnlich verhält es sich bei den Wehren – die Antwort des Senats ist hier ja auch bebildert –, und natürlich erkennen wir den Handlungsbedarf an, zum Beispiel bei Standorten wie der Feuerwache in Burglesum. Wir freuen uns aber gleichzeitig für die Kolleginnen und Kollegen in Farge, in der Neustadt und Lehesterdeich, welche modernste Feuerwachen besitzen, und weil wir wissen, dass moderne Feuerwachen besser sind als alte, bleiben wir am Ball und werden eine neue Schwerpunktwehr West auf den Weg bringen. Lassen Sie sich von dem Titel „West“ aber nicht täuschen, sie entsteht im Bremer Norden, irgendwo in Burglesum.

Moderne Feuerwachen sind auch notwendig, wenn wir das Hygienekonzept der Feuerwehr flächendeckend umsetzen wollen. In Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen erfährt man nämlich, dass heutzutage natürlich moderne Ausrüstung und moderne Feuerwachen ein Thema sind, aber man erfährt vor allem, dass moderner Arbeitsschutz heutzutage das regierende Thema ist. Auch da haben wir reagiert – es wurde schon erwähnt –: Für die Berufsfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr sind 3 000 Garnituren neue Schutzkleidung bestellt, und damit ändert sich nicht nur der Umgang im Hinblick auf die Beseitigung von Schadstoffen, sondern es ändert sich auch das optische Bild der Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr; anstatt in Schwarz kommt die Feuerwehr in Bremen zukünftig in Beige. Das nur als kleiner Hinweis an Sie, also nicht wundern, wenn der Dachstuhl brennt!

Wer sich im Übrigen ein Bild der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr Bremen machen möchte, dem empfehle ich die Reportage „Silvesteralarm bei der Feuerwehr“ im Norddeutschen Rundfunk, das findet man dort in der Mediathek. Es ist eine Art Pflichtlektüre für alle Abgeordneten, und alles andere bringe ich dann gleich im zweiten Teil meiner Rede unter. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

**Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat wollte ich auch mit einem Dank anfangen, und zwar in Richtung der CDU-Fraktion, weil ich finde, dass es tatsächlich eine umfangreiche und gut durchdachte Anfrage ist, die Sie gestellt haben. Es steht einem ja eigentlich nicht zu, die Arbeit anderer zu beurteilen, und schon gar nicht, ob sie die richtigen Fragen stellen, aber manchmal gibt es ja so Momente, wo man überlegt: Mensch, das ist eigentlich direkt am Ziel vorbeigefragt. Das fand ich in dem Fall nicht, sondern ich muss sehr deutlich sagen, dass ich das als eine wirklich gute Anfrage empfunden habe.

Ich möchte ein bisschen auf die Inhalte eingehen! Das eine betrifft die positive Entwicklung im Bereich der Frauenquote bei der Berufsfeuerwehr. Sie ist insgesamt mit 7,6 Prozent immer noch sehr niedrig, aber wenn man das mit dem Jahr 2016 mit 4,2 Prozent vergleicht, dann stellt man zumindest fest, dass die Maßnahmen, die ergriffen worden sind – zum Beispiel geschlechtsneutraler Sporttest im Einstellungsverfahren, freigestellte Frauenbeauftragte, keine beruflichen Ausschlusskriterien –, offensichtlich wirken. Bei der Krankenquote, auch ein wichtiger Indikator, liegt die Feuerwehr mit 7,17 Prozent knapp über dem Durchschnitt des öffentlichen Dienstes.

Das macht auch noch einmal deutlich, dass die Schritte, die von der Koalition gewählt worden sind, auch die richtigen sind, nämlich auf der einen Seite – das ist sowohl von Herrn Tebje als auch von Herrn Lenkeit schon angesprochen worden –, dass die Schutzausrüstung nach einem sehr transparenten und mit den Beschäftigten gut abgestimmten Verfahren angeschafft wurde, aber auch die grundsätzliche Frage der Beweislastumkehr bei Fragen von Asbest. Sie erinnern sich an die Debatten, die wir hier im Parlament geführt haben, ich glaube, dass die Regierungsfaktionen hier an dieser Stelle gemeinsam mit dem Senat auch die richtigen wegweisenden Entscheidungen im Bereich der Gesundheit getroffen haben.

Die Leitstelle ist auch angesprochen worden, vollkommen zu Recht aus meiner Sicht, weil dort in der Tat Handlungsbedarf besteht. Da ist laut Gutachten vorgesehen, dass es dort 60 Vollzeitstellen geben soll, das Soll liegt allerdings momentan nur bei 30. Ich glaube, der gewählte Weg ist auch der richtige, nämlich Tarifbeschäftigte in diesem Bereich einzustellen. Ich kann jedem nur empfehlen, sich

da auch einmal die Arbeit vor Ort genau anzuschauen, weil es eine sehr interessante, sehr spannende, aber auch eine sehr wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe ist.

Die Umstellung der Ausbildung ist aus unserer Sicht auch richtig gewesen. Sie wissen, dass wir die Landesfeuerwehrschule schon vor ein paar Jahren geschlossen haben und jetzt direkt ausbilden. Ich glaube, auch das macht sich am Ende bezahlt, weil wir in diesem Bereich eine hohe Fachkräftebindung haben, das haben Sie der Anfrage auch entnommen. Das zeigt ja, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Feuerwehr Bremen von Beginn an und bis zur Pension auch sehr gern dort sind.

Es gibt Herausforderungen, das will ich gar nicht verhehlen. Das eine ist die Struktur der Feuerwachen, da haben wir auch ehrlicherweise eine kleine Wunschvorstellung, weil ich glaube, dass die Anzahl der Feuerwachen nach der Fertigstellung der neuen Feuerwache 7 am Hochschulring perspektivisch weiter erhöht werden muss, um die empfohlene Hilfsfrist erreichen zu können. Wir können uns auch gut vorstellen, die Wache an der Bennigsenstraße zu erhalten und uns im nächsten Schritt auch noch einmal den Bremer Süden genau anzusehen, wo eine zusätzliche Wache hin muss.

Bei der Zahl der Einsätze, das haben Sie der Lektüre auch entnommen, ging es jahrelang bergauf, und im Jahr 2019 gab es dann erstmals weniger Einsätze als 2018. Ich glaube aber, dass wir uns das in der Gesamtsicht noch einmal anschauen müssen, weil ich nicht glaube, dass es weniger wird, sondern perspektivisch weiter mehr werden wird.

Ich würde dann gern noch einen Satz zur Jugendfeuerwehr sagen, denn das ist nämlich einer der Bereiche, aus dem man seinen Nachwuchs selbst rekrutiert. Ich glaube, es ist unstrittig zwischen den Fraktionen, und auch beim Delegiertentag des Landesfeuerwehrverbandes wurde immer die hohe Wertschätzung für die gute Arbeit zum Ausdruck gebracht, die dort geleistet wird, und zwar nicht nur beim Sommerlager, sondern auch in jeder einzelnen Wache, die sich entschieden hat, eine Jugendfeuerwehr zu betreiben – das wird dann im Bereich der freiwilligen Feuerwehren alles ehrenamtlich und zusätzlich gemacht –, das ist ein hohes Engagement und eine hohe Leistung und verdient Anerkennung. Auch da gestatten Sie mir den Hinweis, da ist der Frauenanteil mit 20,1 Prozent übrigens richtig hoch, das heißt, dieses Mittel der Jugendfeuerwehr für den Bereich der freiwilligen

Feuerwehren, aber perspektivisch vielleicht auch für den Bereich der Berufsfeuerwehren, scheint ein gutes zu sein.

Letzte Anmerkung: In der Tat ist es vollkommen richtig, für die Gerätehäuser bei der freiwilligen Feuerwehr besteht weiterhin Handlungsbedarf, da gibt es ein abgestimmtes Konzept zwischen dem Landesverband und der Innenbehörde, das dann sukzessive abzarbeiten. Das scheint mir auch der richtige Weg zu sein. Ich würde auch gern schließen mit dem Hinweis, dass der Dank, der hier alle Fraktionen eint, vollkommen berechtigt ist

(Glocke)

und wir uns diesem gern anschließen, weil wir alle froh und glücklich sind, dass im entscheidenden Falle die Männer und Frauen der Feuerwehr da sind, um unser Leben zu retten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Grotheer:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

**Abgeordnete Bergmann (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz aller Widrigkeiten, wenn es um Einsätze geht, dann erreicht unsere Feuerwehr ihre Schutzziele zu 90 Prozent, und sie erreicht nach acht bis neun Minuten die Einsatzstellen. Die Bremer Feuerwehren sind mittlerweile Weltmeister darin geworden, trotz mancher ungelöster Probleme gute Ergebnisse zu erreichen.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Eigentlich hatte das Leitungsgremium der Berufsfeuerwehren höhere Schutzziele definiert, und es stellt sich die Frage, ob die Abweichungen von den Bremer Zieldefinitionen fachlich begründet oder letztlich das Ergebnis von Einsparungen von Ressourcen auf Kosten von Sicherheit sind. Letzteres ist eine Form von Mut, dem wir Freien Demokraten nicht applaudieren. In den letzten Jahren ist die Zeit, nach der sie am Einsatzort angekommen sind, leicht gestiegen. Wir erhalten keine Antwort, woran das lag, vielleicht hören wir nachher noch etwas dazu, möglicherweise hat es ja mit der Personalsituation zu tun.

Die Personalsituation sieht der Senat grundsätzlich als ausreichend an, so lesen wir in den Antworten,

aber es wird ein Gutachten bestellt, das den Personalbedarf und die personelle Ausstattung der Feuerwehr und Rettungsleitstelle mit der Realsituation vergleicht. Ehrlich gesagt, ich gehe nicht davon aus, dass der Innensenator ein solches Gutachten erstellt, solange nicht relevante Anhaltspunkte für Personalmangel bestehen. Oder, Herr Innensenator Mäurer?

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, heutzutage genügt die Bereitschaft, mehr Personal einstellen zu wollen, nicht mehr. Das ist in vielen Branchen so. Man muss identifizieren, wo und wie man Personal ausbildet, gewinnt und bindet, und auch dafür benötigt man Menschen, die das tun, also Personal zur Nachwuchsrekrutierung und Ausbildung. Eine zielgenaue Ausweitung der klassischen Marketing- und Akquisekanäle mit Methoden der sozialen Medien ist nötig, wenn man heute in der Personalgewinnung erfolgreich sein möchte, da ist bei der Feuerwehr auch noch Luft nach oben.

Für die Personalgewinnung – das haben wir beim Kollegen Fecker eben auch schon gehört – ist neben Marketing natürlich die Arbeit der Jugendfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr eine entscheidende Ressourcenquelle, denn hier finden ganz viele junge Menschen spielerisch den Zugang zur Feuerwehr und wachsen dann, eingebunden in eine aktive Kameradschaft, auf eine ganz schöne Weise in die nötige Ernsthaftigkeit hinein.

Uns hätte übrigens noch die Einschätzung des Senats interessiert, wie die Übergangszahlen von der Jugendfeuerwehr zur freiwilligen Feuerwehr bewertet werden. Die Union hatte hier nur nach Zahlen gefragt, vielleicht hören wir zu der Bewertung noch etwas.

Meine Damen und Herren, als die Bremerhavener Feuerweherschule geschlossen wurde, gab es das Ziel, die Qualität der Ausbildung der Feuerweherschule insgesamt zu verbessern. Allerdings war zum Zeitpunkt der Schließung die Qualität in Bremen noch nicht wieder aufgebaut. Wichtig ist jetzt, dass der Senat alles Notwendige dafür tut, um guten Nachwuchs zu erhalten, damit wir schnell wieder zu der Qualität kommen, die wir damals hatten.

Lassen Sie mich noch eine Sache bezüglich des Personals ansprechen, die nicht unbedingt etwas mit Finanzen, sondern mit der Attraktivität für Mitarbeiter bei der Feuerwehr zu tun hat! Bremen muss sich einmal Gedanken darüber machen, wie der Dienst und die Arbeitsbereitschaft von Feuerwehrleuten in der Berufswelt verbessert werden

kann. Eine Mitarbeit bei der freiwilligen Feuerwehr darf nicht Karriere- und Ausbildungschancen mindern, denn interprofessionelle Kooperation, fachliche Zusammenarbeit, Perspektivenwechsel, wenn man auf Problemlagen schaut, aber auch Einsatzbereitschaft, Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit und vieles mehr kennzeichnen Menschen, die bei der Feuerwehr tätig sind. Der Senat sollte sich daher Gedanken darüber machen, wie erworbene Zusatzqualifikationen und charakterliche Kompetenzen, die bei der Feuerwehr auch weiterentwickelt werden können, für die Arbeitswelt sichtbar gemacht werden können. Diesen Punkt werden wir an anderer Stelle noch einmal aufgreifen.

Dass es in Bremen neben einer außerordentlich hohen, fast begeisterten Akzeptanz auch immer wieder Kritik und sogar Angriffe gegenüber Feuerwehr und Rettungsdiensten gibt, halten wir für fatal. Umso wichtiger sind Signale für die Einsatzkräfte, dass ihr Dienst, ihre Arbeit, ihr Einsatz gesehen und geschätzt werden und dass sich dies in wertschätzenden Worten,

(Glocke)

in aufrichtigen Antworten und einer ernsthaften Problemlösekultur und in der Priorisierung von Finanzen widerspiegelt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

**Senator Mäurer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank dafür, dass Sie sich dieses Themas angenommen haben! Ich spreche gern darüber, ich sage auch gern, das ist meine Feuerwehr, ich stehe dazu, und wenn ich zurückblicke, haben wir in den letzten Jahren eine ganze Menge verändert, eine ganze Menge erreicht. Ich versuche, mich auf wenige Dinge zu konzentrieren, um einfach diesen roten Faden, der meine Arbeit prägt, auch noch einmal deutlich zu machen.

Wir haben uns von Anfang an das Ziel gesetzt, die Einsatzbereitschaft deutlich zu verbessern, das heißt, die Wege zu verkürzen, und dazu bedarf es des Baus neuer Wachen. Es gibt keine Alternative dazu, und wenn Sie heute am Universitätsring vorbeikommen, dann sehen Sie langsam, dass dies konkrete Formen annimmt, der Bauzaun steht, und die Bauarbeiten werden in diesem Jahr beginnen.

Wir haben eine klare Perspektive, dass wir uns sofort, wenn der erste Bauabschnitt steht, dann der Planung der nächsten Wache annehmen, das heißt, jenseits der Erdbeerbrücke im Süden muss eine neue Wache gebaut werden, und die Wache in der Bennigsenstraße bleibt mindestens so lange bestehen, bis diese zweite Wache dann auch ihren Dienst aufnehmen kann. Möglicherweise kann es auch so sein, dass wir uns dann entscheiden, auch die Bennigsenstraße zu belassen. Dies betrifft die Berufsfeuerwehren.

Wenn man sich die Lage der freiwilligen Feuerwehren anschaut, kenne ich eine ganze Reihe von Gerätehäusern, die man sanieren müsste. Das gilt aber auch für Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen. Ich bin jetzt seit über 40 Jahren dabei, und ich habe es noch nie erlebt, dass ich das Geld zur Verfügung hatte, das ich gern ausgegeben hätte. Das war bei der Justiz so, das war im Strafvollzug so und bei der Polizei, und bei der Feuerwehr ist es genau das Gleiche; aber zu sagen, da habe sich in den letzten Jahren nichts bewegt, ist nicht fair.

Werfen Sie einmal einen Blick zum Lehesterdeich, da sind wir ganz stolz, und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit Sicherheit auch, da ist eine wunderbare Wache entstanden. Gehen Sie nach Farge, da werden wir auch in diesem Jahr das neue Gebäude übergeben,

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Das hat auch gedauert!)

und das sind alles Dinge, die sehr viel Geld kosten. Ja, natürlich, auch so eine Wache am Universitätsring kostet 15 Millionen Euro, und auch die Einrichtungen der freiwilligen Feuerwehren sind nicht für zwei Millionen Euro zu haben, denn wir haben einen klaren Auftrag. Wir haben die Vision, dass wir dann im nächsten Schritt diese neue Wache in Bremen-Nord bauen werden, wo wir dann drei kleine Feuerwehren der freiwilligen Feuerwehren zusammenziehen. Das wird das Nächste sein, und nebenbei müssen wir natürlich auch noch dafür sorgen, dass im Blockland das Gerätehaus umgebaut wird. Das ist überfällig, und das werden wir dann auch anpacken. Das heißt, wir investieren in die Feuerwehren.

Auch ein Thema, das mich über die ganzen Jahre sehr beschäftigt, ist der Arbeitsschutz. Ich glaube, es gibt keine Personalversammlung, in der wir das Thema nicht herauf- und herunterdiskutiert haben. Wir wissen von den Gefahren, wir haben dort zig

Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der Frage beschäftigen, was kann man dagegen machen, dass krebserzeugende Stoffe über die Haut aufgenommen werden, und wir haben dieses Konzept mit dieser neuen Schutzkleidung entwickelt, die die Besonderheit hat, dass sie im Grunde genommen zwei Schichten umfasst. Das bedeutet, wenn es wie in Gröpelingen dazu kommt, dass dort Asbest austritt, dann wird zukünftig niemand mehr mit seiner Einsatzuniform in ein Fahrzeug steigen und damit zur Wache fahren, sondern dieses Konzept sieht vor, dass man von der Kleidung die Außenhaut abwirft. Zukünftig wird niemand den Brandort noch in der Aufstellung wie heute verlassen, sondern es wird so sein, dass die gesamte Kleidung abgelegt ist, und darunter hat man eine zweite Kleidung, das heißt, man läuft nicht mit der Unterhose davon. Wir werden dafür sorgen, dass alle Maßnahmen vor Ort ergriffen werden, das heißt, die alte Kleidung wird eingesammelt, sie wird gereinigt und dann wieder ausgeliefert.

Damit das auch bei Großeinsätzen funktioniert, haben wir 3 000 Garnituren Schutzkleidung in Auftrag gegeben. Sie kommen in diesem Jahr, und wir nehmen dann auch noch einmal 1 000 ältere in das Depot, damit wir immer in der Lage sind, bei großen Einsätzen die gesamte Schutzkleidung vor Ort auszuwechseln, und das stellt sicher, dass niemand mehr mit belasteten Schuhen in die Fahrzeuge einsteigen muss. Vor Ort findet eine Reinigung statt, und das überlassen wir nicht dem Zufall oder dem Benehmen des Einzelnen, sondern wir werden es so organisieren, dass das neue Fahrzeug vor Ort steht, und da gehen alle von hinten hinein und kommen sauber vorn heraus. So wird das in der Praxis aussehen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

also Arbeitsschutz ist bei uns ein Thema, das angekommen ist.

Dann zur Ausstattung! Ja, wir haben in den letzten Jahren bei den freiwilligen Feuerwehren in der Regel immer nur ein neues Fahrzeug beschaffen können. Wir hätten gern mehr gemacht, aber ich sage einmal, in diesem Jahr ist so ein kleines Wunder passiert, und ich glaube, wenn ich am Donnerstagabend den Wehrführern das neue Konzept vorstellen werde, und nicht nur das Konzept, sondern wenn ich ihnen die Liste der Dinge zeige, die wir in diesem Jahr bestellt haben, die noch ausgeliefert werden, dann werden wir da auf breite Zustimmung stoßen. Wir haben das Problem gelöst, die fehlenden Mannschaftstransportfahrzeuge werden

in diesem Jahr beschafft. Es gab eine Fraktion, die mir dabei geholfen hat, mit einer Million Euro kann man sehr viel Gutes tun. – Herzlichen Dank dafür!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden dann das Problem der Beschaffung angehen. In der Tat gibt es jetzt einen Paradigmenwechsel mit der Entscheidung, dass wir zukünftig Fahrzeuge leasen können, und nach meiner Vorstellung wird es so aussehen, dass wir damit jetzt nicht ein Fahrzeug für die freiwillige Feuerwehr organisieren, sondern sechs. Das bringt es, und ich denke, das wird ein entscheidender Schritt sein, um die Probleme der alten Fahrzeuge anzugehen. Gut, man kann das nicht alles in einem Jahr machen, aber ich sage einmal, wenn wir in diesem Tempo weitermachen, werden wir durchaus in der Lage sein, die Fahrzeuge nach und nach durchzutauschen.

Zum Thema Personal! Wir haben eine neue Senatsvorlage zum Thema Fortschreibung des Band-schutzbedarfsplans vorbereitet. Das müssen wir immer machen, und wir haben dargelegt, wie viel Personal wir zukünftig benötigen. Das Thema ist jetzt in der Abstimmung, und ich versichere Ihnen, nach den Haushaltsberatungen ist vor den Haushaltsberatungen, das heißt, wenn wir im Herbst mit den neuen Haushaltsberatungen beginnen, werden wir Ihnen ein komplexes System vorlegen, wie die Feuerwehr zukünftig personell auszustatten ist, und vielleicht erinnern Sie sich dann an die heutige Debatte und sagen, ja, das finden wir gut, da unterstützen wir die Feuerwehr.

Wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, wie wir diesen Beruf zukünftig weiterhin attraktiv gestalten können. Natürlich ist es in der Tat schwierig, wenn man heute eine dreijährige Ausbildung absolvieren und vorher einen Berufsabschluss haben muss, das heißt, eine dreijährige abgeschlossene Lehre als Mechaniker, als Elektriker, als Dachdecker, das ist so die klassische Voraussetzung für den Beruf des Feuerwehrmanns – ja, das kann man sagen, es sind fast immer Männer, weil Frauen in der Regel nicht in diesen Gewerken unterwegs sind oder waren! –, dann kommen wir in eine Situation, dass diese schon relativ fortgeschrittenen Kolleginnen und Kollegen, meistens verheiratet, dann mit 1 500 Euro im Monat nach Hause gehen sollen, und das für einen Zeitraum von zwei Jahren. Das wird auf Dauer nicht zu halten sein, deswegen werde ich dafür, dass man mindestens die Ausbildungsvergütung anhebt.

Ich finde eine weitere Sache erwägenswert: Die Bremische Bürgerschaft hat sich ja mit der Situation im Strafvollzug beschäftigt, meiner alten Heimat. Ich sage einmal, ich kann das nur unterstreichen,

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

diese Entscheidung, das Eingangssamt von A 7 nach A 8 zu erhöhen, ist absolut richtig, die Kolleginnen und Kollegen verdienen das auch. Es ist wirklich keine leichte Arbeit im Strafvollzug, aber auch bei der Feuerwehr gibt es vergleichbare Dinge, und wenn wir drei Jahre Berufsausbildung vorab haben, bevor man überhaupt zur Feuerwehr kommt, dann sollte man auch darüber diskutieren, ob es dann nicht angemessen ist, auch bei der Feuerwehr nach dem Abschluss der Ausbildung in A 8 und nicht in A 7 zu beginnen, wie es bisher der Fall ist.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Also, es gibt eine Menge zu tun, viele Sachen können wir heute nicht mehr ansprechen. Ich habe einfach die Vorstellung, dass wir uns in den nächsten Wochen und Monaten grundlegend mit dem Thema auseinandersetzen müssen. Wir haben heute das Thema Rettungsdienst nicht diskutieren können, ich bin der Überzeugung, dass die Dinge da nur durch grundlegende Reformen verbessert werden können. Das bedeutet, ich möchte eigentlich den Rettungsdienst in dieser bisherigen Form durch eine moderne Steuerung ablösen, das heißt, dass man im Zweifel das Ganze auch so organisiert, indem man die Möglichkeit nutzt, dass hier ja letztlich Dritte die Leistung zu bezahlen haben, und dafür braucht man andere Rechtsformen als heute. Das ist aber ein tiefgehendes Schiff, das wir demnächst angehen werden, und so gibt es eine ganze Reihe von Dingen. Ich denke, wir sind gut beraten, auch hier wirklich zu schauen, was man noch verändern kann und wie wir die Feuerwehr weiterhin attraktiv gestalten können.

Unser Augenmerk gilt natürlich auch den freiwilligen Feuerwehren. Ich finde es toll, dass wir da über 600 Frauen und Männer haben, wir haben keine Nachwuchsprobleme – davon können andere Bundesländer nur träumen –, und deswegen ist es wichtig, dass wir auch Wertschätzung und Respekt durch unser Handeln zum Ausdruck bringen und dafür sorgen, dass unsere Männer und Frauen weiterhin ihren Dienst tun können. – In diesem Sinne herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

**Präsident Imhoff:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Lübke.

**Abgeordneter Lübke (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einige Punkte ansprechen. Zum einen geht es noch einmal um das Thema Krankheiten, der Kollege Fecker hat es angesprochen: Ja, deswegen war es auch richtig, dass wir die neue Schutzausrüstung angeschafft haben, denn es ist natürlich auffällig, dass der Krankenstand erhöht ist! Das hat aber noch eine andere Ursache, auch das habe ich eben schon erwähnt, weil sich nämlich die Belastung für die Beamten an sich auch über die vielen Jahre erhöht hat. Deswegen müssen wir auch in Zukunft über den Personalschlüssel diskutieren.

Ein zweiter Punkt, Stichwort Sanierung der Gebäude! Ich glaube, Herr Senator, ich habe nicht gesagt, dass bisher bei diesem Thema nichts passiert ist. Ich weiß ja nicht, ob Sie mich gemeint haben, aber das wollte ich noch einmal klarstellen, natürlich ist da in der Vergangenheit etwas passiert. Ich finde es auch richtig und gut, dass es ein Konzept gibt, aber ehrlicherweise dauert mir die Umsetzung zu lange. Das war es, was ich damit kritisiert habe. Es ging ja auch um das Thema Ehrenamt stärken, Jugendfeuerwehr war eben auch ein Thema, und es muss doch darum gehen, dass wir für die freiwillige Feuerwehr viele Menschen begeistern – ich meine, unser Präsident hat es vorgemacht, er ist in der freiwilligen Feuerwehr! –, dass wir sie für die Menschen attraktiv machen. Dazu gehört natürlich auch eine moderne Infrastruktur.

Der nächste Punkt, weswegen es so wichtig ist, dass das Hygienekonzept auch bei der freiwilligen Feuerwehr umgesetzt werden kann, sind die erheblichen Mängel, die ich da im Moment sehe. Ich habe es schon gesagt, bei den baulichen Mängeln dürfen wir nicht zwischen Berufsfeuerwehr und freiwilliger Feuerwehr unterscheiden, deswegen ist die zeitliche Dringlichkeit auch so groß. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

**Präsident Imhoff:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer [20/216 S](#) auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Wir kommen jetzt noch zu den Tagesordnungspunkten ohne Debatte.

**Der „HanseSani“: ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss!**

**Antrag der Fraktion der FDP vom 15. Juni 2020 (Drucksache [20/189 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres, federführend, und an die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vorgesehen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1218**

**1. Änderung für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Vegesacker Hafen, Friedrich-Klippert-Straße, Zum Alten Speicher, Zum Alten Tief, Kantjespad und der Lesum Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache [20/214 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die erste Änderung des Bebauungsplans 1218 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bebauungsplan 2434 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen, zwischen Oslebshauer Heerstraße, Pulverberg (beidseitig), Große Riehen und Riedemannstraße (beidseitig) Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache [20/215 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2434 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020 (Drucksache [20/267 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 133 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU, FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Außengastronomie stärken, städtische Lebensqualität verbessern**  
**Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020**  
**(Drucksache [20/268 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache [20/268 S](#), Kenntnis.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 9 vom 3. Juli 2020**  
**(Drucksache [20/279 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich, Sie hier morgen alle wieder fit wiederzusehen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:19 Uhr)